

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft:	3
— BRD: Eine Zeitung ist keine Bombe	4
— CHILE: Regierungsänderung? Regierungswechsel?	5
"Für Chiles Freiheit"	12
Solidarität mit Gewerkschaften	16
Rückblick: Chile vor 10 Jahren	18
— ARGENTINIEN: Kinder: Opfer der Diktatur	25
Waffengeschäfte	28
— EL SALVADOR: Politische Unklarheit und wenig Information	29
"Wiederbevölkerung" Befreiter Gebiete	31
Interview mit Maria vom Frauenbataillon Silvia	34
Der Salvador-Deal	36
El Salvador-Solidarität: Von der Debatte über das Ende der Moral zum Ende der Debatte	39
— HINTERGRUND: Die Internationale Verschuldung (I)	42
— SOLIDARITÄT: Lateinamerika auf dem Kirchentag	54
Spendenaufruf Kolumbien	56
Es ist an der Zeit! — Buko-Aufruf	57
Grüne gegen Entwicklungshilfe an El Salvador	59
Offener Brief an den Präsidenten der USA	60
Solidarität mit Nicaragua	61
Medien des Widerstands	63
— REZENSIONEN	64
— LESERBRIEFE	67
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	72

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 10 der
CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:

Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 27.10.83

Abo-Preis: DM 40,—/Übersee DM 65,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung
Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«
PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108
Bankleitzahl 10010010

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
c/o FDCL
Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel.: 030/693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-
legexemplare erbeten.

Zu diesem Heft

Angesichts des Generalstreiks in Chile, der für den 23. Juni angekündigt war, gab es in der Redaktion heftige Debatten, in denen wir versucht haben, die Lage einzuschätzen. Wir waren natürlich sehr optimistisch, trotz großer Nüchternheit bezüglich der politischen Dimension der Ereignisse. Wir sahen, daß es an einer politischen Kraft fehlt, die den Protest, den wir als Unmutsbekundung definierten, in dauerhafte Kanäle lenken könnte. Nicht einmal die Christdemokraten scheinen dazu instande zu sein. Die Protesttage waren ein wichtiger Anfang, sie haben gezeigt, welche Energien gegen Pinochet vorhanden sind. Ihre Zukunft ist noch ungewiß, und sie bleiben vorerst ein äußerst kompliziertes Unterfangen.

Über den Chile-Kongreß konnten wir aus Zeitmangel noch nicht diskutieren; zwischen Tür und Angel hörte man, daß einige den Eindruck haben, es sei zu viel gejubelt worden, vor allem in Richtung Vergangenheit und für Vorstellungen, die aus dieser herübergerettet worden sind. Deshalb veröffentlichen wir ein Interview mit einem Teilnehmer, der extra aus Chile zugereist ist und dem das Klatschen nicht so recht angemessen erschien.

In diesem Heft beginnen wir dann endlich mit einer Serie über die Verschuldungsprobleme der Dritten Welt, außerdem gibt es wieder nichts über Bolivien, dafür über Waffenlieferungen von Großbritannien an Argentinien.

Die Informationen über die Situation innerhalb der FMLN nach dem Mord und dem Selbstmord sind weiterhin gleich Null. Auf unser Telex nach Managua (vgl. letztes Heft) haben wir auch keine Antwort bekommen. Alle inzwischen versprochenen Berichte und Dokumentationen scheinen noch nicht erstellt zu sein. Auch die beiden Seiten, die am 24. Juni in der TAZ gestanden haben, befriedigen unser Informationsbedürfnis in keinem Fall: sie lassen sozusagen alles offen. Deshalb schien es uns wichtig, zum wiederholten Male dazu etwas zu schreiben; wir wollen nicht locker lassen, es steht sehr viel auf dem Spiel.

Wir drucken außerdem eine Stellungnahme zu den Verhaftungen von Benny Härlin und Michael Klöckner ab, um deutlich zu machen, daß wir diesen Fall als eine Bedrohung der Pressefreiheit betrachten, wie sie in dieser Schärfe und Aggressivität zwar nicht neu, aber ungeheuerlich ist.

Erklärung zur Festnahme
von Benny Härlin und Michael Klöckner

„Eine Zeitung ist keine Bombe“

Benny Härlin und Michael Klöckner, zwei Gründungsmitglieder des Vereins Zeitungsköoperative e.V., sind inhaftiert und von der politischen Staatsanwaltschaft beim Berliner Kammergericht wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a pp.) angeklagt worden. Der Verein gibt neben anderen Zeitungen die Monatschrift „radikal“ heraus, die vor allem von den etablierten Medien vernachlässigte und unterschlagene Informationen veröffentlicht: Berichte von Bürgerinitiativen, Hausbesetzern, Friedens- und Frauengruppen, sexuellen Minderheiten, Befreiungsbewegungen und auch Erklärungen der Revolutionären Zellen. Zeitschriften wie „radikal“ sind unentbehrlich; sie sind Bruchstellen im offiziellen Mediengerüst, in denen die Zweite Kultur ihren unzensierten Ausdruck findet.

Fünfzig Jahre nach der nationalsozialistischen Bücherverbrennung wird in Deutschland wieder eine vermeintliche Gefährdung des Staates wichtiger genommen als die Freiheit des Wortes. Wie 1978 im Verfahren gegen die Agit-Drucker — die nach 129a für das bloße Drucken einer Zeitung verurteilt wurden! — folgen Anklage und Haftbefehle dem Prinzip: Wenn Leute, denen man strafrechtlich relevante Taten nachweisen könnte, nicht zu ermitteln sind, hält man sich einfach an diejenigen, die vor vier Jahren einen eingetragenen Verein gegründet haben.

Wir verlangen die Freilassung von Michael Klöckner und Benny Härlin und die Einstellung aller Ermittlungsverfahren gegen die „radikal“.

Bisher haben unterschrieben:

Lothar Baier, Kurt Bartsch, Manfred Bissinger (konkret), Walter Boehlich, Hans Christoph Buch, Peter O. Chotjewitz, Sebastian Cobler, Ingeborg Drewitz, Hans Magnus Enzensberger, Jörg Fauser, Prof. Ossip K. Flechtheim, Christian Gießler, Achim Gerner (Landesvorstand der Grünen Niedersachsen), Prof. Helmut Gollwitzer, Günter Grass, Hermann L. Gremhlitz (konkret), Rudolf Henning (SPD-Sprecher Niedersachsen), KP Herbach, Richard Hey, Marianne Herzog, Prof. Urs Jaeggi, Anna Jonas, Robert Jungk, Yaak Karsunke, Ernst Kohler, Jo Leinen (BBU-Vorstand), Volker Ludwig, Werner Mathes (tip Berlin), Detlef Michel, Karl Markus Michel, Prof. Wolf-Dieter Narr, Aras Ören, Leonie Ossowski, Wolfgang Porth, Karin Reschke, Ronald M. Schernikau, Henning Schierhol (Grünen-Nachrücker Bonn), Klaus Schlesinger, Peter Schneider, Wolfram Schulte (Frankfurter Rundschau), Gerhard Seyfried, Filman Spengler, Bettina Wegner, Prof. Uwe Wesel, Harald Wieser (Spiegel), Autorenbuchhandlung Berlin (die Mitarbeiter), die Zeitschriften „Ästhetik&Kommunikation“, „Courage“, „Emma“, „Kursbuch“, „Moderne Zeiten“, „Prokla“, „Tumult“, die Frankfurter Stadtzeitung „Pflasterstrand“, die Tageszeitung Berlin, alternative Verlage transit Verlag, Rotbuch Verlag, Barbara Herzbruch, Thomas Schmid (für den Wagenbach Verlag), GAL-Fraktion der Bürgerschaft Hamburg, Die Grünen im Bundestag, Die Grünen im Niedersächsischen Landtag, Gaby Gottwald (Grüne MdB), Wolfgang Fabig (F.D.P., Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus), Kurt Neumann (SPD, Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus), Alternative Liste im Berliner Abgeordnetenhaus, Dr. Wilhelm Wiegrefe (SPD-Sprecher Berlin), Annette Humpe (Ideal), Rio Reiser (Ton Steine Scherben), Tilmann Fichter, Werner Orłowski (Kreuzberger Baustadtrat) und 19 Rechtsanwälte.

Spendenkonto:

Sonderkonto zur Unterstützung der wegen "radikal" Angeklagten
Ute Fichtl
Sparkasse der Stadt Berlin
BLZ 100 500 00
Kontonummer 0610 13 90 53

CHILE

Regierungsänderung? Regierungswechsel?

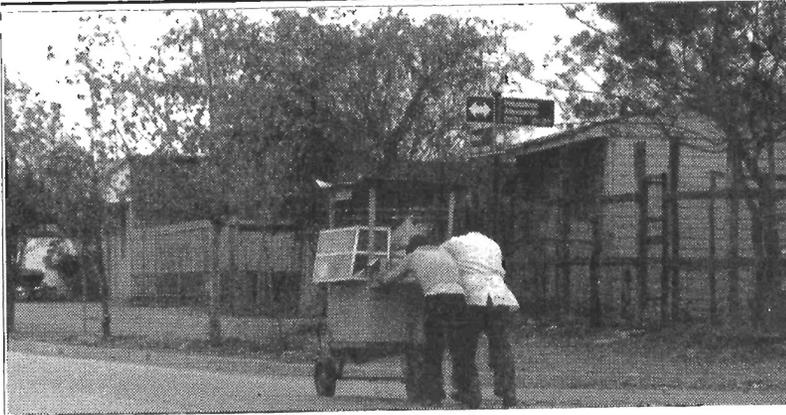
Angesichts der sich in Chile in den letzten Monaten überschlagenden Ereignisse und der starken politischen Debatte, die anlässlich der nationalen Protesttage und des Aufrufs zu einem unbefristeten Generalstreik geführt wird, fragt man sich in Chile nach dem Kurs den das Regime einschlagen und den politischen Auswegen die es finden will oder kann; und andererseits, für den Fall, daß es zu einem Wechsel kommt, welche Teile der Opposition in der jetzigen Lage Chiles die Mittel und die Möglichkeiten haben diesen Wechsel zu beeinflussen.

Tatsächlich hatte diese Debatte schon vor einiger Zeit begonnen, war aber nur im Bereich der Führungsgremien — sowohl der Regierung als auch der Opposition — geführt worden, wo es auf beiden Seiten starke innere Widersprüche gibt. Inzwischen aber hat sich die Diskussion auf alle Ebenen des nationalen Lebens ausgedehnt, die sozialen Bereiche eingeschlossen, die sonst kaum am politischen und sozialen Geschehen aktiv teilnehmen.

Ein neuer Ton in der politischen "Stimme des Volkes", der vielleicht das positivste Anzeichen dafür ist, daß man sich in Chile Diskussionsräume zurückerobert hat, die noch bis vor wenigen Monaten aus Angst vor der Repression als unerreichbar galten. Die Regierung scheint diese Tatsache sogar als unumgänglich hinzunehmen und hat kürzlich z.B. ein Dekret erlassen, daß alle Bücher wieder ohne Vorzensur frei im Umlauf sein können, "als Beitrag zur Information für diejenigen, die eine Lösung für das nationale Leben suchen." Diese Maßnahme scheint ein ganz geschickter Schachzug zu sein, kann sich doch teure Bücher kaum jemand leisten, die Massenmedien dagegen unterliegen einer strikten Zensur und Kontrolle. Die Einschätzung, daß gerade die rigide Zensur der Massenmedien eine der wichtigsten Waffen der Regierung war, um den Generalstreik zum Scheitern zu bringen, teilen sowohl die oppositionellen Gewerkschaftsführer als auch die internationale Presse, die während der Streiktage im Land anwesend war.

Dies kann aber nicht der einzige Grund für das mögliche Scheitern des Streiks gewesen sein, schließlich muß man bedenken, daß nach zehn Jahren eiserner Diktatur das Volk und seine sozialen Organisationen in gewisser Weise starr geworden sind und daß die Praxis fehlt sich mit gewünschter Schnelle und Effizienz zu mobilisieren. Außerdem braucht die soziale Bewegung — auch wenn die kürzlichen Proteste in Form und Ausmaß spontan aufgeflammt sind — weiterhin eine minimale Organisation, etwas was von Seite der Parteien momentan ziemlich diffus und unpräzise erscheint.

Die Debatte erweitert und vertieft sich täglich, ebenso wie das Drängen in der momentanen Situation eine Alternative zu schaffen.



Die zivil - militärische Regierung

Innerhalb der Regierung messen Gremialisten und Nationalisten ihre Kräfte, wobei beide versuchen, ihre Positionen durchzusetzen und Taktiken zu entwickeln, die ihnen erlauben ihre Projekte weiterzuführen.

Bisher schien es als ob die Gremialisten mit dem Wohlwollen Pinochets rechnen könnten, und tatsächlich waren sie es, die mehrheitlich an der Durchsetzung des wirtschaftlichen und sozialen Modells beteiligt waren, das die Diktatur während der letzten Jahre praktiziert hat. Jaime Guzman, der führende Kopf der Gremialisten ist während dieser Zeit vielleicht der bedeutendste Ratgeber Pinochets gewesen. Mit den Vorgängen der letzten Zeit haben sich die Spielregeln geändert, da die Besorgnis Pinochet neue Ideen suchen läßt, um aus der Patsche zu finden. Also wechseln die Sympathien, und wenige Tage nach dem ersten nationalen Protesttag vom 11. Mai kündigt Pinochet die Gründung einer Zivil-Militärischen Bewegung an, ein Projekt, das die Nationalisten seit 1975 durchzusetzen versuchen, ohne daß sie bisher ein Echo von Seiten der Regierung erhalten hätten.

Diese Ankündigung, die den Beginn einer politischen Offensive von Regierungsseite bedeuten würde, zeigt den Versuch die soziale Grundlage des Regimes zurückzuerobern und zu stärken, schließlich ist die Zahl der Regierungsanhänger, besonders seit die Krise ihre dramatischsten Konsequenzen zeigt, schnell und bemerkenswert gesunken. In Umfragen, die während des letzten Monats in Chile gemacht worden sind hieß es, daß an die 80% der Chilenen den Rücktritt der Militärjunta wünschen.

Das nationalistische Projekt zeigt, zumindest bisher, nicht sehr deutlich, welche Form und welchen Inhalt es haben soll. Seine Wortführer verbleiben in globalen Ankündigungen und Deklarationen. Und das, obwohl diese Idee schon seit acht Jahren um Gehör wirbt.

- *Gremialisten: Angehörige freiberuflicher Verbände (Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten, etc.) und Klein-Unternehmer aus Handel und Transport, die eine äußerst wichtige Rolle im Boykott gegen die Regierung Allendes spielten
- Nationalisten: Anhänger der Ultra-Rechten, die nahezu alle Mitglieder der faschistischen Organisation "Patria y Libertad" waren

Federico Willoughby, ihr führender Ideologe hat beispielsweise erklärt: "Die führenden Personen dieser Bewegung sind (?) Elemente der sozialen Basis, der Nachbarschaftsorganisationen und Ministerien, Elemente, die im Schulwesen beschäftigt sind, Arbeiter, Gremienführer und eine große Anzahl von Frauen, vor allem aus den Centros de Madre (Mütter-Zentren), die mit den "CEMA-Chile" verbunden sind." Auf eine Anfrage, ob man die Arbeiter aus den Minimalanstellungsprogrammen PEM und POHJ verpflichten würde, antwortete er: "Jedes Druckmittel ist illegitim, aber wir werden alle Spielräume nutzen, und dem Feind kein Territorium überlassen."

Es scheint, daß diese neue Ankündigung, eine zivil-militärische Bewegung zu schaffen, die Suche nach einem populistischen Ausweg darstellt, der Pinochet momentan zu reizen scheint. Allerdings glauben viele, daß dies nicht möglich sein wird angesichts der Tatsache, daß die finanzielle Situation des Regimes ein solches Projekt kaum zuzulassen scheint. Mehr noch, für den Fall, daß mit Hilfe der Weltbank eine wirtschaftlich-finanzielle Hilfe erreicht werden kann, könnte sie höchstens für den Unternehmensektor Erleichterung bringen, wohl kaum aber für den mittleren Wirtschaftssektor oder gar für die Marginalen, die es sind, die die Auswirkungen der Krise am drastischsten zu spüren bekommen.

Auf jede erdenkliche Weise - verschanzt in ihrer Hochburg, der Zeitung 'La Tercera', der Zeitung mit der größten Verbreitung im Lande - wettern die Nationalisten hartnäckig gegen jene, die, wie sie sagen, "aus der Regierung selbst heraus die Bildung einer zivil-militärischen Bewegung verhindert haben, die den echten Ausdruck und das Sehnen derer darstellt, die die schweigende und marginale Mehrheit bilden."

Die größten Hindernisse, denen diese Idee in ihrer Entwicklung begegnet ist, sind möglicherweise die Anklagen ihrer Gegner, die die zivil-militärische Bewegung mit den Bewegungen faschistischen bzw. nationalsozialistischen Zuschnitts identifizieren, mit dem Charakter einer "Einheitspartei der Regierung und mit korporativer Organisation der Gesellschaft.

Zögern und Starrköpfigkeit

Es ist möglich, daß das Zögern Pinochets, den Charakter dieser Bewegung öffentlich darzustellen aus der Notwendigkeit entsteht, die beiden Konzepte zu versöhnen und zu vereinigen, die heute um ihre Stellung in der Regierung kämpfen. Er hatte gehofft, dies mit der letzten Kabinettsbildung zu erreichen, wo er Vertreter beider Richtungen als Minister einsetzte, die bis dahin alle konform schienen, ... bis die verheerende soziale Ereignisse die Polemik erneut aufbrechen ließen. So kommt es dazu, daß die Gremialisten-ihreseite verschanzt in ihrer Hochburg, dem 'Mercurio', der 'der Dekan' der chilenischen Presse genannt wird, -dringliche Rufe nach Öffnung verbreiten, nach Beteiligung, die im Kontext der Verfassung von 1980 verankert ist, und die auch bedeuten könnte, daß bestimmte Strömungen der Opposition ihre Aktivitäten ohne Vorbehalt durchführen können.

Es ist augenscheinlich, daß dieser Sektor nicht alle Stimmen hinter sich hat, und daß es ihm nicht mehr leicht fällt, den politischen Ton anzugeben. So kann man in den Leitartikeln des Mercurio Äußerungen finden, wie: "Der vorsichtige Dialog zwischen der Regierung und den Arbeitern und Unternehmern, um bei der Suche nach gemeinsamen Lösungen für die allgemeinen Probleme voranzukommen, ist dringend." oder: "Das mangelnde Bewußtsein eines Gewerkschaftsführers und die negative Starrköpfigkeit der Regierung den Kon-

sens zu suchen, bringen das Land in eine außerordentlich delikate Lage."

Diese "Starrköpfigkeit" der Regierung zeigt sich auch in ihrer Einstellung zum Wirtschaftsproblem, wenn etwa der Finanz- und Wirtschaftsminister Carlos Caceres ankündigt, "daß es keine Änderung der Wirtschaftspolitik geben wird, und daß diejenigen, die eine solche vorschlagen unverantwortlich sind" und außerdem, "daß das Problem Chiles, so wie das aller Länder der Welt ein Problem von Ressourcen ist." Mit dieser willkürlichen und halsstarrigen Position verwischt er mit einem Federstrich die Gründe der Krise und der proportional höchsten Schuldenlast der Welt, US \$ 18.000.000.000. (bei einer Gesamtbevölkerung von 11-12 Millionen Chilenen im Lande)

Man kann also definitiv feststellen, daß die Regierung das Scheitern ihres Wirtschaftsmodells nicht anerkennt, aber jede Maßnahme, die sie ergreift bringt sie in schärfere Widersprüche mit eben diesem Modell, und vergrößert die Polemik und den Zwist unter den eigenen Anhängern.

Zur Rolle der DC

Die Opposition ihrerseits nutzt jeden Fehltritt des Regimes und versucht sich schnellstens auf die Höhe des historischen Augenblicks zu bringen, in dem sie wie es scheint, von der vordringenden sozialen Bewegung überholt worden ist.

In dieser Bewegung sind es die Christdemokraten (DC), die mit den meisten Vorzügen und Möglichkeiten auftauchen, um sich als eine gangbare Alternative zu präsentieren und zu konstituieren. Wenigstens stellt sie sich als die am wenigsten konfuse Organisation dar, und als die am besten vorbereitete. Das geht soweit, daß gemunkelt wird, sie hätten in ihrem letzten Kongress vom Vorjahr bereits die Regierungsposten verteilt. Ob es stimmt oder nicht, bezüglich der politischen Entwicklung Chiles haben sie die Situation insofern zu nutzen gewußt, als daß sie sich dem Volk gegenüber als eine Organisation darstellen, die sich von ihren politischen Irrtümern der Vergangenheit erholt hat und die ein zusammenhängendes und vor allem weit verbreitetes Programm vorweisen kann, was von fundamentaler Bedeutung ist wenn ein Volk ängstlich nach einer Alternative sucht.

Es gibt politische Sektoren, die in Anbetracht der vergleichsweise Vorteile, die die DC den anderen Oppositionsparteien gegenüber vorweisen kann, glauben, daß es ihr gelingen könnte die Arbeiter und deren Organisationen davon zu überzeugen, daß ihr Vorschlag der augenblicklich richtige sei. Nach dem Motto: Es ist immer besser wenn das Wasser nur bis zu den Schultern und nicht ganz bis zum Hals steht.

Diese Einschätzung entsieht auf folgendem Hintergrund: Welche Regierung könnte unter den aktuellen Bedingungen von Verschuldung und einer zerstörten wirtschaftlichen Infrastruktur des Landes ihr Versprechen einer Verbesserung halten, oder wenigstens mit der Erfüllung dieser Versprechen beginnen, ohne notwendig diejenigen sozialen Sektoren erneut zu unterdrücken, die nicht in die Gunst von etwaigen Verbesserungen kommen werden? Wenn schon Pinochet kein Geld hat für sein aktuelles Projekt populär-politischen Charakters, ist es wahrscheinlich, daß selbst mit Unterstützung der europäischen Demokratien und einiger politischer Sektoren der USA, es für die DC unmöglich sein wird, mit den nötigen Mitteln für die Befriedigung der aktuellen Bedürfnisse und dringenden Notwendigkeiten der chilenischen Bevölkerung rechnen zu können.

In ihrer derzeitigen Position ist die DC darum bemüht ein empfindliches Gleichgewicht zu halten, bei dem es darauf ankommt, daß alle möglichen Alliierten bei der Stange bleiben, und daß man sich keinem gegenüber "die Finger verbrennt." Tatsächliche Alliierte dürften wohl diejenigen werden, die ihr erlauben mit dem nötigen Rückhalt zu regieren, der benötigt wird um die Militärjunta zu ersetzen.

Sowohl die einen als auch die anderen bei der Stange zu halten bedeutet in der Praxis, keine definitiven politischen Bündnisse einzugehen, weder mit denjenigen Sektoren der Linken, die an eine Allianz mit der DC für die Suche nach einem politischen Ausweg glauben, noch mit den Sektoren der Rechten, die heute Abtrünnige und Gegner der Regierung sind.

Das Problem stellt sich nach links hauptsächlich für die Position gegenüber der PC (Partido Comunista), die sie nicht als politische Verbündete zuläßt, sich aber im Rahmen sozialer Organisationen einer Allianz mit den militanten Kommunisten nicht widersetzt.

Die DC argumentiert, daß solange die Kommunisten nicht deutlich machen auf welchem Wege sie die Macht erreichen wollen (bewaffneter Kampf oder Subversion) und wie diese ausgeübt werden soll (Diktatur des Proletariats) könne diese Partei nicht vorgeben sich mit demokratischen Parteien verbünden zu wollen.

Zur anderen Seite hin ist die DC stark darum bemüht, bei einer möglichen Allianz mit der Rechten nicht offen als Verbündete derjenigen zu erscheinen, die historisch als Teil der Diktatur gelten, und die für das größte Wirtschaftsdebakel in der Geschichte des Landes verantwortlich sind. Sicherlich würde ein Bündnis der Regierung mit diesen Sektoren die DC in den Augen des Volkes in ein schlechtes Licht rücken, und sie würde nicht den gewünschten Rückhalt erhalten.

DC und Gewerkschaften

Als weiteres versucht die DC im Moment sich die Kontrolle über die gewerkschaftliche Bewegung zu sichern, die sich wie es scheint sehr stark fühlt und Autonomie gegenüber den Parteien fordert. In einer der Erklärungen, die Rodolfo Seguel in der spanischen Tageszeitung 'El Pais' gemacht hat, betont er, "Ich bin Christdemokrat, aber ich habe auch meine eigene Meinung. Ich bin keiner Partei untergeordnet." Hier, sowie in einigen anderen Erklärungen von Gewerkschaftsführern, mit dem Grundtenor "dies ist eine authentische Gewerkschaftsbewegung, ohne politische Parteien", zeigt sich ein Bemühen um Unabhängigkeit von einer starren parteilichen Führung.

Von der Verantwortung, die sie für die gewalttätigen Ausschreitungen vom 11. 5. und 14.6. hätte haben können, versucht sich die DC andererseits zu distanzieren. So erklären ihre Vertreter, daß "die Gewalttätigkeiten, zu denen es in einigen Stadtvierteln Santiagos gekommen ist, Akte isolierter Zerstörungswut waren, die von einigen wenigen verübt wurden und die von den Gewerkschaftsführern verurteilt werden." Gleichzeitig haben sowohl Seguel als auch A. Zaldivar unabhängig voneinander geäußert, daß sie "in keinem Augenblick erklärt hätten, es sei dringend die Diktatur zu stürzen". - Strategie um Zeit zu gewinnen in den Gesprächen mit der Regierung??

Während die DC versucht die gewerkschaftliche Führung zu behaupten, versuchen Berufsverbände, Transport- und Handelsverbände und die chilenischen linken Parteien auf den Zug einer sozialen Bewegung aufzuspringen, die sie augenscheinlich überholt hat, und die sie

heute nicht als Ausdruck einer eigenen Stärke verbuchen können. Von offizieller Seite hat man dies erkannt und weiß es zu nutzen, es kommt nicht von ungefähr, daß die Regierung sie in keinem ihrer Gesprächsangebote etc. auch nur erwähnt.

Die Regierung eröffnet also den "Dialog", aber sie eröffnet ihn nur mit Gewerkschaftsführern, wobei sie bis zum Augenblick auch die politischen Repräsentanten der DC ausschließt.

Dabei weiß man auf Regierungsseite sehr gut, daß es die DC ist, die momentan in diesen Organisationen am stärksten repräsentiert ist, und den größten Einfluß hat. Insofern bemüht sie sich indirekt, durch die Gespräche mit den Gewerkschaftsführern, darum ihre Beziehung zu dieser Partei zu verbessern, oder wenigstens mit den Teilen der DC mit denen sie einen Verhandlungsausweg aus der Krise zu finden hofft, die leicht in einem beschleunigten und brüskten Wechsel der jetzigen Regierung enden kann.



Zur Position der Streitkräfte

Es scheint logisch sich mit einer kurzen Analyse der Streitkräfte zu befassen, die als politischer Faktor in Bezug auf einen möglichen zukünftigen Wechsel von zweifelloser Bedeutung sind. Wie es scheint stehen offiziell weiterhin alle hinter Pinochet, aber man weiß, daß die Einigkeit so einig nicht mehr ist.

Die größten Unstimmigkeiten hat es wohl gegeben, als die Dollarreserve in so beunruhigende Tiefe gefallen ist, bedeutet doch das Fehlen von Devisen eine Position der Schwäche gegenüber den Nachbarstaaten, von denen sich derzeit die Argentinier als die aggressivsten zeigen, im Streit um die Zugehörigkeit der Inseln Picton, Nueva und Lennox. Eine ähnliche militärische Beunruhigung besteht hinsichtlich der immer noch existierenden militärischen Sanktionen der USA, die in der sogenannten "Enmienda Kennedy" verankert sind. In diesen Sanktionen sind starke Beschränkungen für den Verkauf von Waffen, Ersatzteilen und Munition an die chilenische Regierung enthalten. Diese Maßnahme wurde während der Amtszeit Carters verabschiedet und entstand als Reaktion auf die Bestätigung der ständigen und wiederholten Verletzung der Menschenrechte in Chile.

Dieser Tatbestand ist in vielen regierungstreuen Analysen der letzten Zeit aufgetaucht, und die ausgesprochene Besorgnis scheint logisch als je mehr Zeit vergeht, desto mehr Ersatzteile etc. benötigt werden, desto deutlicher werden die Auswirkungen der Sanktionen spürbar.

Wenn man hierzu noch das permanente Spannungsverhältnis zu den bolivianischen Nachbarn addiert, kann man annehmen, daß die Ruhe der Streitkräfte nicht nötigerweise Gleichgültigkeit gegenüber der Situation bedeutet.

Variation eines Auswegs

Wie sie sich in Zukunft verhalten, kann durchaus ein Schlüsselement für die Durchsetzung einer der zahlreichen Alternativen die sich für Chiles Zukunft auffächern sein.

Wovon man allerdings heute meistens ausgeht, ist, daß die Charakteristika die das Regime bis heute geprägt haben und die Persönlichkeit Pinochets darauf schließen lassen, daß sie sich weiterhin an die Macht klammern werden, auch wenn die Krise sich weiter zuspitzt. Dafür würden sie alle erdenklichen Mittel einsetzen: Massive Repression, Versuche die soziale Bewegung zu spalten und zu schwächen, indem sie dem einen Teil den Dialog anbietet, den anderen aber nicht zuläßt und unterdrückt, die Institutionalisierung eines eingeschränkten Dialogs mit bestimmten Teilen der Rechten und vielleicht mit gewissen Teilen der DC, etc. Eine andere Hypothese geht vom stufenweisen Rückzug der Streitkräfte aus, mit einer militärischen Übergangsregierung oder einer neuen Junta, und mit einer gewissen Frist zur Einberufung von Wahlen.

Die nächste Möglichkeit, die diskutiert wird, ist der Rücktritt der Streitkräfte und das Einsetzen einer nationalen Notstandsregierung (mit oder ohne konstituierende Versammlung). Bei dieser Möglichkeit wird von einer starken Politisierung auf nationaler Ebene ausgegangen.

Es könnte auch zur Bildung einer zivil-militärischen Regierung, als Übergangslösung kommen, die das Ziel hat eine konstituierende Versammlung einzuberufen, was eine neue politische Verfassung und im Folgenden allgemeine Wahlen mit sich bringen würde.

Die schlimmste aller möglichen "Alternativen" wäre sicher wenn die Streitkräfte - selbst ohne Pinochet - an der Macht blieben. Dies wäre allerdings wirklich ein Resultat der Schwäche und Unfähigkeit der sozialen und politischen Kräfte eine bestimmte soziale Mobilisierung zu forcieren, die von einem politischen Konsens getragen wird.

All diese Hypothesen haben die verschiedensten Varianten, und selbst dann ist es möglich, daß keine von ihnen wirklich die politische Zukunft des Landes bestimmen wird; zeigt doch das momentane Geschehen in Chile wieder einmal deutlich, daß es weder in der Politik noch in der Sozialwissenschaft unveränderliche Gesetze oder Regeln gibt.

Währenddessen prägen weiterhin die altbekannten Szenen der letzten zehn Jahre das Alltagsleben: Straßenhändler, die vor der Polizei ihre Sachen zusammenraffen und fliehen weil sie keine offizielle Erlaubnis zur Ausübung ihrer Tätigkeit haben, als Parkplatzwächter verkleidete Arbeitslose, Kinder und Erwachsene, die bettelnd von Haus zu Haus ziehen, Männer und Frauen, die für 3000 Pesos (ca. 80-100 DM) monatlich im staatlichen Minimalanstellungsprogramm arbeiten, alles in allem eine Generation, die einzig den Kampf ums tägliche Brot erlebt, auf Kosten einer verpfändeten Würde und mit einer Zukunft vor Augen von der sie ...

also da muß wohl in Chile noch etwas ganz anderes passieren damit auch sie etwas zu erwarten haben ...

“Für Chiles Freiheit”

Der Kongress in Münster und ein Interview dazu

Der Kongreß "Für Chiles Freiheit - gegen Imperialismus und Militarismus in Lateinamerika", der vom 24. bis 26. Juni 1983 in Münster stattfand, war trotz seiner überaus breiten Resonanz, trotz seiner guten Organisation und trotz der außerordentlichen Bereitschaft zur Solidarität und zur Einheit innerhalb und mit der chilenischen Linken für viele eine Enttäuschung. Der Grund ließe sich in dem Satz zusammenfassen: 'Alter Wein - nicht einmal in neuen Schläuchen!'

Die ermüdenden, viel zu langen, viel zu langweiligen und viel zu zahlreichen Reden der Politiker bewegten sich - von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen - in den gewohnten Bahnen: die historische Bedeutung der UNIDAD POPULAR wurde ausführlich dargestellt, und die Greuelthaten der Diktatur wurden verdammt. Über die gegenwärtigen Probleme der chilenischen Opposition und über die Diskussion eines zukünftigen Entwurfs war dagegen so gut wie nichts zu hören. Die Tatsache der beiden 'nationalen Protesttage' am 11. Mai und am 14. Juni wurde allenfalls als Aufhänger dafür benutzt, die alten Parolen mit besonderem Nachdruck und mit um so größerem Pathos vorzutragen.

Die zeitliche Relation zwischen den Reden im Plenum und der wesentlich interessanteren Arbeit in den Foren war in geradezu eklatanter Weise zugunsten der Plenarveranstaltungen ausgefallen.

Anstelle einer ausführlicheren Kritik drucken wir hier ein Interview ab, das ein Mitarbeiter der LN in Münster mit einem Chilenen führen konnte, der bis zum 20. Juni in Santiago war. Sein vollständiger Name kann nicht veröffentlicht werden, da er in diesen Tagen wieder nach Chile zurückkehrt. Es handelt sich um einen Wissenschaftler, der einige Jahre lang bei einem sehr bekannten deutschen Professor als Assistent gearbeitet hat.

INTERVIEW MIT FRANZISCO D.

LN: Die offiziellen Ansprachen der Partei-Vertreter der chilenischen Linken auf diesem Kongreß in Münster unterscheiden sich nur wenig von ähnlichen Reden in der Vergangenheit. Angesichts der jüngsten Ereignisse in Chile erscheint das vielen Teilnehmern unverständlich. Was meinst Du dazu, der Du erst vor wenigen Tagen aus Chile abgereist bist?

FRANZISCO D.: Das Chile-Bild, wie es hier sowohl von den Chilenen als auch von den deutschen Solidaritätsgruppen zum Vorschein kommt, entspricht nicht ganz der Realität. Es ist eher das Bild des alten, des Chiles der Unidad Popular und der Parteien. Was sich hier abgespielt hat, ist natürlich sehr positiv für die Solidaritätsarbeit. Aber was die chilenische Wirklichkeit anbelangt, handelt es sich hier eher um ein Stück Rekonstruktion der Geschichte als um ein Stück Gegenwart!

LN: Die Schwierigkeit, die wir als Mitglieder der Solidaritäts-Bewegung haben, ist die, daß wir die jeweils spezifische Interpretation der chilenischen Wirklichkeit oft für die Wirklichkeit selbst halten müssen. Wie ist das Verhältnis zwischen den Basis-Organisationen und den Parteien in Chile - also zwischen denen, die auf die Straße gehen und denen, die das anschließend interpretieren?

F.D.: Hier auf dem Kongreß konnte man den Eindruck haben, daß alles in Chile über die Parteien läuft. Aber das ist in Chile längst nicht mehr der Fall. In diesen zehn Jahren Militär-Diktatur hat sich eine soziale Bewegung, eine

Volksbewegung gebildet, die ziemlich stark ist, obwohl sie unterschiedliche Formen angenommen hat - und die sowohl auf einer strengen Autonomie der Bewegung, als auch auf einer Verwirklichung der eigenen Interessen der Basisgruppen besteht. Und diese Autonomie, diese Interessen können die Parteien - geradezu per definitionem - nicht immer wahrnehmen.

Im Moment ist die politische Situation in Chile so, daß die Parteien zwar eine Rolle spielen, aber eine sekundäre Rolle. Die Hauptrolle spielt die Basis-Bewegung, diese Volksbewegung mit ihren sehr verschiedenen Organisationsformen - und auch mit der Schwierigkeit, sich zu koordinieren. Aber dort liegt eindeutig der Schwerpunkt, wie es z.B. bei den beiden nationalen Protesttagen im Mai und im Juni zu sehen war. Diese Proteste waren kein Ausdruck der Parteipolitik, sondern vielmehr ein Ausdruck der Forderungen und der Strategie, die aus dieser Bewegung heraus entstanden ist. Man kann auf den verschiedensten Ebenen beobachten, z.B. in der Gewerkschaftsbewegung, bei den Organisationen der Elendsviertelbewohner und auch bei den Studenten, wie sich diese Bewegungen relativ autonom entwickelt haben.

Die Rolle der Parteien bleibt eine wichtige Rolle, aber ich glaube, wenn die Parteien wirklich im Bereich der Volksbewegung etwas zu sagen haben wollen, dann müssen sie zunächst eine Selbstkritik vornehmen und ihr Verhältnis zur Basis-Bewegung neu definieren.

LN: Hat es Dich nicht ein bißchen traurig gestimmt, daß auf dem Kongreß sehr wenig über das neue Chile gesprochen worden ist und die Perspektiven, wie dieses neue Chile eigentlich aussehen soll, immer nur am Rande abgehandelt worden sind und mehr Vergangenheitsbewältigung, Geschichtsanalyse betrieben wurde als die Darstellung eines neuen Weges?

F.D.: Ja - das entspricht wohl auch der Lebenssituation der Exil-Chilenen, daß sie mehr auf die Vergangenheit orientiert sind und auf die Bewältigung dieser Vergangenheit und daß sie im Grunde keine Vorstellung haben, wie die chilenische Wirklichkeit aussieht. Es ist auf jeden Fall sehr wichtig, die Vergangenheit zu bewältigen, sie zu kritisieren und daraus Lehren zu ziehen. Aber ich zweifle ein bißchen daran, ob man das nur aus der Situation des Exils heraus machen kann. Ich glaube, die Chilenen, die in Chile geblieben sind, haben sich auch bemüht, die Vergangenheit zu bewältigen, haben Selbstkritik geübt; aber trotzdem auf einer anderen Grundlage: nämlich aus den Erfordernissen heraus, die sich aus der konkreten Situation in Chile ergaben.

LN: Wahrscheinlich können die Exil-Chilenen die heutige Basis-Bewegung in Chile gar nicht richtig einschätzen. Vielleicht kannst Du noch ein bißchen erläutern, was da eigentlich passiert. Wie 'funktioniert' Basis-Bewegung heute in Chile?

F.D.: Bei den Elendsviertelbewohnern bedeutet Basis-Bewegung z.B. eine breite Palette von kleinen Organisationen, die ihre eigenen Interessen haben: Kulturgruppen, Theatergruppen, Arbeitslosengruppen, Obdachlosengruppen, Gesundheitsgruppen, christliche Basisgemeinden, Kindertagesstätten, Frauengruppen etc.

Diese Basisgruppen haben den Gedanken sehr ernst genommen, daß ein politisches Projekt im Sinne des Volkes aus dem alltäglichen Leben formuliert werden muß. Sie haben das alltägliche Leben ernst genommen, was - wie ich glaube - zum ersten Mal in der chilenischen Politik geschehen ist. Früher haben wir politisch von großen ideologischen Konzeptionen gelebt, und das alltägliche Leben hat sich unter den Christdemokraten und auch unter der UP kaum verändert. Politik war nicht eine Sache des Alltags.

Heute nimmt die Basis-Bewegung - glaube ich - die Interessen, ihre Schwerpunkte, aus dem täglichen konkreten Leben. Sie nimmt sie erst einmal wahr, und sie nimmt sie sehr ernst.

LN: Heute vormittag gab es den stark umjubelten Vortrag von Gladys Diaz über den Kampf in Chile und auch über ihre Vision von einem notfalls bewaffneten Widerstand gegen das Pinochet-Regime. Wie realistisch ist das, was da beschrieben wurde, angesichts der Situation Chiles und angesichts seiner geographisch-strategi-

schen Lage, mit der es die Basis-Bewegung in Wirklichkeit zu tun hat?

F.D.: Ich bin gar nicht damit einverstanden, was Gladys Diaz gesagt hat. Das entspricht überhaupt nicht der chilenischen Situation; und rein strategisch gesehen wäre es für die Volksbewegung unmöglich, einen Sieg mit der Strategie bewaffneter Konfrontationen zu erreichen. Ich glaube sogar, daß man behaupten kann, die Regierung wäre froh darüber, wenn die Proteste auf eine bewaffnete Konfrontation hinauslaufen würden, weil die Streitkräfte auf dieser Ebene, der Ebene der Gewalt in diesem Sinne, sehr viel besser vorbereitet sind und die Probleme viel besser 'lösen' können als die Volks-Bewegung. In diesem Sinne ist es also völlig unrealistisch zu hoffen, daß die Proteste in einen bewaffneten Kampf einmünden.

LN: Bemerkenswert ist doch aber, daß nach einer längeren resignativen Phase ganz plötzlich, innerhalb von weniger als zwei Monaten, eine neue Hoffnung aufgebrochen ist. Worin besteht diese Hoffnung dann, wenn sie diese Möglichkeit gewissermaßen von vornherein außer Acht läßt?

F.D.: In Chile wie auch im Ausland besteht die Hoffnung, daß das Pinochet-Regime gestürzt wird. Und ich finde, diese Chance besteht. Es ist realistisch, das zu denken. Das Regime kämpft jetzt um's Überleben, weil die Wirtschaftskrise so tief ist, daß die Regierung keine neue Utopie mehr anzubieten hat. Das Entscheidende in den letzten Monaten ist, daß viele Gruppen in der Gesellschaft zur Opposition übergewechselt sind, jene Gruppen, die vorher das Regime unterstützt haben, nämlich Unternehmer, Berufsverbände, Organisationen der Mittelschichten usw. - sodaß man in Chile von einem breiten Konsens sprechen kann, daß Pinochet verschwinden soll. Es gibt aber einen weiteren breiten Konsens, der einfach darin besteht, daß es mit der Regierung nicht weitergehen kann. Dieser Konsens reicht inzwischen von der Linken über die Mitte bis hin zur Rechten.



LN: Gibt es aber darüber hinaus schon so etwas wie eine Perspektive, wie es dann weitergehen soll, wer das politische Vakuum, das dann entstehen würde, ausfüllt?

F.D.: Nehmen wir an, daß Pinochet stürzt. Das Land wird dann zwei große Probleme haben: zunächst die Wirtschaftskrise, die nicht von heute auf morgen zu lösen sein wird und auch nicht innerhalb des nächsten Jahres. Das andere ist das Problem der Streitkräfte. Die Streitkräfte sind undemokratisch - sie haben es gründlich bewiesen, daß sie nicht demokratisch sind. Sie werden zwar zurück in ihre Kasernen gehen, wenn Pinochet fällt, aber sie werden ihre Gesinnung nicht geändert haben. Es wird eine Situation entstehen, die für die Volksbewegung und für die linken Parteien nicht zu lösen ist. Man kann sogar sagen: das Dümme, was die Linke machen könnte, wäre, die Regierung aus dem Stand heraus zu übernehmen oder auch nur einen Anspruch darauf anzumelden.

Was man sich aber erhoffen kann, ist, daß es zu einer allmählichen Demokratisierung kommt, die es ermöglicht, daß die Bildung einer Volksbewegung weitergeht - in dem Sinne, daß man eine neue Volksbewegung in Chile zustandebringt. Ich glaube, die chilenische Politik ist traditionellerweise in drei fast gleiche Teile geteilt worden: rechts, mitte und links. Wenn es der Volksbewegung nicht gelingt, diese Dreiteilung zu durchbrechen, dann wird sich der politische Traditionalismus wiederholen, und dann ist die Situation Chiles, die Situation des Volkes, die Situation der Arbeiterklasse unlösbar. Man muß diese Dreiteilung durchbrechen, indem man versucht, einen 'historischen Block' für die Veränderung zu schaffen, der nicht mehr dieser Dreiteilung entspricht.

LN: Wie könnte eine solche Interimslösung konkret aussehen? Von welchen politischen Parteien kann sie getragen werden?

F.D.: Ich glaube, im Moment besteht die größte Wahrscheinlichkeit (und auch die größte Chance) darin, daß die Christdemokraten und die politische Rechte eine Übergangsregierung bilden könnten.

LN: Mit den Militärs zusammen oder ohne die Militärs?

F.D.: Wahrscheinlich mit Teilen des Militärs - vielleicht ohne sie!?! Das ist nicht genau zu sagen. Im Moment weiß niemand, wie die Situation innerhalb der Militärs aussieht. Was man sich erhofft, ist, daß diese Übergangsregierung die Demokratisierung des Lebens, die Demokratisierung der Politik des Landes durchführt, und zwar so uneingeschränkt, wie es früher war. Wenn die Krise noch länger anhält und sich weiter zuspitzt, wird es für die Rechte schwieriger werden, in eine Regierung mit den Christdemokraten einzusteigen. Es wird sich dann die Tendenz eher nach links verschieben, weil eine weitere Entwicklung der Krise bedeuten würde, daß die Volksbewegung in ihren verschiedenen Ausdrucksformen noch stärker geworden ist.

LN: Das würde doch aber bedeuten, daß auch die Rechte ein Interesse daran hat, daß es bald eine Lösung gibt?

F.D.: Ich glaube, die klügsten Kreise innerhalb der Rechten haben ein Interesse daran, daß Pinochet so bald wie möglich stürzt, weil sie sich davon die besten Bedingungen, den besten Spielraum erhoffen. Das ist übrigens wie im Evangelium im Gleichnis vom untreuen Verwalter. Der untreue Verwalter hat sich beeilt, die besten Bedingungen zu erreichen, weil die Situation für ihn schon so schwierig geworden war...

Solidarität mit Gewerkschaften

Auf dem Chile-Kongress in Münster hat der Gewerkschaftler Hector Cuevas folgende Liste mit Adressen chilenischer Gewerkschaften verteilt. Die Idee ist, über einen direkten Kontakt direkte Solidarität zu ermöglichen, die die dortigen Gewerkschaftler gerade jetzt benötigen, wo etliche ihrer Mitglieder entlassen, verhaftet oder verbannt wurden. Man kann einfach eine der Gewerkschaften anschreiben, um Informationen zur gegenwärtigen Situation bitten und fragen, wie man sie unterstützen kann. Mittel und Wege finden sich immer. Die Liste ist leider nicht vollständig und beinhaltet v.a. confederaciones, das sind die Spitzenverbände einzelner Branchen.

CONFEDERACION NACIONAL CAMPESINA SURCO

Präsident: Carlos Opazo
(z.Z. nach Chile-Chico verbannt)
Nataníel 806
Santiago de Chile

CONFEDERACION NACIONAL DE LA CONSTRUCCION "CNTC"

Präsidenti.V.: Sergio Troncoso Cisterna
(verbannt nach Pisagua, der Präsident Hector Cuevas wurde im Januar exiliert)
Serrano 444
Santiago

CONFEDERACION METALURGICA "CONTRAMET"

Präsident: Ricardo Lecaros
Avenida Brasil 43
Santiago

CONFEDERACION NACIONAL MINERA

Präsident: Juan Antinao
Príncipe de Gales 88
Santiago

CONFEDERACION NACIONAL DE GASTRONOMICOS "CONTGCH"

Präsident: Manuel Caro
(z.Z. vom Geheimdienst CNI verhaftet)
Nataníel 415
Santiago

FEDERACION NACIONAL TEXTIL

Präsident: Dario Jara
Santo Domingo 2820
Santiago

ASOCIACION NACIONAL DE PENSIONADOS (LEY 10386)

Präsidentin: Tereza Carvajal
Herrera 561
Santiago

SINDICATO NACIONAL DE MONTAJE INDUSTRIAL

Präsident: Luis Diaz
Abdon Cifuentes 67
Santiago

CONFEDERACION DE TRABAJADORES DEL COBRE (CTC)

Präsident: Rodolfo Seguel
(z.Z. verhaftet vom CNI)
Mac Iver 283
Santiago

CONFEDERACION NACIONAL DE PANIFICADORES

Präsident: Guillermo Cortéz
Roberto Pretot 32
Santiago

SINDICATO NACIONAL DE LA CONSTRUCCION

Präsident: Vicente Garcia
Almirante Barroso 260
Santiago

SINDICATO DE PIRQUINEROS PROVINCIA DEL ARAUCO

Las Heras 880
Curanilahue
VIII. Region
Chile



Seguel gibt im Gefängnis ein Interview

Rückblick: Chile vor zehn Jahren

Die Monate vor dem Putsch IV

Am 11. September dieses Jahres sind zehn Jahre seit dem blutigen Militärputsch von Santiago vergangen. Unsere Chronik über die letzten Monate und Wochen davor setzen wir hier wieder mit Zitaten aus eigener Quelle fort, nämlich mit Zitaten aus den CHILE-NACHRICHTEN, als deren Erben und Nachfolger wir uns begreifen.

Wer die folgenden Berichte von Anfang und Ende August 1973 heute unbefangen liest, der wird sagen, daß nicht viel Hellseherei dazu gehörte, aus der spannungsgeladenen Situation dieser Zeit in Chile, wie sie da geschildert wird, auf das unmittelbare bevorstehen eines Militärputsches zu schließen. Und dennoch wurden die damaligen Schreiber und Leser dieser Zeilen von dem tatsächlichen Eintreten dieses Falles völlig überrascht. Wir haben sehr genau hingesehen auf das, was da im fernen Chile passierte, und wollten doch nicht glauben, was wir sahen.

Die heutigen Proteste gegen die Diktatur des Generals Pinochet haben dazu geführt, daß die Blicke der Weltöffentlichkeit wieder verstärkt auf Chile gerichtet werden. In manchen Punkten ergeben sich auf den ersten Blick verblüffende Parallelen zur Situation vor zehn Jahren. Wer aber genauer hinsieht, der muß feststellen, daß sich die heutige Situation von der damaligen grundlegend unterscheidet: Damals wurde eine demokratisch gewählte Regierung mit allen Mitteln des Chaos, des Aufbruchs und des Terrors solange bekämpft, bis sie gestürzt werden konnte, heute versucht das chilenische Volk mit friedlichen Mitteln eine terroristische Herrschaft abzuschütteln und sich die Demokratie neu zu erobern.

Eins aber ist in beiden Situationen gleich: Es gibt das Militär. Und letztlich kommt es darauf an, wie man mit dem Militär fertig wird.



Am 2. August 1973 schreiben die CHILE-NACHRICHTEN in ihrer Nummer 3:

Alles zu tun, was den drohenden Bürgerkrieg verhindert, ist für die Parteien der Unidad Popular und die Arbeitermassen augenblicklich die wichtigste Aufgabe. Scheinbar sich widersprechende Vorgänge wie die Stärkung der Kampforganisationen der Arbeitermassen einerseits und der Dialog der Regierung mit der Führung der Christdemokratie andererseits schließen sich dabei unter den gegebenen Umständen nicht aus, sondern bedingen sich gegenseitig. So hat schließlich auch die Sozialistische Partei, deren Generalsekretär Carlos Altamirano noch am 12. Juli jeden Dialog mit der Führung der Christdemokratischen Partei rundweg als extrem gefährlich und als ein Zeichen der Schwäche abgelehnt hatte, auf dem Plenum ihres Zentralkomitees am 29. und 30. Juli eben diesen Dialog akzeptiert.

Mit entscheidend für diesen Wandel mögen vor allem die augenblicklichen Verhältnisse in den Streitkräften, in der Christdemokratie und im ökonomischen Sektor sein.

Der Putschversuch vom 29. Juni, dessen Niederschlagung zunächst die Verfassungstreue des überwiegenden Teils des Militärs zu dokumentieren schien, hat in Wahrheit die Politisierung innerhalb der Streitkräfte erheblich gefördert und beschleunigt. Konflikte innerhalb des Militärs waren seit 1891 stets am Verhandlungstisch und ohne Blutvergießen bereinigt worden. Den Bruch mit dieser Tradition, den General Prats, der Oberkommandierende des Heeres, am 29. Juni vollzog, hat zu einer politischen Diskussion geführt, die nicht nur die politische Neutralität der Streitkräfte infrage gestellt, sondern auch die putschistischen Neigungen der Mehrheit der Generäle mit Truppenkommando offenbart hat. Unter diesen Umständen blieb Prats keine andere Möglichkeit, als nachdrücklich auf einen Dialog der Regierung mit der christdemokratischen Führung zu dringen, der unter anderem das Ziel haben soll, die Streitkräfte wieder aus der Tagespolitik herauszuziehen. Andererseits verlangen die Christdemokraten in diesen Gesprächen mit der Regierung jetzt die Aufnahme der Militärs ins Kabinett.

Auch in bezug auf die innere Situation und die Zukunftserwartungen der Christdemokratischen Partei zeichnen sich merkbare Veränderungstendenzen ab. Ein Wahlsieg 1976 erscheint dem Kreis um Eduardo Frei nicht mehr so sicher wie früher, und ein Putsch seitens der äußersten Rechten als stets realere Bedrohung. Der einzige Ausweg bestünde darin, sich an die Spitze der Putschisten zu stellen. Dies entspräche auch der vor einem Jahr vom Partei-Ideologen Claudio Orrego aufgestellten Theorie von der Strategie der russischen Generäle: Rückzug bis vor die Stadtgrenzen Moskaus, um dann vernichtend zuzuschlagen. Steht man nicht schon kurz vor Moskau? Auf der anderen Seite sind, wie Luis Maira in einer sorgfältigen Analyse in CHILE HOY Nr. 58 zeigt, Krisenzeiten die große Chance für die Stärkung der "demokratisch-progressiven" Kräfte innerhalb der Christdemokratie, der Kräfte um Bernardo Leighton und Radomiro Tomić. Und schließlich haben im Gefolge des Putschversuchs vom 29. Juni die christdemokratischen Arbeiter massiv an Fabriksbesetzungen teilgenommen. Unter diesen Umständen hat der Dialog zwischen Regierung und Christdemokratie - der auch von der Kirche dringend empfohlen wurde - auch den Sinn, einen Keil zwischen die Christdemokratie einerseits und die reaktionären und offen faschistischen Kräfte andererseits zu treiben.

Die ohnehin schwierige Wirtschaftssituation wird seit dem 26. Juli noch verschärft durch den Streik, den die Fuhrunternehmer nach dem Muster der Oktoberkrise vom vergangenen Jahr begonnen haben. Bei diesem eindeutig politisch motivierten Streik geht es vor allem darum, die Hauptstadt Santiago von der Versorgung mit Nahrungsmitteln, Heizmaterialien und für die industrielle Produktion wichtigen Rohstoffen abzuschneiden. Ob die Fuhrunternehmer wieder die gleichen Solidarisierungseffekte bei den Unternehmerverbänden werden auslösen können wie im letzten Oktober, ist noch unklar. In jedem Fall verschärft der jetzt herrschende Winter die Situation.

Für die Regierung ist bei den Verhandlungen mit der Christdemokratie entscheidend, daß sie die weitere Ausführung ihres Programms und insbesondere die gesetzliche Sicherung des Ausbaus des sozialisierten Wirtschaftssektors erreicht. Die Christdemokratie betont derweil vor allem das einzuhaltende Waffenmonopol der Streitkräfte. Das vor einem Jahr von ihr eingebrachte und dann auch verabschiedete Gesetz über Waffenkontrolle hat zu zahlreichen Durchsuchungen von Fabriken, Parteigebäuden der Linken und sogar Friedhöfen geführt, die wegen der dabei angewandten Brutalität der Streitkräfte bei den Arbeitern starken Unmut hervorriefen. Das Ergebnis dieser Durchsuchungen war meistens praktisch gleich Null. (Artikel dazu findet man in CHILE HOY Nr. 57 und 59).

Die vor allem in der Oktoberkrise entstandenen Räte-Organisationen der Arbeiter in den einzelnen Industriegürteln, die sich mit anderen Organisationen in den kommunalen Kommandos zusammengeschlossen haben, verstärken inzwischen die Bewachung der Betriebe und kämpfen für die Ausweitung des sozialisierten Wirtschaftssektors. Dabei geht es vor allem um die Zukunft der nach dem Putschversuch von den Arbeitern besetzten Betriebe. (Vergleiche dazu wiederum Artikel in CHILE HOY Nr. 57 und 59). Der nationale Gewerkschaftsbund CUT gewinnt unter diesen Umständen trotz seiner traditionellen inneren Struktur an politischer Bedeutung. (Vergleiche beispielsweise den Kommentar von Marta Harnecker in CHILE HOY Nr. 59).

Die Parteien der Linken, besonders aber Kommunisten und Sozialisten, finden immer mehr zur Einheit an der Basis. Auch die Entfernung zum MIR verringert sich (vergleiche das Interview mit Miguel Enríquez, Generalsekretär des MIR, in CHILE HOY Nr. 59). Der MAPU von Garretón wurde inzwischen offiziell von allen Seiten anerkannt, so daß die Gruppe um Jaime Gazmuri den Namen ändern mußte. Die Zahl der in der Unidad Popular vertretenen Parteien hat sich damit auf sieben erhöht.

Die faschistische Organisation "Patria y Libertad" ist durch den gescheiterten Putschversuch keineswegs zerschlagen, sondern setzt ihre Arbeit jetzt illegal fort. Einer ihrer Führer, Roberto Prieto, veranstaltete am 16. Juli sogar eine Pressekonferenz im eleganten Restaurant "München" in Santiagos Oberklassen-Viertel, um zum bewaffneten Kampf aufzurufen. Sabotage-Akte und Attentate - wie etwa auf Allendes Marine-Adjutanten Araya - bleiben deshalb auf der Tagesordnung. Reaktionäre Professoren der Katholischen Universität haben sich gleichzeitig um den Nachweis bemüht, daß die Grundlagen der bürgerlichen Demokratie bei den Parlamentswahlen im März durch einen großangelegten Wahlbetrug der Unidad Popular zerstört worden seien (El Mercurio vom 20./21. Juli). Den Vertretern der neutralen Wahlbehörde war es ein Leichtes, die aus der Luft gegriffenen, mit einem wissenschaftlichen Mantelchen versehenen Behauptungen zu widerlegen. Heute spricht niemand mehr davon.

Am 30. August 1973 heißt es in Nummer 4 der CHILE-NACHRICHTEN:

Der Ratschlag der ZEIT (vom 31. August 73, unter der Artikelüberschrift: "Letzte Chance"): "Es gilt nur noch, ein gescheitertes Experiment unblutig abzubrechen." - wird von der chilenischen Regierung nicht befolgt. Am selben Tag, an dem die internationale Presse meldet, daß Allende auf die Beteiligung von Militärs an seinem Kabinett verzichtet und den Forderungen der streikenden Fuhrunternehmer nachgeben muß (29. August), stellt er sein neues Kabinett vor, an dem wieder Vertreter aller drei Teilstreitkräfte und der Polizei beteiligt sind. Und die ersten Beschlüsse des neuen Kabinetts gelten den aufrührerischen Fuhrunternehmern. Ihr Verband wird für illegal erklärt, die Lastwagen sollen eingezogen und dem regierungsfreundlichen Konkurrenzverband MOPARE bzw. staatlichen Transportunternehmen übereignet werden, ebenso wie neue Lastwagen und Ersatzteile. Die Frage ist jetzt, wie hart die Regierung in der Durchführung ihrer Beschlüsse tatsächlich sein kann, ohne erneut Putschgefahren zu riskieren, und welche Solidarisierungseffekte ihr Vorgehen bei den rechten Verbänden (besonders der Einzelhändler, Ärzte etc.) und Parteien auslöst.

Die letzten Wochen waren durch eine ständige Verschärfung der politischen Spannung und des Klassenkampfes gekennzeichnet, wobei der Fuhrunternehmerstreik und die politischen Auseinandersetzungen im Militär und um die Rolle des Militärs im Mittelpunkt standen.

Der Fuhrunternehmerstreik, am 26. Juli begonnen, hatte - bei allen vorgeschobenen Forderungen nach mehr Lastwagen, mehr Ersatzteilen und höheren Tarifen - von vornherein den politischen Zweck, ein solches wirtschaftliches Chaos auszulösen, daß der Sturz der Regierung nur noch eine Frage der Zeit wäre. Was im Oktober letzten Jahres nicht gelungen war, das sollte jetzt erreicht werden. Davon zeugen die außerordentlich gute Vorbereitung (Zusammenziehung der Lastwagen, Ausbauen wichtiger Teile, Bewachung, Versorgung mit Vorräten etc.), die Unnachgiebigkeit und die Aufstellung immer neuer Forderungen in den Verhandlungen mit der Regierung, sowie vor allem die Brutalität des Terrors, der den Streik begleitet. Ziele der terroristischen Anschläge sind immer wieder im Einsatz befindliche Lastfahrzeuge, Eisenbahnlinien, Elektrizitätsanlagen, Erdölpipelines, Tankstellen und Personen bzw. Gebäude linker Organisationen und Parteien (vgl. die statistische Analyse der Terrorakte in CHILE HOY Nr. 61). So wurde z. B. der Generalsekretär von MOPARE ermordet. Die Aufklärungsquote dieser Verbrechen ist außerordentlich gering.

Die streikenden Fuhrunternehmer verfügen über ca. 70 % des gesamten chilenischen Lastwagenparks. Die volkswirtschaftlichen Verluste durch den nun schon fast fünf Wochen andauernden Streik sind daher enorm, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, sowie der Produktionsbetriebe mit Rohstoffen ist ständig in ernsthafter Gefahr. Die Auswirkungen sind dennoch nicht so spürbar wie im letzten Oktober, weil die Bevölkerung - und insbesondere die Arbeiterklasse - psychologisch viel besser vorbereitet und vor allem in den inzwischen geschaffenen Räte-Organisationen der Industriegürtel und der Gemeindekommandos viel besser organisiert ist. (Vgl. dazu auch die in CHILE HOY Nr. 60 und 61 wiedergegebene Diskussion über Volksmacht). Auch hat der Fuhrunternehmerstreik bisher nicht zu unerbitterten Solidaritätsstreiks anderer Verbände (wie Bus- und Taxi-besitzer, Einzelhändler, Ärzte etc.) geführt, sondern diese haben das Chaos nur immer wieder durch befristete Streiks zu steigern versucht.

Der Eintritt der Oberbefehlshaber der drei Teilstreitkräfte und der Polizei in das Kabinett Allendes am 9. August sollte einerseits eine Forderung erfüllen, die die Christdemokraten als Bedingung für eine Weiterführung des zu der Zeit schon gescheiterten Dialogs stellten (die Haltung der Sozialistischen Partei zu diesem Dialog schildert in einem Interview in CHILE HOY Nr. 61 deren stellvertretender Generalsekretär Adonis Sepúlveda), andererseits sollten die Streitkräfte zur Überwindung des Unternehmerstreiks herangezogen werden. Das Vorgehen der Militärs gegen die Fuhrunternehmer war aber dann trotz der von der Regierung gestellten Ultimaten außerordentlich schwach und unwirksam. Sowohl der MIR (außerhalb der Unidad Popular) wie der MAPU (innerhalb der Unidad Popular) haben von Anfang an die Einbeziehung von Militärs ins Kabinett als Zeichen der Kapitulation scharf kritisiert.

Umso schärfer agierten arbeiterfeindliche Militärs in den letzten Wochen bei der Handhabung des wegen eines Irrtums eines UP-Bürokraten von den Christdemokraten letztes Jahr durchgesetzten Waffengesetzes, das dem Militär die Kontrolle des privaten Waffenbesitzes überträgt. Die ständigen Durchsuchungen (vgl. eine Chronologie in CHILE HOY Nr. 61) richten sich vor allem gegen die Linke. Sie werden in Fabriken, Parteigebäuden (vor allem des MAPU), Wohnungen, ja sogar Friedhöfen durchgeführt; wobei teilweise mit großer Brutalität vorgegangen wird. Bei einer Durchsuchung von acht Fabriken in Punta Arenas wurde sogar ein Arbeiter getötet, obwohl er keinen Widerstand geleistet hatte (ausführliche Berichte in CHILE HOY Nr. 61 und 62). Die CUT (der Zentrale Gewerkschaftsverband) sowie die Sozialistische Partei und der MIR haben in unterschiedlicher Schärfe gegen die Brutalität und Einseitigkeit dieser Einsätze (angesichts des erwiesenen Terrors der Rechten und der meist erfolglosen Waffensuche bei den Linken) protestiert. Die Militärs antworteten mit scharfen Attacken gegen PS und MIR, zumal deren Aufforderung zum Ungehorsam gegenüber putschistischen Befehlen zumindest bei der Marine offenbar auf solchen Anklang gestoßen ist, daß Dutzende von Matrosen und Arbeitern der Marine in Valparaíso und Talcahuano wegen angeblicher Verschwörung am 7. August verhaftet wurden (vgl. Artikel in CHILE HOY Nr. 62).

Die zunehmende Politisierung des Militärs und die Zuspitzung der Diskussion über die politische Rolle des Militärs wurden noch deutlicher, als Luftwaffengeneral Ruiz von seinem auch für das Transportwesen zuständigen Ministerposten - wegen angeblichen Mangels an Vollmachten - am 17. August zurücktrat und für kurze Zeit unklar blieb, ob das auch den Verlust des Oberbefehls der Luftwaffe bedeuten würde. Putschistische Luftwaffenoffiziere versuchten, die Situation zu nutzen, allerdings ohne Erfolg (vgl. CHILE HOY Nr. 63). In der Luftwaffe änderte sich damit aber nicht viel, weil der neue Oberbefehlshaber, General Leigh, die rechten politischen Anschauungen von Ruiz teilt.

Schwieriger aber wurde damit die Situation für General Prats, Verteidigungsminister, Oberbefehlshaber des Heeres und bekannt als persönlicher Freund Allendes. Die Nationale Partei und der von Eduardo Frei repräsentierte harte Flügel der Christdemokraten hatten von Anfang an gegen die Beteiligung des Militärs an der Regierung als einen Mißbrauch des Militärs agitiert. Jetzt richteten sich alle Angriffe gegen Prats, dessen Familie ständig belästigt wurde. Am 20. August zog eine Demonstration von Frauen vor sein Haus, darunter mehrere Frauen von Heeresgenerälen, um gegen die 'loyale Haltung Prats' zu protestieren. Am 21. August unterlag Prats in einer gegen alle Traditionen des chilenischen Heeres verstoßenden Abstimmung der Generäle mit 10 zu 8 Stimmen.



Damit blieb Prats nur die Wahl, entweder die Mehrzahl seiner Kollegen in den Ruhestand zu versetzen oder selbst zu gehen. Am 24. August zog er die Konsequenz, auf all seine Ämter zu verzichten. Ihm folgten die beiden regierungsfreundlichen Generäle Pickering und Sepúlveda. Entscheidend für Prats mag auch gewesen sein, daß das Abgeordnetenhaus am 23. August die Regierung für illegal erklärte und die Militärs zur Entscheidung zwischen Parlament und Regierung aufforderte. Damit wurde er eines wichtigen Arguments gegenüber seinen Kollegen beraubt. Der Nachfolger als Oberbefehlshaber des Heeres, General Pinochet, hat zwar am 21. August für Prats gestimmt, ihm werden aber eher Sympathien für die Christdemokraten nachgesagt. Trotzdem bleibt die Führung des Heeres gespalten und nicht so eindeutig gegen die Regierung gerichtet wie Marine und Luftwaffe, deren Führung nur die relative Unzuverlässigkeit der Truppe fürchten muß.

Planer eines möglichen Putsches müssen sich allerdings auch fragen, wie sie danach der Krise und der Arbeitermassen Herr werden wollen, zumal der linke Flügel der Christdemokraten sich in der gegenärtigen Krise immer deutlicher profiliert und offen gegen alle Putschpläne agitiert. So hat der christdemokratische Vizepräsident der CUT, Ernesto Vogel, einen Aufruf an die Arbeiterklasse zu äußerster Wachsamkeit am 22. August mit unterschrieben. Und der Senator Renán Fuentealba, bis vor kurzem noch Präsident der Partei, hat ausdrücklich erklärt, daß die Regierung legal sei (vgl. auch ein Interview mit Fuentealba in CHILE HOY Nr. 62). Dagegen verhüllen Eduardo Frei und die ihm ergebenden rechten Christdemokraten kaum noch ihre putschistischen Neigungen. Der Kardinal Silva soll aus diesem Grund bereits die Beziehungen zu Frei abgebrochen haben. Obwohl die Auseinandersetzungen innerhalb der Christdemokratie an Schärfe zunehmen, ist doch an eine Spaltung vorläufig nicht zu denken, solange beide Seiten die Einheit der Partei für ihre jeweiligen Ziele brauchen.

In ihrer publizistischen Kampagne macht die Rechte von jedem Mittel Gebrauch. Im Fall des Mordes an dem Marine-Adjutanten Araya wurde - wie auch in anderen terroristischen Attentatsfällen - zunächst der Verdacht auf einen Arbeiter gelenkt, der kunstvoll mit linken Gruppen und der kubanischen Botschaft in Zusammenhang gebracht wurde. Proteste der Kubaner wurden dann mit einem Empörungsturm über die Einmischung in innere Angelegenheiten beantwortet. Die Verhaftung der wirklichen Mörder und mehrerer anderer Terroristen von der äußersten Rechten hat die Unhaltbarkeit all dieser Behauptungen jeweils relativ schnell aufgezeigt (vgl. dazu Artikel in CHILE HOY Nr. 61 und 62). Zuletzt wurde am 27. August im feudalen Gebirgsrestaurant "Innsbruck" der Führer der faschistischen Organisation "Patria y Libertad", Roberto Thieme, verhaftet. Er brüstet sich jetzt so vieler Terrorakte seiner Organisation, daß die Kampagnen seiner angeblich so legalitätsfanatischen Gesinnungsgenossen von der "demokratischen" Rechten in Zukunft wohl keinen Glauben mehr finden werden.

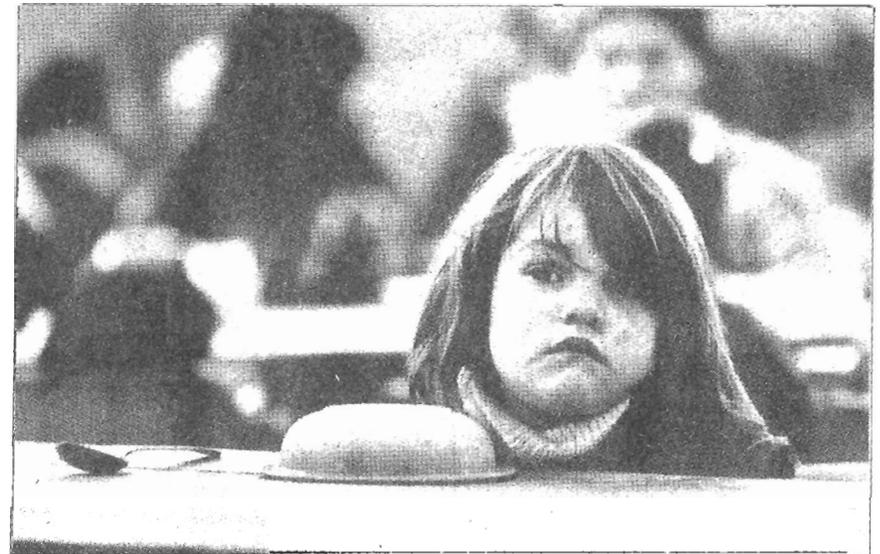
ARGENTINIEN

Kinder: Opfer der Diktatur

Die Repression der Militärs in Argentinien seit 1976 hat nach Angaben von argentinischen Experten für Kinderheilkunde alarmierende Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit von Kindern. Betroffen sind einerseits die Kinder von Verhaftet-Verschwindenen, Gefangenen und Ermordeten, andererseits die Kinder ärmerer Familien, die immer stärker an Unterernährung leiden.

Die Experten stellen auf einem Symposium die Resultate ihrer Untersuchung an 62 Kindern vor, deren Eltern verhaftet-verschwunden sind. Diese Kinder waren Zeugen der Verschleppung der Eltern; das Ergebnis dieses furchtbaren Erlebnisses bezeichnen die Experten als "Syndrom des erzwungenen Verlassenwerdens": ständige und lang anhaltende Erschöpfung, Gefühl der Entfremdung und oft physische und psychische Folgen, wie z.B. Hautinfektionen, Durchfall, nervöse Anorexie, starke Phobien, vor allem Angst vor Dunkelheit und Alleinsein, sowie schwere Lernstörungen in der Schule.

Die Kinder, die während der Verhaftung ihrer Eltern bedroht oder geschlagen wurden, zeigen ein überaus starkes Mißtrauen gegenüber fremden Personen: sie weinen häufig, wenn jemand sie berührt und brauchen ständig Gesellschaft. Die Kinder leiden vor allem unter der Ungewißheit über das Schicksal ihrer Eltern.



Ein 12jähriger Junge z.B. erlebte 1976 die Entführung seiner Eltern und vier naher Verwandter. Die Militärs behandelten den Jungen sehr schlecht, während sie die Wohnung durchsuchten. Der Junge lebte anschließend bei seiner siebzigjährigen Großmutter. Sie erzählt, daß er Stunden damit zubrachte, am Fenster zu stehen und auf die Straße zu schauen - er wartete auf die Rückkehr seiner Mutter. Im vergangenen Oktober fand die alte Frau beim Erwachen ihren Enkel leblos daliegend. Die medizinische Diagnose lautete: Herzinfarkt.

Die Kinder sind auch die ersten Opfer der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Viele leiden an Hunger und Unterernährung. Sie erhalten nur eine unzureichende medizinische Versorgung und müssen oft aus wirtschaftlicher Not die Schule verlassen. In diesem Land, das zu den wichtigsten Weizenproduzenten der Welt gehört, häufen sich im Landesinneren die Fälle von Kindern, die an chronischer und akuter Unterernährung sterben. In den Arbeitervierteln der Städte sind tausende von Kindern auf die Speisungen aus Volksküchen, die vor allen von den Kirchengemeinden eingerichtet wurden, angewiesen; um wenigstens eine warme Mahlzeit am Tag zu erhalten.

Quelle: Noticias Aliadas, 16.6.1983

LEBEND WURDEN SIE VERSCHLEPPT - LEBEND WOLLEN WIR SIE ZURÜCK

Eine Dokumentation über die Repression in Argentinien und die deutsch-argentinischen Beziehungen

Herausgeber: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile - Lateinamerika; Ökumenisch-Missionarisches Institut

Während die Militärs versuchen, mit Hilfe zynischer Erklärungen und Amnestiegesetz das Thema der Verhaftet-Verschwindenen zu beenden, veröffentlichen die argentinischen Menschenrechtsorganisationen immer neue Erkenntnisse über das System der Repression. Hier werden erstmals wichtige Dokumentationen des Centro de Estudios Legales y Sociales - CELS auf deutsch zugänglich gemacht:

DAS SYSTEM DES VERSCHWINDENLASSENS ALS METHODE DER INHAFTIERUNG
DIE VERSCHWUNDENEN KINDER / VERHAFTET-VERSCHWUNDENE JUGENDLICHE
LISTE GEHEIMER HAFTZENTREN / POLITISCHE MORDE

Weiterhin enthält die Broschüre ein ausführliches Interview mit der Präsidentin der Madres de la Plaza de Mayo sowie Artikel und Dokumente zu den 72 deutschen und deutschstämmigen Verschwindenen und die Politik der Bundesregierung gegenüber Argentinien.

Umfang: 96 Seiten. Preis auf Anfrage (dürfen wir aus postalischen Gründen nicht im Innern der Nummer abdrucken.)

Kirchengemeinde verweigert Militärs die Sakramente

Als Reaktion auf das zynische Dokument der Militärjunta, in dem die 30 000 Verhaftet-Verschwindenen für tot erklärt werden (vgl. LN 115 und die Reaktion der Mütter der Plaza de Mayo in LN 116), hat die Kirchengemeinde Unserer Guten Frau des Friedens in Neuquén Richtlinien erlassen, denzufolge alle an der Repression beteiligten Militärs vom Empfang der Sakramente ausgeschlossen werden. Die Gemeinde schreibt dazu:

"Wir stellen fest, daß unser Volk unter Angriffen und Ungerechtigkeit leidet, und daß die Haltung, die die Militärregierung mit dem Dokument der Streitkräfte eingenommen hat, falsch ist. Dieses Dokument, das voller Falschheit und Lügen ist, versucht ein nationales Verbrechen zu verdecken, indem es tausende von Menschen für tot erklärt, obwohl es Beweise und Zeugen dafür gibt, daß sie von Offizieren der Streitkräfte und Agenten der Geheimdienste entführt wurden. Trotzdem nennen sich die Militärbefehlshaber und die Angehörigen der Militärregierung Christen; damit beleidigen sie den Namen Gottes.

Wir möchten uns auf die Worte Gottes stützen, der sagt: 'Sündigt aber dein Bruder, so gehe hin und halte es ihm vor zwischen Dir und ihm allein. Hört er dich, so hast du einen Bruder gewonnen. Hört er dich nicht, so nimm noch einen oder zwei zu dir, auf daß jegliche Sache stehe auf zweier oder dreier Zeugen Mund. Hört er die nicht, so sage es der Gemeinde. Hört er die Gemeinde nicht, so sei er dir wie ein Heide und Zöllner.' (Matthäus 18, 15-17)"

Die Gemeinde stellt fest "daß die Militärbehörden sich seit 1976 bis heute geweigert haben, auf das Volk und die Kirche in ihren ständigen öffentlichen und privaten Manifestationen zu hören."

Deshalb legt die Gemeinde folgende pastorale Normen fest:

1. In unserer Kirche und in keiner Kirche unserer Gemeinde dürfen Personen die Sakramente empfangen, die in Nr. 2 der Pastoralnormen aufgeführt werden, ebensowenig die Personen, die seit dem 24. März 1976 bis zur Übergabe der Regierung an legitime Autoritäten Posten bekleidet haben, die auf eine Komplizität mit den Verbrechen, die wir anklagen und zurückweisen, schließen lassen.

2. Die ehemaligen Oberkommandierenden: Videla, Massera, Agosti, Lami Dosso, Anaya, Viola und Galtieri, und die gegenwärtigen Oberkommandierenden: Nicolafides, Hughes und Franco. Der Präsident der Nation sowie Beamte der Regierung und Offiziere der Streitkräfte, Angehörige der Polizei, die seit dem genannten Datum Dienst taten, auch wenn sie heute im Ruhestand leben.

3. Diese Pastoralnorm bleibt solange gültig, wie die Betroffenen keine Zurückweisung der Verbrechen bekunden, Reue zeigen, sich der Justiz zur Verfügung stellen und eine deutliche Wandlung ihrer Haltung beweisen.

4. Wir bitten mit der Kraft des Evangeliums alle unsere Priesterbrüder unseres Volkes, diese Normen zu übernehmen, um die Treue zum Evangelium des Herrn zu garantieren (...)"

Quelle: Noticias Aliadas, 26.5.1983

Waffengeschäfte

Als am 2. April des vergangenen Jahres argentinische Truppen die von Großbritannien beherrschten Malvinen-Inseln vor der argentinischen Küste besetzten, und die britische konservative Regierung eine Armada in Bewegung setzte, um die Inseln zurückzuerobern, sahen sich die britischen Truppen Waffen gegenüber, die von britischen Firmen geliefert wurden. Großbritannien und die EG verhängten während des Krieges ein Waffenembargo gegen Argentinien, das aber nicht lange Bestand hatte. Offiziell verfolgt heute nur noch Großbritannien das Embargo, aber das hindert die britischen Rüstungsfirmen nicht daran, Bauelemente für die von der bundesdeutschen Werft Blohm und Voss gebauten Fregatten zu liefern.

Die Rüstungseinkäufe der argentinischen Streitkräfte in Europa werden von Admiral Raúl González getätigt. Er residiert in Hamburg, nachdem er während des Malvinen-Krieges aus Großbritannien ausgewiesen wurde. Zu den wichtigsten Objekten, um die sich der Admiral zu kümmern hat, gehören die drei im Bau befindlichen Fregatten von Blohm und Voss (eine Fregatte wurde bereits ausgeliefert).

Diese Fregatten haben Zwillingsantriebsmaschinen von Rolls-Royce Tyne, wie sie auch in der Royal Navy verwendet werden. Weitere Bauelemente stammen von David Brown und Hawker Siddeley. Der Kontrakt über die Lieferung der Maschinerie beläuft sich auf etwa 40 Millionen Pfund Sterling.

Britische Unternehmen (u.a. Lucas Aerospace und Philips U.K.) liefern auch wichtige Navigations- und Präzisionsinstrumente für die Exocet-Rakete der französischen Staatsfirma "Aérospatiale". Diese Raketen zerstörten während des Malvinenkrieges HMS Sheffield und Atlantic Conveyor. Die Zulieferung wurde auch während des Krieges nicht gestoppt, die britischen Firmen verdienen auch gut an den Nachbestellungen der argentinischen Militärs.

Als sich Mitglieder des Parlaments über diese Zulieferungen beschwerten, erklärte der damalige Verteidigungsminister John Nott am 22. November vergangenen Jahres: "Es wäre völlig gegen unsere Politik, Ausrüstungen wie die Rolls-Royce-Maschinen direkt an Argentinien zu liefern. Aber diese Maschinen sind Teil eines schon lange bestehenden Vertrages mit einem NATO-Verbündeten und wichtigen Handelspartner. Während wir die Maschinen entsprechend des Vertrages zur Verfügung stellten, machten wir aber deutlich, daß wir über eine schnelle Lieferung besorgt wären."

Mr. Nott war damit nicht sehr erfolgreich: die vier Fregatten werden termingerecht an ein Regime ausgeliefert, das mit einem Federstrich 30 000 verhaftet-verschwundene Menschen für tot erklärt. Aber das ist ja nicht das Problem der Rüstungslieferanten ...

Quelle: New Scientist, 7.4.1983

EL SALVADOR

Politische Unklarheit und wenig Information

Die USA machen keinen großen Hehl daraus, nach welchem Plan die nächsten Monate in El Salvador ablaufen sollen.

Sie stehen zunächst einmal im Zeichen der Präsidentschaftswahlen im Dezember, die dieses Mal ihr Favorit Duarte unbedingt gewinnen soll. Dieser reist auf Einladung der kürzlich gegründeten erzkonservativen Christdemokratischen Internationale durch Europa und wird allenthalben hofiert. Es ist genau so unsicher wie im Frühjahr, ob er es schaffen wird, die Wahlen zu gewinnen, weil es inzwischen zu keinerlei "Entpolarisierung" gekommen ist und es im Landesinneren keine nennenswerten Kräfte gibt, die hinter Duarte stehen.

Mit einem "demokratisch" gewählten Duarte könnte Reagan eben eine "Lösung" aushandeln, die die ganze Welt schlucken müßte und es sicher auch tun würde. Die Vorbereitungen für die Wahlen laufen auf zwei Ebenen ab: der Verstärkung und Umstrukturierung der salvadorischen Armee und dem Aufbau eines zivilen Wiederaufbauprogramms. Erstere Maßnahmen bedeutet konkret:

- Die Zahl der salvadorischen Streitkräfte soll von 22.000 auf 30.000 Soldaten erhöht werden.
- 50% der salvadorischen Armeeeingehörigern sollen im Ausland ausgebildet werden, vorzugsweise in der Panama-Kanalzone, im neuen hondurenschen Ausbildungslager und in Fort Bragg, North Carolina.
- Um der Taktik der Guerilla, deren Stärke vor allem in ihrer Mobilität liegt, etwas entgegen zu halten, sollen nun in allen 14 Provinzen des Landes je 350 Mann starke Eingreiftruppen zur Unterstützung des regulären Heeres stationiert werden. Bei Aktionen der Guerilla soll ein "Sicherheitsgürtel" um das betroffene Gebiet gelegt und unmittelbar nach den Kämpfen unter dem "Schutz" der Truppen das "Wiederaufbauprogramm" begonnen werden.

Das heißt konkret, daß im Stile von Wehrdörfern vom Militär geschützte Zonen aufgebaut werden, in denen die Bevölkerung Arbeit und Essen findet und sich sicher fühlen kann. Dazu muß das Gebiet natürlich zuerst von der Guerilla "gesäubert" werden und für den Fall, daß das nicht geht, werden ganze Dörfer evakuiert und in eine Gegend verlagert, die die Militärs kontrollieren. Die erste solcher Säuberungen ist in San Vicente gelaufen und für Usulután geplant, danach soll die Provinz San Miguel folgen. Die Guerilla hat sich aus San Vicente bereits zurückgezogen.

Ein Beispiel für das Zivilprogramm ist die kleine Stadt Berlin, die von den Militärs mit Hilfe von schweren Bombardements im Februar zurückerobert wurde und jetzt in "vorbildlicher" Art und Weise wieder aufgebaut wird. In den Straßen sollen zum Dank für die 3 Millionen Dollar, welche die USAID (US-Agency for International Development) in das Programm hineingepumpt hat, überall nordamerikanische Flaggen wehen.

Über die Aussichten, die das Zivilprogramm hat, gibt es nur zwei Typen von Informationen: Die Guerilla sagt, daß es vollkommen scheitern und die Bevölkerung es grundsätzlich ablehnen, in dererlei "Konzentrationslager" eingepfercht zu sein. Von Seiten der Militärs wird dem nach dem Beispiel Vietnam erstellten Plan natürlich jede Chance eingeräumt.

Wir nehmen auch so etwas wie einen Hauch einer "Demokratisierung" wahr, etwa die Öffnung von Universitäten, die Zulassung von begrenzter gewerkschaftlicher Tätigkeit, allerdings nur im Rahmen der sogenannten "gelben", das heißt von den USA initiierten Gewerkschaften, ebenso die Verkündung von Amnestien. Doch ist es öfter vorgekommen, daß Amnestierte kurz vor ihrer Entlassung erschossen wurden.

Reagan richtet sich außerdem auf die US-Präsidentschaftswahlen ein. Es deutet vieles darauf hin, daß er sich auf der Grundlage einer Situation in El Salvador wiederwählen lassen will, die weiterhin ungelöst ist. Dann kann er im Wahlkampf deutlich machen, daß die Obstruktionspolitik der Demokraten, ihr zögern-des Nachziehen bei der Bewilligung von Geldern, ihr zeitweiliger Einspruch usw. dazu geführt haben, daß in El Salvador die Guerilla immer noch nicht besiegt werden konnte. Es spricht vieles dafür, daß auf Seiten der USA eine Zeitlang nichts Entscheidendes unternommen wird, sie sich vielmehr auf die Lösung des Konfliktes mit Nicaragua verlagern.

Die Politik der FMLN

Sie ist allem Anschein nach darauf gerichtet, weiterhin deutlich sichtbar ihre militärische Stärke in zahllosen Offensiven, Sabotageakten und spektakulären Aktionen zu dokumentieren, bis hin zum Attentat gegen den US-Berater Shaufelberger und den Angriff auf die Botschaft der USA in San Salvador.

Gleichzeitig fordert die Guerilla alle Flüchtlinge innerhalb und außerhalb des Landes auf, sich in die "befreiten Gebiete" zu begeben und dort am Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung mitzuwirken. Es ist nicht bekannt, inwieweit diesem Aufruf Folge geleistet wird.

Es ist auch nicht leicht zu beurteilen, wie verschiedene Nachrichten, die wir verstreut und kommentarlos erhalten, zu verstehen sind. So die Ausrufung einer regionalen Regierung in Chalatenango, die in verschiedenen Zeitungen veröffentlicht wurde, oder die Einschätzung einer durch die BRD reisenden Kommandantin der FMLN, daß Reagan einen Sieg über El Salvador brauche, um seine Wahlen zu gewinnen, oder die Angebote von Seiten des Radio Farabundo Martí an die Bevölkerung und die Regierungssoldaten, sich der Opposition zuzuwenden, verbunden mit dem Versprechen, daß die FMLN/FDR das Privateigentum, den militärischen Rang und die Höhe des Soldes etwaiger "Überläufer" respektieren werde. (El Dia 24.Mai).

Durchgehend ist jedoch die Einschätzung, daß die Guerilla noch nie so stark wie in diesem Moment war, daß Mord und Selbstmord in der FPL keine Schwächung zur Folge gehabt hätten, daß die Einheit innerhalb der FMLN wachse.

Das alles ergibt leider kein befriedigendes Bild und läßt sehr viele Lücken offen.

Angesichts der Tatsache, daß sich die Anzeichen dafür mehren, daß für die USA Nicaragua auf der Tagesordnung steht, in Honduras und Panama, immer deutlicher auch in Costa Rica, alle Vorbereitungen getroffen werden, um einen Krieg voll ausbrechen zu lassen, der zwischen Honduras und Nicaragua beginnt und in den Eden Pastora von Costa Rica aus eingreift, ist es nötig, daß wir von der FMLN vor allem erfahren, was sich im Hinblick auf die politische Lösung der Lage tut. Dieser Aspekt steht seit längerer Zeit in allen Verlautbarungen ziemlich bis ganz hinten an, während sich die rein militärischen Informationen jagen. Die vielen Siege können ja nicht zu einem "Endsieg" führen, dieser muß mit einem politischen Plan verbunden sein, der eine Invasion der USA verhindert.

"Wiederbevölkerung" Befreiter Gebiete

"Repoblación", d.h. Wiederbevölkerung der von der FMLN politisch und militärisch kontrollierten Gebiete durch die salvadorianischen Flüchtlinge, die sich zur Zeit in verschiedenen Lagern außerhalb von El Salvador befinden - eine Perspektive für diese Menschen? Zumindest wird dies unter den Flüchtlingen des Lagers "Mesa Grande" (Honduras) diskutiert. Ergebnisse dieser Diskussionen stellt der folgende Artikel dar.

Die meisten der salvadorianischen Flüchtlinge verließen ihr Land in den Jahren 1980-1981 als die Volkskräfte den brutalen Verfolgungs- und Mordwellen der Militärs und Paramilitärs nicht genügend Widerstand entgegenzusetzen konnten, um der Bevölkerung ausreichenden Schutz zu bieten. Bis heute, in der Mitte des Jahres 1983 hat sich die Lage in El Salvador jedoch erheblich geändert.

Bedingt durch die militärischen Erfolge der Guerilla gibt es inzwischen große Territorien, die von den vereinigten Volkskräften der FMLN militärisch und politisch kontrolliert werden. Allen voran in Morazan und Chalatenango, den beiden ausgedehntesten "kontrollierten Zonen", hat sich die Lage soweit zugunsten der Volksbefreiungsfront konsolidiert, daß in dem von der Guerilla militärisch gewonnenen Hinterland mit dem Neuaufbau einer sozialen Versorgungskette begonnen werden konnte und sich das neue Leben langsam und vorsichtig entwickelt. In Chalatenango hat sich (laut Radio Farabundo Martí vom 28.5.1983) dazu kürzlich eine provisorische Regierung der FMLN installiert, die nun um Anerkennung auf internationaler Ebene bemüht ist. Mit den sogenannten "gobiernos locales" (Lokalregierungen), die in diesen Wochen nach und nach eingerichtet werden, soll die neue politische Infrastruktur Basisnähe erhalten.

Es gibt bereits beeindruckende praktische Beispiele von neuem zivilen Leben in der unter anderen Vorzeichen wachsenden Gesellschaft: Da wird mit der "Pädagogik der Befreiung" alphabetisiert, vorbeugende Medizin und Hygieneerziehung betrieben, es werden Latrinen gebaut, es entwickelt sich ein Volksgesundheitsdienst vor Ort, eine neue Kulturbewegung entsteht mit Musik- und Dichterwerkstätten des Volkes, es wird kollektiv das Nötigste für das Überleben produziert - Essen, Kleidung, Schuhe, Wohnungen, einfache Werkzeuge und Arbeitsinstrumente, soweit es die knappen Mittel in den noch völlig unzureichend ausgerüsteten Werkstätten erlauben. Dies alles geschieht im Rahmen einer organisierten Zivilverteidigung durch Volksmilizen, die das durch die Guerilla eroberte und kontrollierte Terrain vor Übergriffen des Feindes freizuhalten versuchen.

Die Bedrohung dieser Gebiete kommt im wesentlichen aus der Luft durch die von den USA gesteuerten und bestückten Bombardements mit konventionellen und chemischen Bomben (z.B. Phosphor und Napalm) und von den grenzüberschreitenden Attacken und Invasionen aus Honduras, die, unter Überleitung der US-Berater und Militärtechniker, mit US-Waffen den salvadorianischen Unterdrückungsapparat ergänzen und verstärken sollen.

"Regionalstrategie bei der Verteidigung ihrer Interessen am Lingang zu ihrem Hinterhof" würde das im Machtjargon Washingtons heißen.

Was bedeutet diese Entwicklung nun für die Flüchtlinge aus El Salvador?

Der Kampf des salvadorianischen Volkes für Freiheit und Gerechtigkeit und gegen das faschistische Mörderregime sowie den US-Imperialismus gestaltet sich als verlängertes Volkskrieg. Er bedarf der massiven und umfassenden Beteiligung des Volkes, um seinen Charakter als gerechter Krieg durch Verankerung in der Basis zu bestätigen und zu erhalten.

Die Flüchtlinge tragen wie jeder andere Sektor des Volkes so etwas wie eine moralische Pflicht bzw. die Verantwortung, sich aktiv an diesem Prozeß zu beteiligen, anstatt darauf zu warten, daß andere ihnen ein besseres Leben bereiten. Im Prinzip können sie an eine Rückkehr in die Teile ihres Heimatlandes denken, in denen die neue Freiheit kombiniert mit dem harten Neuaufbau das Leben bestimmt. Sie können sich nach und nach eingliedern in die Aufbauarbeit und auf diese Weise die kontrollierten Zonen mit Leben füllen. Es ist zweifellos nicht einfach dieses Leben, weil alles, was notwendig ist, selbst erarbeitet werden muß. Es gibt keinerlei Luxus und wenig Bequemlichkeiten, alle müssen je nach ihren Möglichkeiten anpacken, vielfältig sind die Aufgaben, jeder wird gebraucht: Männer, Frauen, Kinder, Alte, ganze Familien.

Wenn sie nicht mit leeren Händen kommen, bringen die Flüchtlinge Qualifikationen mit zurück ins Land, die sie sich während ihres Aufenthaltes draussen erworben haben. Ein Faktor, der für eine gezielte und geordnete Wiedervervölkerung der kontrollierten Zonen durch Flüchtlinge spricht, hilft er doch, die Entwicklung des zivilen Neuaufbaus schneller voranzutreiben.

Die "re poblacion" der kontrollierten Zonen hat für die rückkehrenden Flüchtlinge selbst den Vorteil, sich in die Vorgänge in ihrer Heimat aktiv integrieren zu können. Sie müssen nicht weiterhin marginalisiert und vom Kampfgeschehen isoliert sein, ihr Leben erhält nach Jahren vergleichsweise leeren Abwartens wieder Sinn und Perspektive. Darüber hinaus entziehen sie sich durch ihre Rückkehr den - außer in Nicaragua - zuerst problematischen Lebensbedingungen mit unsicheren Rechtslagen in den verschiedenen Fluchtländern. Schließlich gehört es zu den belastendsten Faktoren des Flüchtlingslebens ohne Recht auf Arbeit, eingeschlossen, bewacht oder aber ständig indirekt beaufsichtigt und gegängelt zu werden.

Die inzwischen durchaus reale Alternative zum total abhängigen Leben als Flüchtling, Rückkehr in die Teile El Salvadors, die unter politischer und militärischer Kontrolle der Volkskräfte stehen, und Beteiligung am Aufbau der neuen Gesellschaft hat zweifelsohne unterstützenden Charakter im Kampf des Volkes gegen seine Ausbeuter und Unterdrücker. Findet die Guerilla in ihrem Hinterland eine versorgende Infrastruktur und Rückzugsbasis vor, nimmt die organisierte Zivilbevölkerung wichtige Aufgaben bei der Kontrolle und Verteidigung der eroberten Territorien wahr, können sich die Guerillatruppen stärker als bisher auf ihre Aufgaben an den Fronten in den umkämpften Zonen konzentrieren. Das wiederum kann den Krieg gegen die in- und ausländischen Unterdrücker schneller zugunsten des salvadorianischen Volkes entscheiden.

Eine "re poblacion" der kontrollierten Zonen durch die unfreiwillig außerhalb ihres Landes lebende Bevölkerung könnte zudem verhindern, daß die große Zahl der salvadorianischen Flüchtlinge mehr und mehr zur Manövriermasse und zum Spielball in den strategischen Planungen

des US-Imperialismus und seiner Handlanger in nationalen und internationalen Organen Zentralamerikas werden. Besonders deutlich ist es in den honduranischen Flüchtlingslagern der Salvadorener zu beobachten, daß die Flüchtlingspolitik von Militär und Behörden ganz offensichtlich abhängig ist von der Rolle, die das westliche Honduras in der Militärstrategie der USA für diese Region spielt.

Beispiel dafür ist, daß auf der anderen Seite von Militärs und ACNUR (Hohes Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen) eine erneute "reubicación" (Verlegung) der Flüchtlingslager weiter ins Landesinnere von Honduras vorbereitet wird, während auf der anderen Seite in diesen Wochen und Monaten eifrige Rekonstruktions- und Neuaufbauarbeiten in den dann zu verlassenden Lagern abrollen. Ein Widerspruch, der seine Logik aus den politischen Rahmenbedingungen Honduras' bezieht, als eine unter vielen vergleichbaren militärisch-strategischen Aktivitäten in diesem Land. Wird die Arbeitskraft der Flüchtlinge zur Fertigstellung von zukünftigen Militärlagern als Aufmarsch-basen für einen späteren Grenzkrieg gegen sie selber mißbraucht? Sind Mesa Grande und Colomoncagua die zukünftigen Ausbildungszentren für Soldaten der US-gesteuerten Anti-Aufstands-Truppen?

Angesichts all dieser Elemente haben die beiden wichtigsten Guerilla-Sender "Radio Venceremos" und "Radio Farabundo Martí" begonnen, die Flüchtlinge zur Rückkehr in die kontrollierten Zonen des Landes aufzurufen, damit sie durch die Wiedervervölkerung aktiv zum Befreiungsprozeß in ihrer Heimat El Salvador beitragen können.

(Der vorstehende Artikel ist der Abdruck (gekürzt) eines Briefes, der uns anonym zugesandt wurde.)



Interview mit Maria vom Frauenbataillon 'Silvia'

Frage: Sie sind Kommandantin eines Frauenbataillons. Wieso kämpfen die Frauen unter sich?

Antw.: Diese Fraueneinheiten wurden in El Salvador gegründet, um zu beweisen, daß die Frauen auf allen Ebenen des politischen Kampfes ihren Beitrag zur nationalen Befreiung von El Salvador und in allen anderen Ländern dieser Erde leisten können. Dies ist auch eine Form, um unter den Kämpfern die Idee des Kampfes der Frauen für ihre Rechte und Gleichberechtigung gegenüber den Männern am Leben zu halten. Außerdem erfährt die Frau dadurch ihren eigenen Wert, und die Genossen erkennen so den Wert der Frauen an. In diesem Kampf identifiziert sich die Frau über sich selbst, sie erkennt ihren eigenen Wert an, und dieser Wert wird von den Frauen wie gleichermaßen von den Männern anerkannt. Auf diese Weise lernt die Frau, ihre gesamten Fähigkeiten zu entwickeln, auf intellektueller, auf militärischer, auf politischer Ebene. In diesem Kampf um Befreiung kämpfen die Frauen unter denselben Bedingungen wie die Männer. Die Frauen erreichen dadurch nicht nur Erfolge im politischen Bereich, sondern auch im militärischen.

Frage: In Nicaragua war das ja anfänglich auch so. Auch dort kämpften die Frauen innerhalb der militärischen Einheiten. Heute sind die Frauen nur noch in administrativen Positionen in der Armee vertreten. Werden die salvadorensischen Frauen aus diesen Fehlern lernen?

Antw.: Man muß dabei auch berücksichtigen, daß in Nicaragua die Frauen nicht in der Art am Kampf beteiligt waren, wie in El Salvador. Wir haben auch Einheiten, wo sich Frauen und Männer befinden, aber auch Einheiten, in denen nur Frauen kämpfen. D.h. daß die Frauen offensive, wie defensive Aktionen machen. In der Volksarmee nehmen sie als militärische Einheiten teil, und deshalb werden sie auch nach der Revolution in der Armee bleiben, weil sie eigene Einheiten bilden, weil sie selbstständige Teile der Volksarmee sind. Man muß auch sehen, daß die salvadorensischen Frauen ein sehr hohes politisches Bewußtsein haben, das auch für Frauenfragen sehr sensibilisiert ist. Wir kämpfen schon sehr lange für die Rechte der Frauen und sind schon lange in Frauenorganisationen drin. Was im Moment passiert, ist nur die logische Fortführung davon, mit anderen Mitteln.

Frage: Wie sieht die Arbeitsteilung innerhalb des Frauenbataillons aus? Gibt es Führungsstrukturen?

Antw.: Die militärischen Fraueneinheiten haben dieselben Strukturen wie die anderen Einheiten. Es existiert eine militärische Hierarchie, wo es Offiziere mit verschiedenen Dienstgraden gibt. Man muß die Fraueneinheit als regulären Teil des Volksheeres verstehen, d.h. sie untersteht dem Oberbefehl der FMLN. Auf der anderen Seite sind die Beziehungen innerhalb der Fraueneinheiten sehr freundschaftlich, auf der Grundlage der gegenseitigen Hilfe. Wir wenden uns gegen die Arbeitsteilung in der Revolution. Es geht nicht, daß es Aufgaben für Männer und welche für Frauen gibt. Aus meiner Erfahrung kann ich sagen, daß die Aufgaben von Frauen gleichermaßen erfüllt werden. Der Feind unterscheidet, wenn er uns bekämpft, ja auch nicht zwischen Männern und Frauen. Deswegen brauchen wir zu unserer Verteidigung die gleiche Rüstung. Das Frauenbataillon Silvia, dem ich vorstehe, hat an den wichtigen Aktionen zur Befreiung teilgenommen.



Frage: Was erwarten Sie von den Frauen in Europa?

Antw.: Ich erwarte, daß die europäischen Frauen die Rückendeckung für das Frauenbataillon Silvia darstellen. Denn Euer Kampf für die Rechte der Frauen ist der gleiche, wie ihn die Frauen des Frauenbataillons Silvia organisiert haben. Wir haben die gleichen Forderungen. Euer Kampf für den Frieden ist auch unser Kampf, wir kämpfen auch für den Frieden. Die Frauen El Salvadors die Frauen des Frauenbataillons Silvia und die Frauen auf der ganzen Welt lieben den Frieden. Und um den Frieden zu erreichen, müssen wir mit den Waffen kämpfen. Deswegen bitten wir die Frauen von Europa und besonders aus Deutschland um Unterstützung und bitten Euch, Euch gegen eine Intervention der USA gegen unser Volk auszusprechen und gegen die wirtschaftliche und militärische Unterstützung der USA für die faschistischen Banden zu kämpfen, und zu fordern, daß die amerikanischen Militärberater aus unserem Land verschwinden, und sich für das Selbstbestimmungsrecht des salvadorensischen Volkes einzusetzen.

Frage: Warum nehmen sie die Waffen in die Hand?

Antw.: Wir haben zu den Waffen gegriffen, weil alle demokratischen Lösungen versperrt sind. Wir haben keine andere Alternative, die uns geblieben ist, um unser Volk zu befreien. Wir befinden uns im Krieg, nicht weil wir Krieg wollen, sondern weil er uns als Antwort aufgezwungen wurde. Wir kämpfen schon seit 50 Jahren gegen Unterdrückung, Ausbeutung, Hunger - für die Verwirklichung der Menschenrechte. Und unser Volk hat nun gesagt "genug" und hat die Waffen in die Hand genommen, weil wir eine bessere Welt, weil wir Gerechtigkeit, Freiheit und Respekt vor dem menschlichen Leben wollen.

Der Salvador-Deal

oder wie Hamburg den Völkermord finanziert

Wir schulden den Menschen in El Salvador
Solidarität, denn wir konsumieren Kaffee,
den wir uns leisten können, weil sie
hungern.
Es ist an der Zeit, daß wir etwas dagegen
tun!

Mittelamerikanische Kaffees gehören seit jeher zu den bevorzugten Sorten der deutschen Kaffeetrinker. Ein entsprechend großer Anteil der jährlichen Produktion geht deshalb in die Bundesrepublik.

Insgesamt ist die Bundesrepublik der zweitgrößte Abnehmer mittelamerikanischer Kaffees. Die dort angebotenen Mildsorten sind der eine Grund - der andere aber sind die traditionell engen Bindungen Hamburger Kaufleute an diese Region.

In fünf mittelamerikanischen Ländern gehören seit den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts Hamburger Kaufleute und Handelshäuser zu den größten Betreibern des Kaffeeanbaus. Entsprechend große Mengen gingen und gehen daher traditionsgemäß an Hamburger Importeure. Diese guten Beziehungen hielten über die beiden Weltkriege hinweg.

Es vollzog sich aber nach dem 2. Weltkrieg eine Verlagerung der Kaffee-Exporte auf den nahegelegenen US-Markt. Die Exporte auf den deutschen Markt nahmen kontinuierlich ab, stabilisierten sich jedoch dann in den 60er Jahren bei durchschnittlich 25% aller mittelamerikanischen Kaffee-Exporte.

Im Gefolge des Befreiungskampfes in El Salvador gegen die fortwährende Diktatur der Militärs gerieten die Kaffeeinteressen der salvadorensischen Kaffee-Oligarchie in Gefahr. Zwar konnten die Ernten bisher noch meist vollständig eingebracht werden, liefen aber immer Gefahr, in den Lagerhäusern durch die Guerilla vernichtet zu werden.

Exportiert werden durfte der Kaffee jedoch nur entsprechend den Quartalsquoten der Internationalen Kaffeorganisation (ICO), die für jedes Kaffee-Exportland die Exportquote festlegt.

Es wurde deswegen eine Ausnahmereglung beantragt und von der ICO auch gewährt, so daß Salvador bereits kurz nach der Ernte seine Kaffeekontingente in den Freihäfen von New York, Amsterdam und Hamburg einlagern durfte. Hamburg entsprechend seiner Rolle als wichtigster Abnehmerhafen für Salvador-Kaffee, lagerte denn auch rund 50% der Gesamternte im Freihafen ein. Englische Quellen sprechen von 1 Mill. Sack. (1)

Seit dem Sturz des Diktators Romero (1979) durch eine Gruppe von Offizieren unter dem damaligen Oberst Majano, untersteht die Kaffeeausfuhr direkter

staatlicher Kontrolle. Die neugeschaffene Behörde INCAFE übernahm Aufkauf und Export der Ernte. Den alten, bisher tätigen Exportfirmen wurde der Export untersagt und ihre Auflösung beschlossen.

Die Realität aber sieht anders aus. Die Firmen bestehen weiter und arbeiten zum Teil mit INCAFE zusammen. So übernehmen sie z.B. den Aufkauf der Ernte. Wegen ronischem Geldmangel der Regierung und der staatlichen Kreditinstitute obliegt ihnen auch heute noch die Erntevorfinanzierung.

Zu dieser Gruppe von Firmen gehört auch IBERO de EL SALVADOR. Sie löste sich nicht auf, sondern wurde ganz im Gegensatz dazu zu der wohl wichtigsten Firma des salvadorensischen Kaffee-Exportes.

Gezwungen durch die sich verschärfenden Angriffe der salvadorensischen Guerilla, mußte der Kaffee aus Gründen der Devisensicherheit ausgelagert werden. Was bot sich da eher an, als den Kaffee dort einzulagern, wo er ohnehin verbraucht würde? Und wer war geeigneter, als der ohnehin größte Abnehmer des Salvador-Kaffees - die Bernhard Rothfos KG?

Unter der Nummer von IBERO de EL SALVADOR ist Herr P. Papenhagen zu erreichen, Bruder des Geschäftsführers und Rothfos-Compagnons Herrn H. Papenhagen in der KAFFEELAGEREI GmbH, Hamburg (2), die den Kaffee letztendlich zusammen mit der senats-eigenen HAMBURGER HAFEN UND LAGERGESELLSCHAFT AG (HHLA) einlagerte.

Das Gespann Rothfos/Papenhagen dürfte mit dieser Aktion zum größten Devisenretter der salvadorensischen Geschichte geworden sein, und damit mitverantwortlich für die fortwährende Existenz der Völkermord betreibenden Junta in El Salvador. Ausgehend von den Daten des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden, nach denen der salvadorensische Kaffee-Export in die Bundesrepublik 90% des Gesamtexportes in die Bundesrepublik ausmacht, läßt sich ableiten, daß die Firma Rothfos KG diese 90% fast allein abwickelt. (3)

Zwar wäre der Kaffee ohnehin nach Hamburg exportiert worden, aber dann verteilt auf vierteljährliche Kontingente. Entsprechend wären auch die Zahlungen erfolgt. Die vorzeitige Einlagerung großen Stils hat für die Junta zwei große Vorteile:

- Durch die Einlagerung im Ausland besteht keine Gefahr der Vernichtung der Kaffee-Ernte.
- Zum Zeitpunkt der Einlagerung erhält Salvador bereits 60% des derzeitigen Weltmarktpreises im Voraus bezahlt.

Was das für eine Regierung und das Militär, die in einem ständigen Kampf mit dem eigenen Volk verwickelt sind und unter ständiger Devisenknappheit leidet, bedeutet, liegt auf der Hand.

Kurzfristig sind große Summen verfügbar, die zur Stabilisierung von Regierung und Militär und zur Aufrechterhaltung des Status quo eingesetzt werden. Wen wundert es da noch zu hören, daß Cuno Rothfos HONORAR-GENERALKONSUL von EL SALVADOR in Hamburg ist.

Eine quasi offizielle Note bekommt das Salvador-Geschäft aber auch noch durch einen anderen pikanten Umstand.

Mit von der Partie bei der Einlagerung, weil größter Lagerist, ist die senats-eigene HHLA. Zwar wird die HHLA nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt, unterliegt aber doch der Staatskontrolle. Vorsitzender ist SPD-Mitglied und Ex-Wirtschaftssenator Hans Kern. Während Herr Kern im Aufsichtsrat die Führung inne hat, wird der Vorstand der Gesellschaft von dem kürzlich zurückgetretenen Senator für Wirtschaft Herrn Steinert geleitet.



Gezahlt wurden die 60% des Endverkaufspreises von der DEUTSCH-SÜD-AMERIKANISCHEN BANK in Hamburg, in deren Beirat Herr Cuno Rothfos sitzt.

Der Senat, der sich rühmt, dem "bolivianischen Konsul im Widerstand" die Stange gehalten zu haben, ist andererseits aktiv am Erhalt der Völkermord-Junta in El Salvador beteiligt. Aber damit noch nicht alles. Da El Salvador, laut ICO-Reglement, weiterhin nomineller Besitzer des eingelagerten Kaffees ist, muß die Junta Liegegebühren zahlen. Diese Liegegebühren werden aber von der senatseigenen HHLA so stark subventioniert, daß Salvador nur einen Bruchteil der eigentlichen Gebühren zahlt.

Die Hamburger SPD-Regierung macht sich damit mitschuldig am Völkermord in El Salvador !!

(1) America Latina Informe Semanal, London 12.9.1980
Latin America Commodities Report, London 6.1.81; 20.2.81; 5.3.82
This week, Guatemala 24.5.81
VWD-Vereinigte Wirtschaftsdienste: Kaffee, 4.9.78; 6.9.78; 5.12.80; 31.3.82

(2) zu 90% im Besitz der Bernhard Rothfos KG, 10% Familie Papenhagen

(3) Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes für Außenhandelsinformationen, Bfai, Wiesbaden. Heft: El Salvador

Mit freundlicher Genehmigung der Arbeitsgruppe "Hamburg -Dritte Welt" siehe auch "Rezensionen" in diesem Heft.

El Salvador-Solidarität: Von der Debatte über das Ende der Moral zum Ende der Debatte?

Zu einem Zeitpunkt, wo der FPL-Vertreter Salvador Samayoa den politischen Mord an der stellvertretenden FPL-Vorsitzenden Ana-Maria als letztlich durch die "Deformation der Auslandsfront" der FPL (1) meint begründen zu können, liquidiert ein FPL-Kommando den US-Militärberater Schaufelberger in San Salvador. Diese gegenüber der FMLN offensichtlich eigenmächtige FPL-Aktion dokumentiert zweierlei.

Zum einen praktiziert augenscheinlich jene Strömung innerhalb der FPL nach wie vor ihre eigene Politik, die den durch den Kriegsverlauf bedingten Kurs auf größere Einheit mit der FMLN nicht mitträgt. Diese Politik, für deren Kritik die Kommandantin Ana Maria starb, steht damit im Widerspruch zu der von der ZK-Sitzung im Januar 1983 beschlossenen Orientierung auf verstärkte Zusammenarbeit und Koordination mit der FMLN.(2) Zum anderen erweisen sich die Erklärungen Samayoas als unzureichend und wenig überzeugend. Angesichts dieser unbefriedigenden Situation nimmt die begrüßenswerte Recherche der "taz" vom 24.6.83 - durch den Eindruck soweit wie möglich Licht in die Vorfälle um den Mord gebracht zu haben - den Charakter eines Art "Abschlußberichts" an. Damit hat der wichtige Beitrag der "taz" zur Aufklärung des politischen Hintergrundes etwas Verführerisches an sich: man ist geneigt zur Tagesordnung überzugehen und das Feld einigen wenigen Spezialisten zu überlassen.

Auf dem Hintergrund dieses politischen Unbehagens wollen wir in thesenhafter Form versuchen, vorläufige Überlegungen zur Debatte zu stellen. Denn nur durch eine breite und offene Diskussion entgeht u.E. die taz-Berichterstattung dem drohenden Begräbnis erster Klasse.

Entgegen der weitläufigen Auffassung selbst in den kritischen Teilen der Unterstützerbewegung, ist es unsere Aufgabe gegenüber den jeweiligen Befreiungsbewegungen politisch (und nicht moralisch mit dem erhobenen Zeigefinger) jene Essentials einzuklagen, deren Realisierung den letztlich gemeinsamen Kampf für eine Enthierarchisierung von gesellschaftlichen Gewaltenebenen im globalen Maßstab (sozialer Inhalt des Friedensbegriffs) trägt.(3)

Damit ist zum einen die notwendige Zerstörung einer teilweise geradezu erschreckend unreflektierten revolutionsromantischen Projektion gewährleistet. Zum anderen wird dadurch der Weg in die Sackgasse einer vermeintlichen Autonomie, die sich damit 'rausredet, nicht 'reinreden zu dürfen, vermieden. Beide Positionen sind von jeher in der Unterstützerbewegung vertreten, virulent und damit fragwürdig werden sie jedoch meist nur in einer Krisensituation.

Akzeptiert man dagegen unsere Grundannahme einer weitgehenden Neubestimmung der politischen Auseinandersetzung mit den Befreiungsarmeen, werden die Folgen eines rigiden Politikverständnisses nicht erst in einer Krisensituation zum Problem.

Wir wären jedenfalls sehr gespannt zu erfahren, ob Samayoa bereit wäre, den "ERP-Fall Montenegro" oder die "FPL-Aktion Schaufelberger" zu einem grundsätzlichen Problem der Inlandsfront zu rechnen. Schließlich, und auf diesen entscheidenden Punkt ist noch zurückzukommen, ist die von uns geforderte Transparenz politischer Entscheidungen seitens der Befreiungsbewegungen deshalb so wichtig, weil ohne sie keine dauerhafte Verbreiterung der Solidaritätsarbeit möglich ist.

Wir haben nur zu gut noch in Erinnerung, wie die FPL bereits vor mehr als einem

Jahr ihre eigene Kampagne "Schulen für El Salvador" als Konkurrenzprojekt zu der in den Gewerkschaftsgruppen gut angelaufenen "Stundenlohnkampagne" (zur Unterstützung der FMLN-FDR) in Westdeutschland hochziehen begann. Wieviel politisches Porzellan durch dieses parteiegoistische Vorgehen zerschlagen und wie sehr dadurch die Position der aktiven Gewerkschaftsinitiativen gegenüber ihrem Bundesvorstand verschlechtert wurde, kann nur erahnt werden.

Eine Neubestimmung unseres Verhältnisses zu den Befreiungsbewegungen ist also deshalb erforderlich, weil wir anderenfalls über kein geeignetes Instrument verfügen, einen Abschwung der Solidaritätsarbeit und der bisherigen Unterstützung zu verhindern. Nun kann sich unser Ziel schlecht in der Verhinderung eines Abbröckelns der Solidarität erschöpfen, gefragt ist zweifellos die Verbreiterung und Vertiefung der Solidaritätsarbeit.

Dieses Problem wird jedoch spätestens dann zu einem kaum zu bewältigenden Schwierigkeitsgrad anwachsen, wenn eine Befreiungsbewegung endlich die politische Eroberung der Macht durchzusetzen in der Lage war.

Die ererbten Bedingungen in den heute im Mittelpunkt der sozialen Kämpfe stehenden Länder El Salvador und Guatemala sind für einen eigenständigen Entwicklungsweg ähnlich schlecht wie in Nicaragua. Das abhängige Entwicklungsmuster dieser Staaten dürfte bei der anhaltenden Dominanz kapitalistischer Weltmarktstrukturen lediglich den Weg eines nachholenden Akkumulations- und Industrialisierungsmodells zulassen, das nicht allein mit gutem Willen die außerordentlich großen Schwierigkeiten der strukturellen Unterentwicklung überwinden kann.

Die Probleme einer defizitären Leistungsbilanz und der Verschuldung, der geringen Produktivität und der tiefen Investitionsrate, der industriellen Importabhängigkeit und der mangelnden "Vermaschung" zwischen Industrie und Landwirtschaft etc. setzen eine Logik der permanenten Massenmobilisierung von oben frei, die ab einem bestimmten Punkt ohne repressive Maßnahmen nicht mehr auskommen dürfte - insbesondere dann, wenn ein derartiger junger Nationalstaat militärisch und/oder ökonomisch von außen bedroht wird. Eine etwaige Entwicklung in diese Richtung, nach den Erfahrungen mit den zur Macht gekommenen Befreiungsbewegungen leider nicht von der Hand zu weisen, stellt uns vor Probleme, die bereits in der Gegenwart angelegt sind und von uns eine entsprechende Reaktion erfordern.

Wir haben bereits betont, und darauf wurde auch schon in der letzten Nummer der LN hingewiesen, daß ein Überdenken unserer bisherigen Arbeit not tut, wollen wir nicht im gegebenen Fall von einem Desillusionierungsprozeß überrollt werden. Das heißt also ein Einfordern von Antworten seitens der Befreiungsbewegung ist auch den Fällen unabdingbar, in denen es nach dem Maßstab bisheriger Praxis als vergebens erscheint. Wir müssen uns hier über eine geeignetere Vorgehensweise verständigen.

Schließlich sind wir in unseren Wirkungsmöglichkeiten in den hiesigen Auseinandersetzungen von den Entwicklungen dort betroffen; niemand wird dies angesichts der US-Politik ernsthaft bestreiten können.

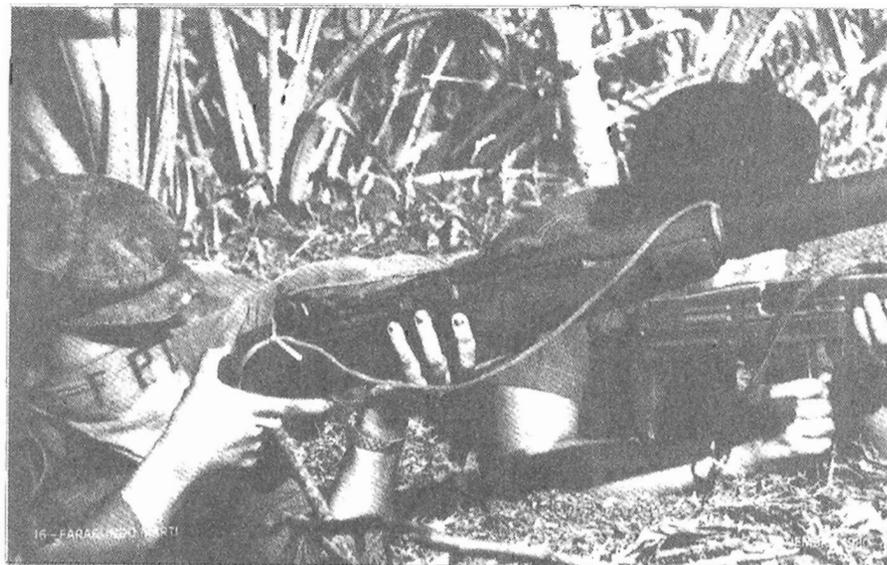
Worauf es letztlich ankommt, ist ein Prozeß der offensiven Selbstbestimmung unserer Solidaritätsarbeit in Gang zu setzen. Schließlich geht es nicht darum bewaffnete Revolutionäre nur deswegen zu unterstützen, weil sie nunmal bewaffnet anti-imperialistische Praxis umsetzen. Es geht der Tendenz nach darum, die Dominanz der spät-kapitalistischen Akkumulationszentren in der Weltwirtschaft dauerhaft zu brechen, oder wenn man so will: um eine völlige Änderung des Nord-Süd-Verhältnisses.

Diesen zugegebenermaßen abstrakten Globalzusammenhang müssen wir trotz unserer bisher eher bescheidenen Praxis (bündnis-)politisch offensiv wenden. Nur wenn es uns gelingt, gegenüber der Friedens- und der Grün/Alternativen-Bewegung auf der soziologischen Dimension des Begriffs 'Frieden' zu insistieren und zu einer intensiveren Zusammenarbeit zu kommen, werden wir ein Potential bilden, das politischen Druck herstellen kann, der Teile der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in Bewegung setzt und durch eine Blockierung der US-Politik den sozial-emanzipativen Prozessen in Mittelamerika wieder mehr Luft verschafft.

Dabei gibt es durchaus so etwas wie eine gemeinsame Interessenslage mit den Friedenskräften (bis hin zu deren sozialdemokratischen Teilen), die eine derartige Politik vorstellbar erscheinen läßt. Schließlich muß in dem hochgradig exportabhängigen "Akkumulationsmodell Deutschland" jede auf soziale Veränderung abzielende Strategie, die nicht die internationalen Zusammenhänge in Rechnung stellt, von vornherein zum Scheitern verurteilt sein.

Sollten wir diesen Zusammenhang bei den Freunden und Genossen aus dem grünen/alternativen, friedensbewegten Spektrum einbringen können, gewinnen wir gegenüber den Befreiungsbewegungen ein Eigengewicht, das die Forderung nach mehr Transparenz real einklagbar erscheinen läßt.

- Anmerkungen: (1): siehe das Interview mit Samayoa in der 'taz' vom 24.6.83
 (2): siehe das 'taz-magazin' "Mord ist keine Lösung" vom 24.6.83
 (3): vergleiche hierzu die Thesen von E.Süßdorf zur 2.europäischen Friedenskonferenz, abgedruckt in LN 114



LATEINAMERIKA

Internationale Verschuldung: ein alter Hut?

Die Wachstumsstrategie der Entwicklungsländer scheint nun, nach zwei proklamierten Entwicklungsdekaden ungeahnte Ausmaße anzunehmen. Nichts in der Dritten Welt wächst so schnell, wie deren Verschuldung. An der Spitze stehen dabei Mexiko und Brasilien. Beide schulden dem Ausland je etwa 90 Mrd. \$ US, Argentinien 40 Mrd. \$ US und Chile 20 Mrd. \$ US. Davon sind mehr als 150 Mrd. Schulden gegenüber den privaten Auslandsbanken. Das heißt, es handelt sich hier fast ausnahmslos um kurzfristige Kredite mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr, bei außerordentlich hohen Zinsen.

Wilhelm Hankel⁽¹⁾ meint zu alledem: "Finanzkrisen sieht man wie Revolutionen - lange kommen; es fehlt weder an Voraussicht noch an Frühwarnung. Dennoch treffen sie alle Beteiligten und Betroffenen unvorbereitet." Bei Lenin wiederum heißt es, daß im Zeitalter des Imperialismus, als höchstem Stadium des Kapitalismus, "die Welt in ein Häuflein Wucherstaaten und in eine neue ungeheuerere Mehrheit von Schuldnerstaaten gespalten ist."

Das Thema Verschuldungskrise ist so gesehen weder etwas Neues, noch besitzt es die Brisanz, mit der das Thema immer wieder medienwirksam verkauft wird.

Der folgende Artikel versucht einen kritischen Einstieg in die Verschuldungsdiskussion. Da es sich hierbei um einen einführenden Teil für die in den kommenden Heften in unregelmäßiger Reihenfolge erscheinenden Artikel zu verschiedenen Aspekten handelt, werden im Text jeweils Verweise auf nachfolgende Artikel gemacht. Neben länderspezifischen Untersuchungen zu Mexiko und Brasilien sollen auch Institutionen wie IWF (Internationaler Währungsfonds), UNCTAD und die Weltbank näher betrachtet werden. Weiter ist geplant, die historische Dimension der Verschuldung zu beleuchten. Schließlich hat dieses Thema in Lateinamerika eine 150 Jahre lange Tradition. Daran wird auch der letzte Teil, der sich mit konkreten Lösungsvorschlägen seitens der Brandt-Kommission, des RIO-Berichts, der UNCTAD und verschiedenen anderen Institutionen sowie von ausgewählten Fachleuten beschäftigen wird, anknüpfen.

Kritische Vorbemerkung

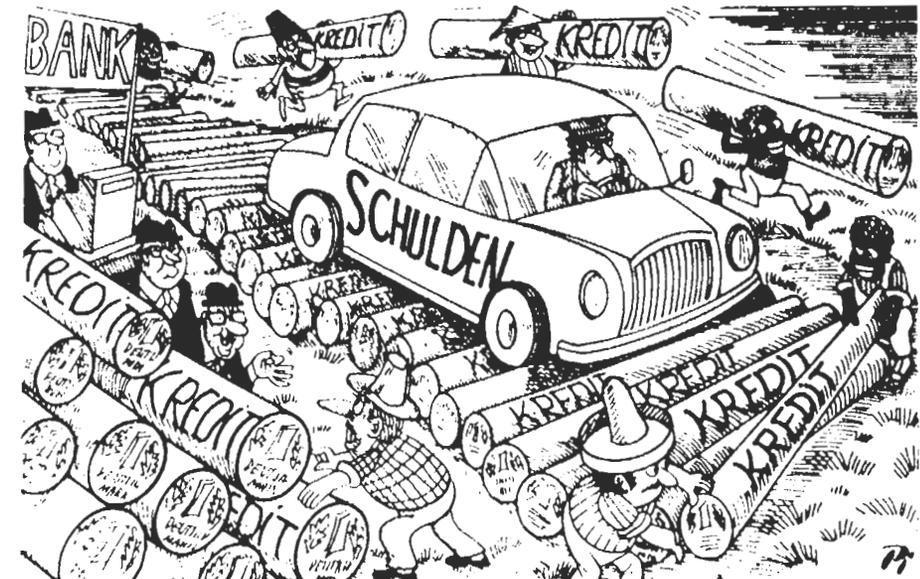
Kein Tag vergeht, an dem die Medien nicht mit neuen Schlagzeilen aufwarten. Man spricht von Finanzkrise und Schuldenkrise, von Solvenz- und Liquiditätskrise und von Banken- und Umschuldungskrise. Was sich in den letzten 15 Jahren geändert hat, ist der Vorspann. 1967 war es die Wirtschaftskrise, 1974 war es die Ölkrise und 1982 waren es die Beschäftigungs- und Verschuldungskrisen. 1983 ist es die Geldmarktkrise. Die Krise ist immer die gleiche geblieben. Weder das Geld noch das Öl stellen die eigentlichen Probleme dar, sondern der Markt. Oder sagen wir besser die Märkte.

Hat jemand 1000 DM Schulden auf der Bank, so hat er ein Problem, belaufen sich seine Schulden jedoch auf eine Million, dann hat die Bank ein Problem. So lustig es klingen mag, aber die Diskussionen laufen überwiegend in diesem Rahmen ab. Land A hat ein Problem, Bank B hat ebenfalls ein Problem. Gemeinsam sucht man nun nach der Technik C mit der die beiden Probleme gelöst werden sollen. In Wirklichkeit geht es aber nicht um die Technik C, sondern um das Problem C.

Der Kapitalismus schafft sich seine Prügelknaben selbst. In den 70 iger Jahren waren die OPEC-Länder an allem schuld. In den 80 iger Jahren werden es nun die Schuldnerländer sein, die für alles herhalten müssen.

Die Dimensionen dieses Themas sind sowohl politischer, wirtschaftlicher als auch sozialer Natur. Das heißt, der gesamte Kontext, in welchem dieses Thema und die einzelnen Artikel stehen sollten, darf dabei nicht außer acht gelassen werden, denn nur innerhalb eines derartigen Rahmens erhalten die einzelnen Punkte ihren tatsächlichen Stellenwert.

Hermann Abs⁽²⁾ erklärte einmal: "Jedes Land hat seine eigene Krankengeschichte und seinen eigenen Therapiebedarf." Für ihn als Banker liegt das Problem beim Schuldner. Venezuela lehnt gegenwärtig für sich den Maßnahmenkatalog des IWF ab und fordert eine Konferenz der Schuldner, dann nämlich bekämen die Banken tatsäch-



... und läuft und läuft ...

lich Probleme, die immer noch jeden Schuldner einzeln behandeln und umschulden. Wer nun bei allen Fronten glaubt, eine saubere Weste behalten zu können, indem er sich nur mit den Techniken auseinandersetzt, irrt, denn letztendlich geht es immer um Internationale Beziehungen und Eingriffe in die Souveränität von Staaten, die schließlich ihre Politik den finanziellen Prioritäten unterzuordnen haben. Konkret heißt das z.B. Exportorientierung, Importbeschränkung. Ein letztes Wort noch zu den, in solchen Zeiten meist hoch im Kurs stehenden Verfechtern des Freien Handels, die an die Macht jener " Unsichtbaren Hände " glauben, welche die Wirtschaft - ihrer Theorie nach - zum Wohle aller steuern. Jene Kräfte des Marktes haben sich ihre Handelsfreiräume gesucht. Und wozu " Unsichtbare Hände " so alles gut sein können, wissen wir, jetzt wo die Milliarden weg sind, auch.

Die Folgen der Verschuldung

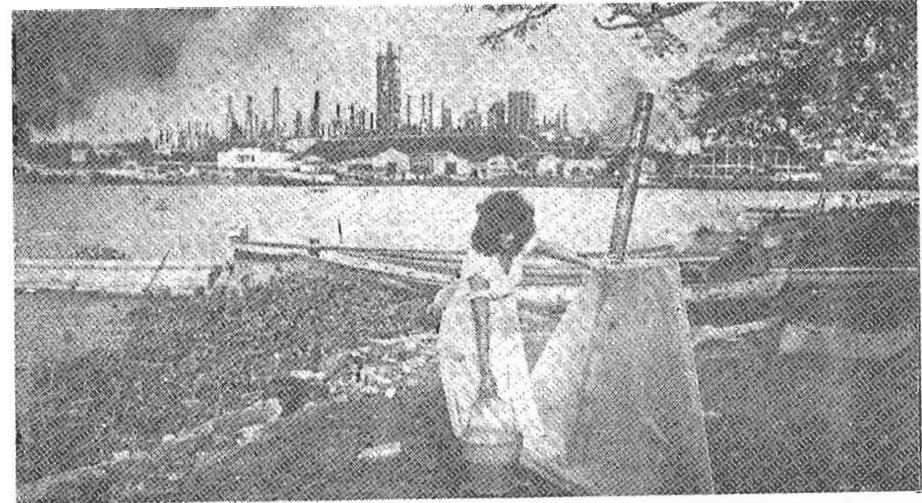
Die Verschuldung hat inzwischen solche Ausmaße angenommen, daß allein schon die Auflistung der Folgen die Seiten füllen würde. Hier nur einige Beispiele:

- die Ölländer holen ihre Überschüsse zurück, um die eigenen Schulden bezahlen zu können
- Umschuldungsverhandlungen werden zu einer institutionalisierten Einrichtung (Mexiko, Argentinien, Brasilien)
- die Banken bauen neue Abteilungen auf und errichten eine Evidenzzentrale, um die einzelnen Länder noch mehr kontrollieren zu können
- die Devisenreserven, die eisernen und letzten Reserven eines Landes werden oder sind bereits aufgezehrt
- andere Länder gehen bereits dazu über, ihre Goldreserven zu verkaufen (Chile, Brasilien etc.)
- Mexiko beabsichtigt weitere Investitionserleichterungen für ausländische Unternehmen anzubieten
- in den 70iger Jahren verdrängten die Privatbanken die öffentlichen Finanzinstitutionen; inzwischen ist bei beiden das Interesse auf ein Mindestmaß gesunken
- der IWF gerät an seine Grenzen. Bis Anfang 1983 waren seine Mittel fast restlos zu Ende. Die neuerliche Mittelaufstockung hat das Problem kurzfristig noch einmal gelöst
- Private Banken und ausländische Regierungen bestimmen schließlich über die Entwicklung eines Landes
- daraus folgt, daß wir es mit neuen Formen des Neokolonialismus in Zukunft zu tun haben werden

Natürlich bleiben diese Entwicklungen nicht ohne Folgen für die Industrieländer. 1982 gingen 40% aller Exporte der USA in die Länder der Dritten Welt. Ein massiver Rückgang dieser Exporte hätte für den konjunkturellen Wiederaufschwung der Industrienationen schwere Folgen. Insbesondere auch für die Bundesrepublik, die 25% ihrer Produktion exportiert.

Die Verschuldung belebt den Ausbeutungsmechanismus zwischen den Nationen. Eine hemmungslose Exportorientierung führt zur Einschränkung der Importe, und hält die Löhne niedrig, daß wiederum bedingt Rückgänge im Konsumbereich. Das Land fällt auf klassische Exportprodukte, die sich durch ihre geringe Verarbeitung auszeichnen, zurück. Auf diese Weise wird der Ausverkauf der natürlichen Ressourcen betrieben. Wie diese ökologische Raubbau aussieht, zeigt das Beispiel Brasilien. Transnationale Konzerne schaffen Exportkorridore (Fleischfarmen, Abbau von mineralischen Rohstoffen, Export von Papier und Holz). So kursierte z. B. unlängst in der brasilianischen Presse der Vorschlag, den Amazonaswald den internationalen Bankiers als Pfand für weitere Kredite anzubieten.

Die Verschlechterung der terms of trade belasten die Exporte zusätzlich und mindern die Entlastung, die eigentlich durch den Importabbau erreicht werden sollte. Die dringend benötigten Importprodukte verteuern sich ungewöhnlich durch die Preisentwicklung und die Inflation im Lande selbst. Der zwangs-



Mexikos Wirtschaftsboom der 70er Jahre basierte auf einer immens beschleunigten Erdölförderung. Heute ist das Land mit über 80 Milliarden Dollar verschuldet. Ein Austeritätsprogramm führt zur weiteren Verarmung breiter Massen.

Täufige Abbau der staatlichen Ausgaben beschleunigt die Inflation und führt zu sozialen Spannungen. Das wirtschaftliche Wachstum verlangsamt sich und die Arbeitslosigkeit steigt weiter an.

Viele Bemühungen werden so vielerorts mit einem Schlag wieder zunichte gemacht, und meist endet das Ganze mit der Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten.

Das Ausmaß der Verschuldung

Das Gesamtausmaß der Verschuldung betrug 1973 weniger als 100 Milliarden \$. In den Jahren bis 1983 stieg sie schließlich auf über 730 Milliarden \$. Das gesamte Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik oder das von 100 Entwicklungsländern zusammen liegt etwa auf der gleichen Höhe. Vergleiche vermögen nur eine relative Vorstellung des Schuldenausmaßes zu vermitteln. Verglichen mit dem was bisher war, ist diese Schuldenhöhe mehr als beunruhigend. Zieht man dagegen zukünftige Entwicklungen in Betracht, kann es leicht sein, daß wir in wenigen Jahren über die heutige Krisenstimmung selbst schmunzeln werden.

Die Verschuldung der letzten Jahre hat sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten vollzogen. Die offizielle Entwicklungsfinanzierung, das wären z. B. staatliche und internationale Institutionen, wie BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit), Weltbank, IWF etc. haben Finanzmittel zu besonders günstigen Bedingungen gewährt. Gleichzeitig drängten ab 1973/74 die Banken mit ihren Petrodollarüberschüssen auf die Märkte und betrieben einen kommerziellen Finanztransfer zu Marktkonditionen, der schließlich dazu geführt hat, daß der Anteil der Banken mittlerweile 2/3 der Gesamtverschuldung ausmacht. Einige Veränderungen auf den Rohstoff und Finanzmärkten, nicht zuletzt bedingt durch die einsetzende weltwirtschaftliche Rezession und den Kurswechsel in Nordamerika, ließen die Zinsen Anfang der 80er Jahre bis auf über 20% ansteigen. Damit wuchs der Schuldendienst zu einer zusätzlichen Bürde, die allein 1982 ca. 130 Milliarden betrug. Davon waren allein 60 Milliarden \$ reine Zinszahlungen und 70 Milliarden \$ stellten Amortisationszahlungen dar. Verglichen damit, belief sich die Entwicklungshilfe der OECD und der OPEC zusammengenommen auf 32 Milliarden \$ - das reicht nicht einmal für die Zinszahlungen an die Geschäftsbanken aus.

Tabelle 1 Öffentliche Auslandsschuld^a
(Mio US\$)

	1961	1972	1975	1976	1977	1978	1979	1980
Argentinien	1871	3448	5224	6517	7561	9023	10995	12249
Bahamas	...	56	59	58	58	50	57	88
Barbados	...	11	55	63	83	106	125	154
Bolivien	183	744	1225	1608	2014	2371	2763	2944
Brasilien	2200	8064	17600	24053	29681	40116	47510	51458
Chile	767	3224	4388	4286	4639	5610	5532	5080
Costa Rica	79	293	732	1002	1295	1625	1918	2415
Dominikan. Republik	5	342	656	784	874	935	1397	1750
Ecuador	107	476	780	1069	1786	2261	2965	3707
El Salvador	49	157	383	451	451	657	727	936
Guatemala	65	183	282	551	659	784	838	864
Guyana	48	224	399	457	483	656	714	743
Haiti	38	51	106	173	213	263	340	366
Honduras	30	169	449	587	807	925	1190	1609
Jamaica	...	370	885	1128	1248	1458	1557	1697
Kolumbien	475	2364	3011	3361	3710	4319	5427	6705
Mexiko	1191	4805	13829	18283	25302	31139	36686	38994
Nicaragua	41	332	821	961	1107	1210	1429	2122
Panama	58	467	1128	1444	1849	2371	2566	2727
Paraguay	31	193	429	462	545	747	1151	1200
Peru	287	1546	4002	5559	6438	6750	7997	8436
Trin. & Tobago	52	149	217	157	292	527	609	723
Uruguay	185	402	1034	1153	1170	1210	1320	1524
Venezuela	387	1795	1393	3204	4781	7384	10239	11144
Lateinamerika	8149	29865	59087	77371	97046	122497	146052	159633

a : einschließlich nicht ausgezahlter Kredite
Quelle: BID

Während die Entwicklungsländer 1975 für private Bankkredite noch 7,61% Zinsen zahlten, stiegen diese allein 1981 auf 18% an. Richard Gerster (schweizer Wirtschaftsexperte) zeigt auf, daß der Schuldendienst von 1970 bis 1980 um mehr als das Neunfache zugenommen hat, obwohl sich der Stand der Verschuldung nur versechsfachte. Die Weltbank rechnet bereits damit, daß ab 1985 80% der neuen Kredite für Zins- und Tilgungszahlungen verwendet werden müssen. Diese Zahlen sprechen für eine Pervertierung entwicklungspolitischer Programme. Gelder werden zu günstigen Konditionen gegeben, um eine Entwicklung in Gang zu setzen. Letztendlich dienen sie aber nur der Funktionsfähigkeit des Welthandels und dafür müssen die Entwicklungsländer die exorbitanten Zinsen zahlen. Dabei profitieren sie vom Welthandel am wenigsten.

Plötzlich kehren sich die Geschenke gegen die Empfänger. Sie haben sich in trojanische Pferde verwandelt. Waren die Gewinne der Banken schon bei acht Prozent nicht unbeträchtlich, so dürften sie heute um vieles höher liegen. Die konservativen Bankiers passen viel zu sehr auf ihre Gelder auf, als daß sie sie leichtfertig aufs Spiel setzen würden. 1975 waren nur 13 verschuldete Länder bei den Privatbanken in Zahlungsverzug. Heute sind es 35. Unter ihnen die besten Adressen der Welt.

Tabelle 4 Fälligkeitsstruktur der öffentlichen Auslandsschuld in %

Land	bis zu fünf Jahren				mehr als fünf Jahre und bis zu zehn Jahren				über zehn Jahre			
	1966	1970	1973	1980	1966	1970	1973	1980	1966	1970	1973	1980
Argentinien	64,5	58,0	63,8	53,2	25,2	22,9	18,2	37,1	10,3	19,1	18,0	9,7
Bahamas	64,1	60,2	32,9	19,3	2,7	20,5
Barbados	39,1	29,2	37,0	27,9	23,9	42,9
Bolivien	16,1	20,7	27,9	45,8	14,5	19,3	18,9	18,3	69,4	60,0	53,2	35,9
Brasilien	53,5	39,6	39,5	46,4	26,4	21,1	30,4	41,9	20,1	39,3	30,1	11,7
Chile	35,8	42,5	50,0	57,1	18,2	27,2	33,8	29,9	46,0	30,3	16,2	13,0
Costa Rica	47,7	27,9	38,1	42,7	14,5	18,8	20,2	29,3	37,8	53,3	41,4	28,0
Dominikanische Republik	34,5	29,6	24,0	37,5	16,3	23,1	27,3	21,6	49,2	56,3	48,7	40,9
Ecuador	29,4	42,4	45,5	47,5	25,1	26,3	17,9	35,1	45,5	31,3	36,6	17,4
El Salvador	26,1	31,1	19,3	20,3	20,3	17,7	18,7	20,6	53,6	51,2	62,0	59,1
Guatemala	63,0	40,5	27,1	24,3	19,2	14,6	21,9	29,1	17,8	44,9	51,0	50,6
Guyana	18,3	37,8	23,2	21,9	58,5	40,7
Haiti	26,1	...	43,9	9,6	29,8	...	12,2	13,7	44,1	...	43,9	76,7
Honduras	15,2	15,8	20,3	19,5	18,7	19,0	21,2	23,8	66,1	66,2	58,5	56,7
Jamaica	40,0	39,5	50,3	...	27,1	31,9	...	32,9	28,6	28,6
Kolumbien	36,0	24,1	26,8	34,9	18,8	22,5	24,1	37,9	45,2	53,4	49,1	27,2
Mexiko	53,5	56,5	39,4	58,8	21,4	24,6	37,3	34,4	15,1	18,9	23,3	6,8
Nicaragua	32,5	49,2	26,1	21,3	16,4	16,1	27,7	35,5	51,1	43,7	46,2	43,2
Panama	22,2	38,4	33,8	44,8	25,4	12,0	35,9	33,5	52,4	49,6	30,3	21,7
Paraguay	27,1	30,8	32,3	34,2	20,5	21,0	21,3	25,6	52,4	48,2	46,4	42,2
Peru	47,2	60,7	49,3	59,1	33,3	21,1	32,1	27,5	19,5	18,2	18,6	13,4
Trinidad & Tobago	30,6	41,0	55,7	...	32,9	27,3	39,7	...	36,5	26,2
Uruguay	62,9	58,4	60,3	46,7	19,8	16,7	21,2	35,8	17,3	24,9	18,5	17,5
Venezuela	32,4	50,7	59,0	62,4	26,3	26,1	27,5	35,7	41,3	23,2	13,5	1,9
Lateinamerika	48,2	45,0	42,8	50,5	23,2	23,0	29,4	35,7	28,6	32,0	27,8	13,8

Niemand kann letztendlich die Höhe der Verschuldung bei den Privatbanken angeben, da sich diese beständig weigerten, ihre kurzfristigen Kredite einer Kontrolle der Zentralbank auszusetzen. Aus diesem Grund stößt man auch immer wieder auf unterschiedliche Zahlenangaben. Hinzu kommt, daß kurzfristige Kredite, deren Laufzeiten nur wenige Monate betragen, in der Regel auch einen sehr hohen Zinssatz haben. Man unterscheidet zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Krediten. Die letzteren haben eine Laufzeit von mehr als vier Jahren. Aus den bereits genannten Zahlen wird deutlich, daß nicht so sehr die Verschuldung als solche den Entwicklungsländern zu schaffen macht, sondern vielmehr die Zinsen und die Kurzfristigkeit der Kredite. Die ca. 300 Mrd. \$ Schulden, die Lateinamerika 1982 hatte, bestanden überwiegend aus kurzfristigen Privatbankkrediten zu glänzenden Zinssätzen. Für Lateinamerika heißt das zum Beispiel, daß jedes Prozent Zinssteigerung ihren Schuldenberg um 2 Mrd. \$ erhöht. Ganz konkret hatten wir in den letzten Jahren einen Zinsanstieg von 6 auf 18%. Neue Kredite dienen überwiegend dazu, alte zu bezahlen. Bei verschiedenen lateinamerikanischen Staaten liegen die Zinszahlungen bereits über den Exporteinnahmen.

So kam es zur Krise

Die Krise kann als Summe einer Reihe von Entwicklungen in den 70er Jahren gesehen werden. Allgemein sollen hierzu einige Aspekte angeführt werden. Anschließend werden noch einige wichtige Faktoren, die jeweils in verschiedenen Ländern unterschiedlich relevant sind, hinzugefügt werden:

a. Die Entwicklung und die hohe Liquidität der Euromärkte

Der Finanzhunger der Dritten Welt wäre überhaupt nicht möglich gewesen ohne die enorme Liquidität der Eurogeldmärkte. Diese haben sich im Laufe der 60er Jahre, als Folge diverser amerikanischer Regierungseingriffe zur Regulierung des Geldmarktes und zum Schutz der Zahlungsbilanz, gebildet. Die Eigentümer flüssiger Dollarguthaben und die in den USA beheimateten transnationalen Konzerne zogen

es vor, ihre Auslandseinkünfte erst in London und dann auch an anderen internationalen Finanzmärkten anzulegen und dort ebenso ihre Kreditbedürfnisse zu decken.

Der Vorteil dieser Märkte ist, daß sie nicht den nationalen Zentralbanken und deren profitmindernden Vorschriften unterliegen, wie z.B. den Reserveverpflichtungen. Im Gegensatz zu den nationalen Märkten konnten diese neuen Märkte äußerst attraktive Konditionen bieten. Zunehmend wurden dort auch Überschüsse der Zentralbanken und der OPEC - Länder angelegt. Dieser Markt hat heute ein Volumen von über 1600 Mrd. US \$. Die Entwicklungsländer traten bis 1974 nur in bescheidenem Maße als Kunden auf. Der steigende Zufluß an Finanzmitteln aus den Ölstaaten und eine rezessionsbedingte, sinkende Kreditnachfrage in den Industrieländern führten zu einer Liquiditätsschwemme, d.h. zu einem Kapitalüberschuß.

Unter diesen Bedingungen wurden plötzlich ehemals als nicht kreditwürdig betrachtete Länder für kreditwürdig erklärt und mit Finanzmitteln bedient. In den Jahren 1974 bis 1976 wuchs dieses Geschäft recht einträglich. Heute weiß man, daß die Banken bis 1980 sehr sorglos handelten und ihre Gelder gegen zu geringe Risikozuschläge ausgeliehen haben. Sicherheitshalber haben sich die Banken deshalb in den letzten Jahren auch zunehmend auf wenige Großkunden konzentriert, bei denen man sicher war, daß sie weder die Länder selbst noch die westlichen Regierungen im Stich lassen würden.

b. Der stark steigende Kreditbedarf der Schuldner

Die steigende Nachfrage nach privaten Bankkrediten in den 70er Jahren erklärt sich einmal aus dem zurückgehenden Anteil jener Kapitalzuflüsse an die Dritte Welt, der die Nettoverschuldungsposition nicht erhöhte (Entwicklungshilfe, Zuteilung von Sonderziehungsrechten und private Direktinvestitionen). Diese Mittel finanzierten in den 60er Jahren über zwei Drittel des Leistungsbilanzdefizits, um 1973 noch 48%, und 1981 betrug der Anteil nur noch 26%. Dagegen fand, wie schon mehrmals angesprochen ein Anstieg der kurz- und mittelfristigen Kredite vor allem seitens der Banken- von 27 auf 54% statt. Diese Privatisierung der Defizitfinanzierung brachte eine enorme Steigerung der Kapitallasten auf die aufgenommenen Schulden mit sich.

c. Institutionelle Neuerungen zur Risikominderung

Diese erlauben es insgesamt, wachsende kurzfristige Einlagen in mittel- bis langfristige Daten umzuwandeln und dabei das Transformationsrisiko weitgehend auf den Kreditnehmer zu verlagern. Charakteristisch sind dabei die variablen Zinssätze, d.h. die Verzinsung des Kredits wird alle drei bis sechs Monate der Londoner Interbankrate (LIBOR) angepaßt. Hinzu kommen dann noch individuelle Risikozuschläge (Spread) und eine einmalige Abschlußgebühr. Ebenso zur Risikominderung trägt die Aufteilung des Kreditbetrages auf eine Vielzahl von Banken bei (Gründung von Konsortialbanken). Hohe Kreditsummen können auf diese Weise mit einem minimalen individuellen Bankenrisiko aufgebracht werden. Ein Beispiel dafür ist auch der Milliardenkredit an die DDR vor wenigen Tagen.

Theoretisch ließen sich die Verschuldungspfade verschiedener Gruppen, Banken, Oberschichten, Militärs, Institutionen und Regierungen zuordnen. Dies wird in einzelnen Fällen auch noch geschehen. Um diesen Punkt hier nicht zu sehr auszuweiten, andererseits aber, um eine Vorstellung von der Vielzahl von Verschuldungspfaden zu vermitteln, sollen im folgenden stichpunktartig einige dargestellt werden.

- Die verschuldete Industrialisierung (wird speziell im Falle Mexikos behandelt werden)

Die Schwellenländer haben kapitalintensiv, indem sie kräftig Schulden machten, investiert. Der Staat und transnationale Konzerne waren dabei die Hauptempfänger. Die Investitionsgüter einführen übertrafen dabei die Importsubstitution. Die Industrialisierung wurde so verschuldungsträchtig finanziert.

- Im Rahmen einer derartigen Politik fand vor allem in den LLDCs eine starke Vernachlässigung der Agrarentwicklung statt. Dies führte zum Import teurer Nahrungsmittel. Exporteinnahmen wurden so schnell wieder aufgezehrt, die eigene Subsistenzwirtschaft wurde zerstört, und man schlidderte in eine neue Form von Abhängigkeit herein. Nach den Ölpreisschocks und dem Preisverfall auf den Rohstoffmärkten ging vielen Ländern schier die Luft aus. Der Nachfragerückgang in den Industrieländern ließ die Rohstoffpreise in den Keller fallen und zwang die Regierungen, eingeschlagene Entwicklungsprogramme wieder fallenzulassen.
- Die Kleptokratie der Herrschenden, die ihren Ausdruck zum einen in den Prestigeobjekten und zum anderen im Fluchtkapital fand, das in der Schweiz oder in den USA gelagert wird, stellt keinen unwesentlichen Faktor dar. Lopez Portillo erklärte gegen Ende seiner Amtszeit, daß in den letzten Jahren mehr Kapital illegal aus Mexiko ausgeschleust wurde als in all den Jahren, in denen Mexiko Kolonie war. Aus Lateinamerika sollen in den letzten Jahren mehr als 100 Mrd.\$ auf US-Banken transferiert worden sein.
- Natürlich acht sich auch die massive Aufrüstung und Militarisierungswelle in den Entwicklungsländern negativ auf die Bilanzen niedergeschlagen. Peru hat z.B. Mitte der 70er Jahre umfangreiche Warenkreditverträge abgeschlossen, von denen viele zum Ankauf von Waffen dienten. Als die Kredite später gekürzt wurden, mußte Peru in Zusammenarbeit mit dem IWF ein Stabilisierungsprogramm entwerfen und wirtschaftliche Einschränkungen verfügen.
- Wirtschaftsrezession, Marktschrumpfung bedingt durch Nachfragerückgänge und strukturelle Veränderungen und ein wachsender Protektionismus in den Industrieländern versperren den Entwicklungsländern zunehmend den Zugang zu den Exportmärkten. Nachdem sie sich jahrelang auf diese Märkte hinentwickelt hatten, gelten sie plötzlich als unerwünscht. Da es außer dem Weltmarkt keinen anderen mehr gibt, wohin man exportieren könnte, bleiben die Entwicklungsländer auf ihren Produkten sitzen. Sie haben damit keine Möglichkeit, das Kapital zu erwirtschaften, mit dem sie die getätigten Investitionen wieder abbezahlen könnten.
- Die starke Einbindung in den Welthandel macht gerade die kleinen, ungleichen Partner zu Prügelknaben. Ihr exportorientierter, assoziierter Entwicklungsweg diente nicht zuletzt dazu, den Industrienationen Absatz- und Rohstoffmärkte zu schaffen. Um die eigenen Überschüsse loszuwerden, schränken die Industrieländer ihre Fertigproduktimporte ein und zwingen die Entwicklungsländer wieder auf die Rohstoffmärkte zurück (Beispiel Mexiko und Brasilien).
- Viele Staaten begannen mit riesigen Infrastrukturprojekten - Straßen, Häfen, Staudämmen, Atomkraftwerken etc. Man war meist von optimistischen Zukunftspjektionen ausgegangen und hatte in der Euphorie mit ehrgeizigen Entwicklungsvorhaben und Sozialreformen begonnen. Heute, da die Exporteinnahmen nicht einmal mehr die Zins- und Tilgungszahlungen decken, gibt es keinen Spielraum mehr für eine solche Politik.
- Ein letztes Wort noch zum Ölpreis. Er hat, wie eingangs bereits angedeutet, lange genug als Prügelknabe herhalten müssen. Betrachtet man allein Länder wie Mexiko, Venezuela und Nigeria, die heute in der Schuldnerliste ganz oben stehen, wird das Ölargument fragwürdig. Viel wichtiger ist in diesem Zusammenhang der Preisanstieg anderer Produkte. Die Mehrzahl der Ölstaaten kann durchweg als treue Verbündete des Westens bezeichnet werden. Die etwas kritischen Länder wie Libyen, Algerien und der Irak führten teure Entwicklungsprogramme durch. Schließlich haben sie alle die Petrodollar wieder auf die Finanzmärkte zurückgeführt. Die transnationalen Banken boten auf den Kreditmärkten sogar mehr Kapital an, als ihnen durch das Recycling von Petrodollars zugeflossen war. Genauere Untersuchungen zeigen, daß sich das Defizit der Schuldnerländer auch bei konstanten realen Ölpreisen erhöht hätte.



México en drama financiero

Radiofoto UPI

Wohin die Krise treibt

Die in den letzten beiden Jahren kontinuierlich laufenden Umschuldungen geben die Stimmung und die Richtung in der derzeitigen Verschuldungspolitik wieder. Vorerst scheint es in diese Richtung weiterzugehen. Man schuldet kontinuierlich einen um den anderen Schuldner um. Dem kritischen Betrachter mag das als Flickschusterei erscheinen, die kurzfristigen Aufschub ermöglicht, langfristig das Problem aber nicht löst. Bildlich gesprochen heißt das, die Krankheitsursache wird nicht bekämpft, man erhöht lediglich den Tablettenkonsum, immer in der Hoffnung, daß man bis zur nächsten Verschlechterung auch neue Medikamente haben wird. Auch wenn es dem Patienten hundsmiserabel ergeht, muß er deshalb noch nicht todkrank sein. Seine Krankheit belebt vielmehr das Geschäft und schafft Gewinne, wenn auch nicht zu seinen Gunsten. Somit besteht also kein Grund, mehr als unbedingt erforderlich zu tun.

Betrachtet man die tatsächliche Entwicklung, fällt auf, daß die betroffenen Länder möglicherweise unliebsamere Patienten werden. Die Verschärfung der ökonomischen, politischen und sozialen Situation treibt viele Länder in den Bankrott. Sie läßt die Arbeitslosigkeit in Uferlose steigen, treibt die Inflation immer höher und schürt die sozialen Spannungen. Damit dürfte eine weitere Periode zunehmender politischer Instabilität bevorstehen. Unter solchen Bedingungen wird auch die Stärkung und Sicherung geopolitischer Interessen mit militärischen Mitteln vorgenommen werden. Die Vorkehrungen dafür laufen seit Jahren auf Hochtouren. Man wird im wahrsten Sinne des Wortes gerüstet sein für die Instabilitäten von morgen. Anstatt eine Politik dagegen zu entwickeln, wird das Gewicht auf eine machtpolitische Lösung gelegt.

Eine entscheidende neue Qualität käme in die Entwicklung, wenn sich zumindest die großen Schuldnerländer zu einer Art Kartell zusammenschließen würden. Solange dies aber nicht der Fall ist, werden wir uns weiter mit ad-hoc-Lösungen zufriedengeben müssen.

Krisenszenarien

In den letzten 1 1/2 Jahren sind eine Reihe von Krisenszenarien publiziert und durchgespielt worden. Dadurch wird weniger die Realität vorweggenommen als vielmehr eine Denkhilfe geschaffen, die einen Eindruck davon vermitteln will, was theoretisch möglich wäre. Einige dieser Krisenszenarien werden im folgenden angeführt.

Die endgültige Einstellung der Zahlungen durch ein einziges Schuldnerland würde unter den Bankkunden in den USA einen panikartigen Run auf die Schalterhallen auslösen. Eine Kettenreaktion von Bankzusammenbrüchen wäre die Folge.

Zahlten nur die drei größten Schuldnerländer ein Jahr lang keine Zinsen, verlor die fünf größten US-Banken 75% ihrer Gewinne und die Börsenkurse an der Wallstreet fielen in den Keller.

Welches Szenario man auch immer hernimmt, die Wasserstoffbombentheorie, nach der eine Kleinigkeit den großen Knall auslösen kann, oder die schleichende Entwicklung ins Chaos, man kommt um Lösungen in einzelnen Bereichen nicht mehr umhin. Es reicht nicht aus zu wissen, daß die Schuldner in den Abgrund stürzen, die Gläubiger betroffen sein werden und Trauer tragen werden. Die Geschichte belehrt uns da eines Besseren. Deutschland war damals durch Reparationsforderungen überlastet nicht imstande, den Schuldendienst aus eigener Kraft zu leisten. Dort, wo sich dann schließlich Legende und Wirklichkeit trafen, entstand das explosive Gemisch. Momentan scheinen die Banken wieder Herr der Lage zu sein, und die Probleme werden inzwischen routiniert in konzertierten Umschuldungsaktionen behandelt. "Banking as usual." Die Banken wollen nicht zuviel Publicity und schon gar keine Kritik. Auf den Konferenzen strahlt man wieder Zuversicht aus.

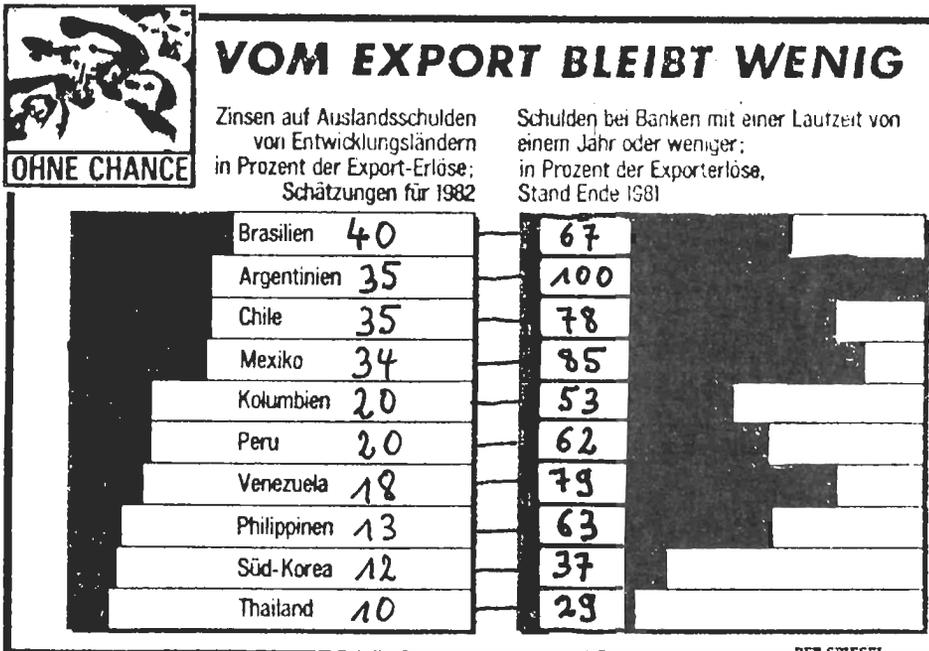
"Die große Pleite kommt", schrie vor einem Jahr Alex Schubert in der TAZ. Aber vielleicht darf sie doch kommen, schließlich entwickeln auch die Bankers Krisenszenarien. Angenommen ein Land zahlt nicht. Innerhalb kürzester Zeit wäre es automatisch vom Weltmarkt abgeschnitten. Es könnte keine internationalen Zahlungen mehr leisten. Sämtliche Waren in seinem Besitz würden sich der Gefahr eines juristischen Embargos gegenübersehen. Kein Schiff könnte das Land verlassen, kein eigenes Flugzeug auf fremdem Territorium landen, keine Fernsehdirektübertragungen wären mehr möglich.

Natürlich müßten auch einige Finanzinstitute schließen. Doch wer weiß, ob es damit getan wäre, möglicherweise müßten die Notenbanken eingreifen, damit der freie Kapitalverkehr nicht zusammenbricht. Jeder würde retten wollen, was noch zu retten ist. Schließlich käme der gesamte internationale Warenverkehr zum Erliegen. Und es gäbe keinen Außenhandel mehr.

Auswege aus der Schuldenfalle

Ein kräftiger Wirtschaftsaufschwung würde das Problem weitgehend entschärfen, so meinen die einen, andere dagegen gehen davon aus, daß einzig und allein ein Schuldenerlaß die Lösung sein kann. Tatsache ist, daß ein Stop oder das allmähliche Versiegen von Krediten die Schuldenfalle erst zu einer solchen machen würde. Sinkende Kreditwürdigkeit ist schließlich auch das Ergebnis von verweigerten Krediten.

Viele setzen auf die Robkuren des IWF. (auf die Politik dieser Institution wird in einem eigenen Artikel eingegangen werden), der eine rigorose Austerität - Politik fordert. Durch Einschränkungen der öffentlichen Ausgaben, d.h. Abbau von Investitionen und Subventionen, soll die Bilanz allmählich ausgeglichen werden. Gleichzeitig würde damit auch die Kreditwürdigkeit des betroffenen Landes verbessert werden. Dem IWF fällt auf diese Weise eine neue Rolle als Krisenmanager in den 80er Jahren zu.



Ein anderer Lösungsansatz, der unter dem Begriff Verstaatlichung läuft, favorisiert den Aufkauf der Forderungen anderer Banken. Viel Lösungsansätze (dazu wird noch ein eigener Artikel erscheinen) bringen zwar eine vorübergehende Lösung, wie z.B. ein Schuldenerlaß für alle Länder, damit wäre aber keinesfalls der Wiederholungsfall ausgeschlossen, um den es doch letztendlich geht.

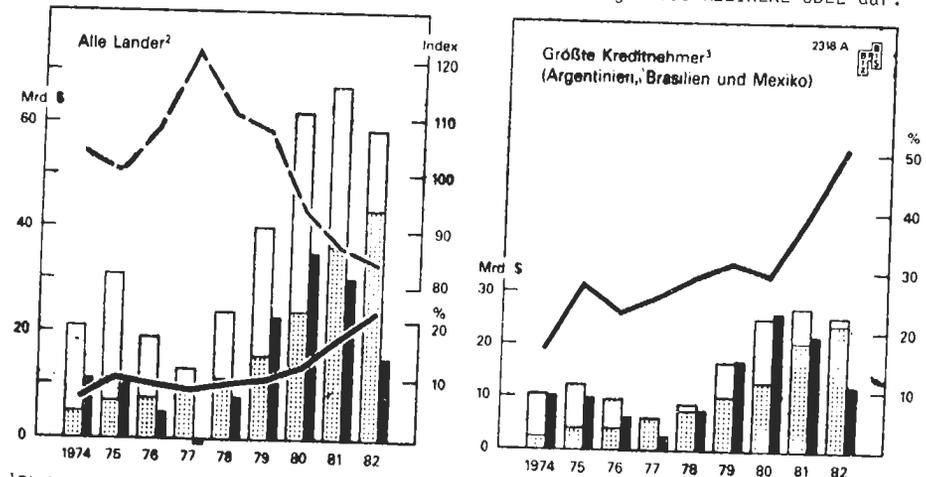
Auffällig ist, daß über manche Lösungen kaum gesprochen wird, zumindest nicht so offiziell, daß man sie auch ernst nehmen könnte. Wie schon damals beim reparationspflichtigen Deutschland fehlen den Entwicklungsländern heute ebenfalls die Märkte. Wenn die Rostowsche Philosophie des "take-off" noch zutreffen soll, dann müssen die Industrieländer ihre Märkte auch für die Dritte Welt öffnen.

Momentan laufen die Umschuldungen auf zwei Ebenen. Einmal über den "Club von Paris", hier werden Regierungs- und regierungsverbürgte Kredite umgeschuldet und zum anderen über direkte Behandlungen zwischen den Schuldnerländern und transnationalen Banken.

Die Banken kümmern sich nicht um die sozialen Probleme der einzelnen Länder. Sie haben auch kein Interesse, daß die Medien zuviel darüber berichten. Die Medien fahren auf Begriffe wie Schuldendienstquote, IWF - Konditionierung, Leistungsbilanzdefizite und Überhänge von Finanz- und Realkapitalbildung ab. Kurz kommen dagegen die Berichte über Verletzungen der Menschenrechte, Hunger, Folter, Elend, Not und Arbeitslosigkeit. Diese Themen werden meist nicht in diesem Zusammenhang betrachtet.

In der Regel sind es die Armen, die die Zeche zahlen. Dort wie hier sind es jeweils die sozial Schwachen. Entwicklungsprogrammen, Sozialpläne müssen eingeschränkt bzw. fallengelassen werden.

Damals, Mitte der 70er Jahre, als es leicht war, sich zu verschulden, griffen viele Länder zu. Die Verschuldung stellte für sie sozusagen das KLEINERE ÜBEL dar.



¹ Die Angaben zu den Nettozinszahlungen sind teilweise geschätzt. ² Nettokreditaufnahme bei Banken zu konstanten Dollarwerten gerechnet. ³ Nettokreditaufnahme bei Banken zu jeweiligen Dollarwerten gerechnet.

Linker Maßstab:
 Nettozinszahlungen¹ (Leistungsbilanzdefizit)
 Nettokreditaufnahme bei Banken

Rechter Maßstab:
 Nettozinszahlungen/Exporte
 Terms of trade

SOLIDARITÄT

Lateinamerika auf dem Kirchentag

Vom 8. - 12. Juni 1983 fand in Hannover der 20. Deutsche Evangelische Kirchentag statt.

Lateinamerika ist auf dem Kirchentagen schon eine Art Dauerthema geworden. Zahlreiche Lateinamerika-Gruppen waren auch in diesem Jahr wieder auf dem "Markt der Möglichkeiten" vertreten, ein Markt von diesmal etwa 500 (!) Gruppen mit unterschiedlichen Anliegen, die sich auf eine oder andere Art der evangelischen Kirche verbunden fühlen oder den Kirchentag als wichtiges Forum ansehen, für ihre Ziele zu werben. In Halle 21 des Messegeländes hatte sich eine Kooperative aus verschiedenen Arbeitsgruppen zu Lateinamerika gebildet. In Halle 18 hatten sich einige mit Gruppen zu anderen Themen zu einer "Halle für menschliche Entwicklung" zusammengeschlossen. Einige waren mit eigenen Ständen im Markt der Möglichkeiten vertreten. Auch im offiziellen Kirchentagsprogramm hat Lateinamerika seinen schon fast institutionellen Platz: Es gab einen Lateinamerika-Tag in einer der Riesenhallen des Messegeländes mit etwa 5000 Teilnehmern, gestaltet von der Thomas-Kirche in Düsseldorf. Viel Musik und zu wenig Inhalt. Auf offizielle Einladung des Kirchentags waren da: Ernesto Cardenal aus Nicaragua, Nobelpreisträger Perez Esquivel aus Argentinien, Angehörige von Verschwundenen aus Argentinien, Uruguay, Honduras und El Salvador. Neben den offiziellen Veranstaltungen gab es noch zahlreiche weitere kulturelle Abende, Gottesdienste, Diskussionen zu Lateinamerika. Deutlich aber, daß auf dem Kirchentag das Thema "Nachrüstung" das beherrschende war und selbst in unverdächtigen Bibelarbeiten zum Durchbruch kam. Deutlich aber auch, daß die Solidarität mit den unterdrückten Völkern Lateinamerikas aus der Arbeit der evangelischen Kirchen jedenfalls z.Zt. nicht wegzudenken ist. Im Laufe der Jahre haben zahlreiche Gemeinden und kirchliche Gruppen für Basisarbeit in Lateinamerika wichtige ökonomische Hilfe geleistet oder sich hier der lateinamerikanischen Flüchtlinge angenommen.

Der Kirchentag war für die Lateinamerika-Gruppen eine wichtige Möglichkeit sich auszutauschen, Kontakte zu knüpfen und auch Mut zu schöpfen, denn deutlich wurde, wie zahlreich und vielfältig die Initiativen sind und auch eine Zusammenarbeit über politische Differenzen hinweg möglich sein kann.

Es bleibt die Hoffnung, daß auch die offiziellen Stellen der evangelischen Kirchen die Zeichen verstehen. Eine Verpflichtung für sie stellt die von mehr als 3000 Kirchentagsteilnehmern unterstützte Resolution dar, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, sich endlich für die Aufklärung des Schicksals der verschwundenen Deutschen und Deutschstämmigen in Argentinien einzusetzen.

aus "Protest" Nr.5, Kirchentagszeitung der Evangelischen Studentengemeinden:

Lateinamerika-Tag: Zerklatschte Solidarität

"Wir haben hier eine Zusammenstellung von - Gästen, die wohl nie wieder so zusammenkommen wird." - Beifall - "Theologisch nennt man das Kairos, der rechte Augenblick." - Rauschen der Beifall.

Worte, gesprochen von Uwe Seidel, seines Zeichens Pastor an der Düsseldorfer Thomasgemeinde und Veranstalter des Lateinamerikatages am Freitag in Halle 5. Recht hat er. Bedeutende Persönlichkeiten sind zusammengekommen: Ernesto Cardenal, Kulturminister aus Nicaragua; Adolfo Perez Esquivel, Friedensnobelpreisträger aus Argentinien; dazu engagierte Widerstandskämpferinnen aus Uruguay, Argentinien, Honduras und El Salvador. Allesamt mutige, außergewöhnlich tapfere Menschen, die im Kampf für die Befreiung genommen haben.

In der Halle ein vorwiegend junges Publikum, das sich nach Freiheit, Friede und Geborgenheit sehnt. Menschen, die Wärme und Spontaneität suchen, die ihrer Emotion freien Lauf lassen wollen. Sie wollen klatschen. Sie feiern Ernesto Cardenal mit langanhaltenden Ovationen. Sie suchen ein Schwarz-Weiß-Gemälde. Auf der einen Seite die schlechte Welt, die heldenhaften Kämpfer auf der anderen. Sie lassen sich durch Uwe Seidels Regie anheizen und zerklatschen ihre aufgeregten Emotionen zwischen den Händen. Man klatscht, um zu klatschen.

Als Ernesto Cardenal sich für den wissenschaftlichen Sozialismus ausspricht, tobt der Beifall ebenso wie bei einer marxismuskritischen Bemerkung von Adolfo Perez Esquivel.

Im Grunde werden die Anliegen der lateinamerikanischen Gäste nicht berücksichtigt. Sie dienen nur dazu, den frustrierten deutschen Jugendlichen

Hoffnung und Geborgenheit zu geben. Mythen werden aufgebaut, die den Bedürfnissen der Jugendlichen mehr entsprechen, als der lateinamerikanischen Wirklichkeit. Dadurch wird Solidarität verhindert. Denn solidarisch kann man/taut nur mit wirklichen Menschen sein, nicht mit Heiligen. Um ein Volk in seinem revolutionären Kampf zu unterstützen, muß man seine Geschichte und Gegenwart in ihrer Widersprüchlichkeit kennen. Solidarität üben heißt, Gemeinsamkeiten erkennen und reflektieren.

Es hat keinen Sinn, vom heroischen Kampf der Basisgemeinden zu berichten, ohne zu erwähnen, daß die Basisgemeinden in vielen Ländern Lateinamerikas klein und politisch unbedeutend sind. Nicaragua ist nicht das angebrochene Reich Gottes, sondern ein Land, das trotz innerer und äußerer Schwierigkeiten versucht, soziale und politische Reformen für die Menschen zu verwirklichen. Um die Entwicklung Nicaraguas zu verstehen, muß man um diese Schwierigkeiten und Widersprüche wissen. Wer den Verleumdungen der nicaraguanischen Revolution entgegen will, der darf nicht nur Emotionen, sondern muß vor allem Argumente bieten. Betroffenheit zu erzeugen ist sinnvoll und notwendig. Ohne sachliche Information führt sie aber nicht zu Konsequenzen.

Auf dem Lateinamerikatag wurde der Kairos, der rechte Augenblick zu Information und Beratung über Aktion verpaßt, und dies in einer Situation, wo die unterdrückten Völker Lateinamerikas weniger unsere Worte und Gefühle als unsere Taten brauchen.

Herwig Sander

Spendenauf Ruf Kolumbien

Der CRIC bittet um Spenden für die Erdbebenopfer

Am 31.3.1983 zerstörte ein Erdbeben die Stadt Popayán zu 60% und richtete auch in den umliegenden Dörfern erheblichen Schaden an. Zwischen 200 und 300 Menschen fanden unter Trümmern den Tod und viele Tausende wurden verletzt.

Die GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER steht seit 7 Jahren in ständigem guten Kontakt mit der in Popayán ansässigen indianischen Organisation CONSEJO REGIONAL INDIGENA DEL CAUCA - CRIC (Regionaler Rat der Indianer in Cauca), die sich seit 12 Jahren unter großen Opfern, jedoch zunehmend erfolgreich für die Rechte und Interessen der Indianer im Departement Cauca einsetzt. Bewußtseinsbildung für die Werte der eigenen Traditionen wurde betrieben, zweisprachige Schulen eingerichtet, und Gemeinschaftsbetriebe gaben vielen Dorfgemeinschaften die Möglichkeit, sich von der Ausbeutung zu befreien. Es gelang den Indianern durch gut organisierte Aktionen große Teile ihrer ursprünglichen Ländereien zurückzugewinnen und sich schließlich durch eine in Popayán eingerichtete Zentrale Kooperative von dem Zwischenhandel unabhängig zu machen. Mehrere Projekte wurden durch die Vermittlung der Gesellschaft für bedrohte Völker von deutschen Hilfsorganisationen unterstützt.

Wir uns jetzt der CRIC mitteilt, ist das Gebäude der Kooperative in Popayán fast völlig zerstört. Für die noch stehenden Teile besteht Einsturzgefahr. In dem Haus war neben der Kooperative auch das Büro der Organisation CRIC untergebracht, Schulräume für die zweisprachige Ausbildung und die Kommunikations- und Rechtsberatungsstelle der Indianer. Viele von Indianern bewohnte Dörfer wurden zu 80% zerstört. Da, wie schon in anderen Katastrophenfällen, nach Korrespondentenberichten Hilfsgüter von skrupellosen Spekulanten zu Höchstpreisen gehandelt wurden und bei den armen teilweise am stärksten betroffenen Bevölkerungsschichten, zu denen auch die Indianer gehören, oft überhaupt nicht ankommen, ja Lebensmittel sogar vernichtet wurden, weil man sich über die Verteilung nicht einigen konnte, hat der CRIC zusammen mit der Bauernorganisation FANAL und mehreren Stadtteilgruppen ein sogenanntes "KOMITEE FÜR DAS RECHT AUF LEBEN UND FÜR DEN WIEDERAUFBAU" gegründet. Diese Organisation hat eine genaue Übersicht über den entstandenen Schaden in den Dörfern und Armenvierteln erstellt und setzt sich bei den zuständigen Behörden für die gerechte Verteilung der Hilfsgüter und der finanziellen Unterstützung ein, Bemühungen, die leider bisher noch nicht sehr erfolgreich waren. Deshalb bittet das Komitee dringend um direkte finanzielle Unterstützung zur Beschaffung von Baumaterial, damit man in Gemeinschaftsarbeit so schnell wie möglich den Wiederaufbau realisieren kann.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker möchte dieses Komitee gern unterstützen und bittet um Mithilfe durch Überweisung einer Spende, Stichwort "Erdbeben Popayán" auf das humanitäre Konto Nr. 7400-201 beim Postcheckamt Hamburg. Alle eingehenden Spenden werden auf erprobtem sicherem Weg an CRIC weitergeleitet und dort nach Dringlichkeit verteilt. Wir versichern aus den Erfahrungen unserer langjährigen Zusammenarbeit mit dem CRIC, daß jede überwiesene Mark sich direkt in Bausteine verwandelt.

Es ist an der Zeit!

Aufruf der Dritte-Welt-Gruppen zu den Herbstaktionen 1983

Wir alle, die wir uns für ein friedliches Zusammenleben einsetzen, sehen in der atomaren Aufrüstung in West und Ost eine massive Bedrohung. Wir stehen im Herbst vor einer entscheidenden Probe unserer Kraft, unseres Mutes, unserer Phantasie und politischen Durchsetzungsvermögens. Das letzte Wort, ob wir die Stationierung der neuen Waffen noch verhindern, ist noch nicht gesprochen.

Auch wir als Dritte-Welt-Gruppen verstehen uns als Bestandteil der Friedensbewegung und sehen die besondere Gefährlichkeit der Atomraketen. Durch ihre Fähigkeit militärisch und politische Ziele auf den Punkt genau zu treffen und mit extrem kurzer Flugzeit das Vorwarn- und Abwehrsystem des Warschauer Paktes zu umgehen, eignen sie sich zu einem atomaren Angriffskrieg. Wir halten es für notwendig, daß immer mehr Menschen ihren Protest gegen diese Waffen z.B. in Demonstrationen deutlich machen. Eine immer größere Zahl ist bereit, radikaleren Widerstand zu leisten - dies ist vielfach mit Angst verbunden, mit der wir umzugehen wir lernen müssen.

Aktiver Widerstand ist angesichts des kalkulierten "begrenzten Atomschlages" gerecht und notwendig, denn nicht von uns geht die Gewalt aus: Gewalt wird bei uns täglich sichtbar in Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Vergewaltigung und Unterdrückung von Frauen, Diskriminierung von Ausländern etc. Auch Pershing II und Cruise Missiles sind nur das Kernstück der Gesamtstrategie der NATO:

Neue Interkontinentalraketen, schnelle Eingreiftruppe, konventionelle Aufrüstung, militärische Programme im Weltraum, Interventionen und Kriege in der Dritten Welt sowie Unterstützung unterdrückerischer Regimes runden diese Gewaltstrategie ab.

Die Aufrechterhaltung des politischen und wirtschaftlichen Systems, das durch die NATO abgesichert wird, gründet sich zu einem wesentlichen Teil auf die Ausplünderung der Dritten Welt:

- Multinationale Konzerne und internationale Finanzinstitutionen beherrschen den Weltmarkt, der geprägt ist durch sinkende Preise für agrarische und mineralische Rohstoffe, an denen in der Dritten Welt Raubbau betrieben wird (Regenwaldabholzung, Erzabbau, Monokulturen für den Export von z.B. Baumwolle und Futtermitteln aus Hungergebieten), durch überhöhte Preise für Industrieprodukte und durch Ausbeutung "billiger" und entrechteter Arbeitskräfte (Auslagerung ganzer Produktionszweige in sog. Billiglohnländer).

Um den Lebensnerv dieses Systems zu sichern,

- wird auch Völkermord gedeckt, wie z.B. in El Salvador, Guatemala und Palästina,
- wird Militarisierung und Aufrüstung autoritärer und rassistischer Staaten wie Indonesien, Südafrika und Chile betrieben, die regionale Ordnungsaufgaben wahrnehmen sollen,
- werden Bemühungen um die Entwicklung einer menschlichen Gesellschaft, wie aktuell in Nicaragua, unterdrückt.

Aber es existiert Widerstand auf allen Ebenen. Die Menschen in der Dritten Welt sind sich ihrer selbst bewußt. Sie wehren sich auf internationalen Konferenzen, in Basisgemeinden und Befreiungsbewegungen. Wenn wir, die Friedensbewegung, uns mit diesem Widerstand verbinden, bedeutet dies zugleich auch wesentlich Kampf gegen Pershing II und Cruise Missiles, denn: Die neuen Waffen dienen nicht unserem Schutz (die NATO-Strategie hat momentan keine Alternative als die Zerstörung Mitteleuropas), sondern soll die UdSSR in Schach halten, um z.B. in der Dritten Welt freiere Hand zu haben. Die US-Raketen, die im sizilianischen Comiso stationiert werden sollen, richten sich sogar direkt gegen die Ölfelder im Nahen Osten.

Der NATO-Zuständigkeitsbereich wird ständig ausgeweitet. Die Bündnispartner werden von den USA einerseits stärker in die Verantwortung genommen, andererseits drängen sie stärker darauf eigenständige Aufgaben zu übernehmen. So bietet die BRD den USA z.B. für die Schnelle Eingreiftruppe zivile Flughäfen an. Über die Startbahn West in Frankfurt würde die Schnelle Eingreiftruppe der USA zum Krieg gegen die Völker des Nahen Osten geflogen. Sie stellt 100.000 Mann der Bundeswehr für logistische Aufgaben zur Verfügung. Der NATO-Partner Türkei wird hauptsächlich von der BRD hochgepäpelt.

Die drohende Stationierung der NATO-Mittelstreckenraketen in Westeuropa ist für uns aktueller Anlaß, um gegen die NATO-Globalstrategie zu protestieren. Wir sehen dabei nicht darüber hinweg, daß in vielen Regionen der Welt längst Krieg herrscht, und das Selbstbestimmungsrecht vieler Völker längst verletzt ist.

Als Dritte-Welt-Gruppen treten wir hiergegen überall ein. Deshalb fordern wir die großen Militärmächte, insbesondere die USA und die Sowjetunion, auf, jede militärische Intervention in der sog. Dritten Welt zu unterlassen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu respektieren.

Wir müssen unseren Widerstand universal verstehen.

Die militärische Gewalt korrespondiert mit der sozialen Gewalt, die den Menschen bei uns und in der Dritten Welt ein würdiges Leben vorenthält.

Wir rufen deshalb dazu auf:

- Beteiligt Euch massenhaft mit dezentralen, regionalen Aktionen, die aktiven Be- bzw. Verhinderungscharakter tragen, an der geplanten Aktionswoche vom 15.-22. Oktober '83.
- Beteiligt Euch gegen Rüstungsexport!
- Beteiligt Euch an den Auftaktkundgebungen!
- Beteiligt Euch am Tag des Antimilitarismus und der Internationalen Solidarität am 18. Oktober!
- Beteiligt Euch an einer Blockade des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 21. Oktober!
- Beteiligt Euch an den Volksversammlungen am 22. Oktober!
- Beteiligt Euch insbesondere an Standortaktionen mit direktem Bezug zur Dritten Welt, wie z.B. den Auftaktaktionen am 15. Oktober in Bremerhaven!



DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

— Pressedienst —

5300 Bonn 09. Juni 1983
Bundeshaus

GRÜNE GEGEN ENTWICKLUNGSHILFE AN EL SALVADOR

In der Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 8. Juni 1983 kündigte Bundesminister Warnke an, er wolle sich bei der Rahmenplanung für den Haushalt 1984 für die Wiederaufnahme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit El Salvador einsetzen.

Für die GRÜNEN IM BUNDESTAG kommt diese Mitteilung nicht unerwartet, da die neue christdemokratische Außenpolitik sich gerade auch in der Haltung zu Mittelamerika niederschlägt. Die GRÜNEN IM BUNDESTAG verurteilen diesen Schritt mit aller Schärfe, da er die politische Aufwertung eines Terrorregimes bedeutet.

Die im Ausschuß diskutierten entwicklungspolitischen Richtlinien der Bundesregierung - wie z.B. im 5. Entwicklungspolitischen Bericht enthalten - lehnen die GRÜNEN IM BUNDESTAG ab, da diese im Kern lediglich ein Export- und Investitionsprogramm für die hiesige Wirtschaft darstellen, und eben keinen Maßnahmenkatalog für die Lösung von Unterentwicklung und Verschuldung der Dritten Welt. Aber das ist wohl auch von der Bundesregierung nicht beabsichtigt.

Im Zusammenhang mit dem praktischen Zwang der 3.-Welt-Länder zu politischem Wohlverhalten ist die konservative Entwicklungshilfepolitik nichts anderes als ein Instrument der Durchsetzung wirtschaftlicher und "sicherheitspolitischer" Ziele der Bundesrepublik Deutschland, die für die Unterentwicklung in den Ländern der Dritten Welt verantwortlich ist.

Gaby Gottwald
Walter Schwenninger

Offener Brief

an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika

Herr Präsident,

Am 30.4.1983 wurde der Arzt und Entwicklungshelfer Albrecht Tonio Pflaum zusammen mit 13 Nicaraguensern auf dem Weg von Wiwili nach Jinotega erschossen. Die Täter, Terrorbanden des gestürzten Diktators Somoza, setzten damit ihre Serie von hinterhältigen Morden fort, mit der sie Angst und Schrecken verbreiten wollen.

Wir, die Eltern, die Ehefrau und die Geschwister, sind tief erschüttert und bestürzt über dieses Verbrechen. Unser Schmerz und unsere unsagbare Trauer über diesen für uns unbegreiflichen Verlust werden uns aber nicht in Nieder geschlagenheit und Resignation verharren und schweigen lassen.

Zu lebendig und zu eindringlich sind für uns der bewundernswerte Mut und die feste Entschlossenheit, mit denen Albrecht T. Pflaum sich als Arzt und als Mensch für Nicaragua und insbesondere für die Bevölkerung der Region Wiwili engagierte. Zu lebendig sind auch die Erinnerungen an einen fröhlichen, lebensbejahenden Menschen mit warmer Ausstrahlung, dessen Politikverständnis stets etwas mit konkretem, verantwortungsbewußtem Handeln und praktizierter Menschlichkeit zu tun hatte.

Vor fast 3 Jahren ging Albrecht T. Pflaum im Auftrag des Deutschen Entwicklungsdienstes als Arzt nach Nicaragua, um am Aufbau des Gesundheitswesens mitzuarbeiten. Tagtäglich wurde er mit den verheerenden Folgen der 40-jährigen Somozadiktatur konfrontiert. Unter extrem schwierigen Arbeits- und Lebensbedingungen beteiligte er sich in Wiwili am Aufbau einer umfangreichen medizinischen Basisversorgung, durch die die dort lebenden Menschen zum ersten Mal in der Geschichte des Landes mit einem Arzt, mit medizinischer Betreuung und Vorsorgemaßnahmen in Berührung kamen.

Herr Präsident, aus unserer persönlichen Trauer und aus unserem Schmerz erwächst aber auch gleichzeitig ein tiefes Mitgefühl für die Hinterbliebenen all der Opfer antisandinistischer Terrorakte, die die Destabilisierung Nicaraguas zum Ziele haben. Dieses Mitgefühl verpflichtet uns, Anklage zu erheben gegen die menschenverachtende Politik der US-Regierung, welche die somozistischen Banden moralisch, finanziell und militärisch unterstützt. Es ist nicht das erste Mal in diesem Jahrhundert, daß eine US-Regierung in Nicaragua interveniert, um die unübersehbaren und lebensverbessernden Erfolge einer eigenen, selbstbestimmten Entwicklung zunichte zu machen.

Herr Präsident, woher nimmt Ihre Regierung die Legitimation für diese Politik, und wie können Sie selbst diese vor Gott und den Menschen verantworten?

Wir möchten an Sie, Herr Präsident, appellieren, die jahrzehntelange Politik der Einmischung in Mittelamerika aufzugeben und sie durch eine neue, den tatsächlichen Gesellschaftsproblemen in dieser Region aber umso aufgeschlosseneren Politik zu ersetzen.

Wir hoffen, daß die Arbeit und der für uns so furchtbare Tod von Albrecht Tonio Pflaum nicht umsonst waren, sondern aufrütteln und sensibilisieren für politische Prozesse und Schrecken und Terror beenden helfen, damit Nicaragua - sowie die gesamte Region - Recht und Möglichkeit erhalten, ihre Entwicklung selbst zu bestimmen.

Maria Lilia Rigat-Pflaum, Emma und Karl Pflaum, Fides Pflaum-Wölfle,
Monika Pflaum-Lumeau, Ulrich Pflaum, Christoph Pflaum

SPD - Unterbezirk Düsseldorf

Solidarität mit Nicaragua

Schluss mit der Interventionspolitik der US - Regierung

Ca. 100 Interessenten/innen besuchten die Veranstaltung des Arbeitskreises Internationale Politik der Düsseldorfer SPD und der ZAG (Zentrale Arbeitsgemeinschaft Düsseldorfer Jungsozialisten) am 3.6.1983 zur Lage in Nicaragua. Der Leiter des Hammer-Vorlages, Wuppertal, Herrmann Schulz, berichtete über die Entwicklung und die Ziele der sozialistischen Revolution in Nicaragua, die die Ausbeutung des Landes und der Bevölkerung durch den Familienclan der Somozas beendet hat, den Aufbau freier Gewerkschaften ermöglichte, die inneren Freiheiten der Bevölkerung ermöglichte und die nationale Unabhängigkeit und Blockfreiheit anstrebt. Diese Entwicklung sei jedoch nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung aus Westeuropa und die wiederauflebenden Freiheitsbewegungen in anderen Ländern Lateinamerikas. Die Errungenschaften dieser Revolution seien heute gefährdet durch die Interventionsversuche der US-Regierung und ihrer Unterstützung der konterrevolutionären Söldnertruppen aus ehemaligen Somozisten, die von Honduras und Costa Rica aus operieren. Die US-Regierung verfolge vor allem das Ziel, die Anziehungskraft der Revolution auf andere Länder in Mittel- und Lateinamerika zu zerstören. Dafür sei nicht unbedingt ein offener Krieg notwendig. Das könne auch geschehen, indem Nicaragua gezwungen werde, sich gegen die Erhöhung des militärischen Drucks an Moskau und Kuba anzulehnen. Dagegen gibt es eine Chance: Die Ausweitung der Solidarität durch die Regierungen und die Völker Westeuropas, um die Unabhängigkeit Nicaraguas zu gewähren!

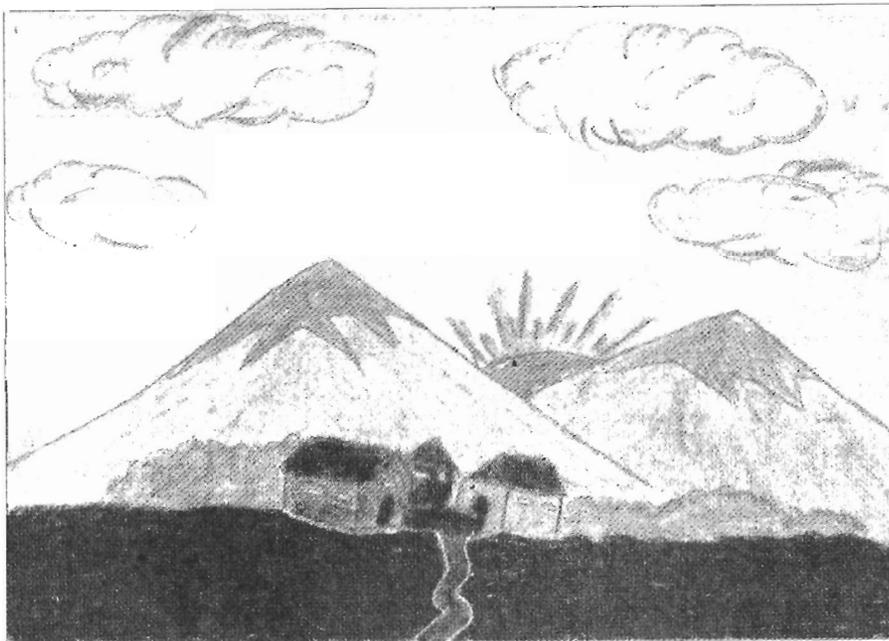
Gisela Niclas von der Abteilung Jugend beim Vorstand der IG Metall berichtete über ihre Erfahrungen mit der Solidaritätsarbeit in den Gewerkschaften für Nicaragua.

Michael Röder vom Arbeitskreis Lateinamerika der Thomaskirche Düsseldorf hob hervor, daß sich die CSU/FDP/CDU-Regierung aktiv an der Interventionspolitik der USA in Nicaragua beteilige, indem sie die US-Regierung zu deren Plänen gegen Nicaragua unterstützt. Er stellte zwei Initiativen dagegen vor: Dabei handelt es sich um einen Brief an die BRD-Regierung, der durch eine Delegation übergeben werden soll, zum anderen um ein konkretes Projekt für Nicaragua aus Düsseldorf.

Michael Müller, Düsseldorfer SPD-MdB und Verfasser eines von 25 Abgeordneten des Bundestages der SPD unterzeichneten Briefes an Ronald Reagan forderte heute angesichts der Situation in Mittelamerika eine klare Entscheidung. In diesem Konflikt geht es um die Zukunft ganz Mittelamerikas. Indem dort der Ost-West-Konflikt hochgezogen werde, seien auch die Länder Westeuropas betroffen. Mit ihrem Rückgriff auf die "Vorgarten-Theorie" bekunde die US-Regierung ihre Bereitschaft zu einem zweiten Vietnam. Die Solidarität sei daher unerlässlich, nicht nur mit Nicaragua, sondern auch in der Verbindung mit Chile, wo sich das Blatt zu wenden beginnt. Er forderte die Verstärkung der Diskussion über Nicaragua in den sozialistischen Parteien in Europa.

Als Ergebnis der Beiträge des Podiums und der anschließenden Diskussion wurden verschiedene Vorschläge für die Solidarität mit Nicaragua festgehalten:

- Ein Protestbrief an das ZDF wegen verfälschter Berichterstattung über Nicaragua im Abendprogramm am 1.6.1983 "Kaffee, Chaos, Klassenkampf"
- die Unterstützung des Briefes der SPD-Abgeordneten durch die Versammlung und die einzelnen Teilnehmer/innen
- die Unterstützung der Brief-Kampagne an die BRD-Regierung mit den Forderungen: Freigabe aller gesperrten Mittel für Nicaragua, Rückzug des Botschafters aus El Salvador
- die Forderung nach Freigabe des von der Stadt Bremen an Nicaragua gespendeten Schiffes, welches durch die Truppen Eden Pastoras gekapert wurde
- die Erhöhung des Zucker-Importes durch die EG
- die Durchführung eines konkreten Projektes für Nicaragua in Düsseldorf, in dessen Verlauf die Stadt Düsseldorf mit der Forderung konfrontiert wird, Hilfsgüter für Nicaragua zu stiften
- alle Düsseldorfer MdB's aufzufordern, den Brief der 25 SPD-MdBs zu unterstützen
- bestehende Projekte, wie die Werkstatt "Julius Leber", eine Initiative von Günther Grass, zu unterstützen durch Spenden
- die Veranstaltung zur Solidarität mit Chile und Nicaragua, zu der der Landesverband NRW der SPD und die Jungsozialisten für den 10.9.1983 aufrufen, zu unterstützen.



Vulkane gibt es in Nicaragua viele. Hier hat sie ein Kind mit Wachsmalkreide aufgemalt.

MEDIEN DES WIDERSTANDS

Teilnehmer eines Seminars des CHILE-KOMITEE MÜNCHEN zu diesem Thema haben uns den folgenden Bericht geschickt.

Welches Manipulationsinstrument die Massenkommunikationsmittel in den Händen faschistischer Regime darstellen, zeigt sich in allen Ländern Lateinamerikas deutlich. Nicht nur, daß die Politik der Regierungen "ins rechte Licht" gerückt wird, sondern auch, daß die ständige Ausstrahlung US-amerikanischer Sendungen die Landeskulturen zerstört und das "richtige" Bewußtsein schafft. Was die Widerstandsbewegungen den offiziellen Medien entgegenzusetzen versuchen, war Thema eines Seminars des Chile-Komitees München, das sich mit den Projekten "RADIO LIBERACION CHILE" und "RADIO FARABUNDO MARTI, El Salvador" auseinandersetzte.

Spendenkonto
"Radio Liberacion Chile"
SO. Lissner
25792-603
PSchAmt Frankfurt/M

Spendenkonto
"Radio Farabundo Marti"
Joachim Hyner
446766-302
PSchAmt Hannover

Die Sendungen des chilenischen Widerstands befinden sich - entsprechend der Phase des Kampfes - im Aufbaustadium. Das bedeutet, daß mit mobilen Sendestationen, die nur eine geringe Reichweite haben, die offiziellen Fernsehprogramme kurzzeitig interferiert werden. Die Zahl der Sendungen ist seit Beginn der massiven, öffentlichen Proteste wesentlich angestiegen. Doch ist "RADIO LIBERACION" bislang noch nicht in der Lage aktuelle Informationen weiterzugeben. Die Sendungen müssen von langer Hand vorbereitet werden, so daß sie eher als Unterstützung politischer Bildungsarbeit, denn als Kommunikationsmittel zu sehen sind.

Anders ist die Situation in El Salvador, wo "RADIO FARABUNDO MARTI" über eine feste Sendestation größeren Ausmaßes verfügt. Hier wird die Bevölkerung täglich mit einem sechsstündigen Programm auf einer eigenen Frequenz über die aktuelle Lage des Kampfes auf dem laufenden gehalten. "RADIO FARABUNDO MARTI" strahlt beispielsweise auch Interviews mit Arbeitern oder Musik aus El Salvador aus - entsprechend ihrer Zielsetzung als alternatives Medium.

Beide Projekte benötigen jedoch dringende finanzielle Unterstützung, um ihre Arbeit fortführen und ausbauen zu können.

Die wichtige Funktion und Bedeutung dieser Widerstandsarbeit soll bei derartigen Medienseminaren vermittelt werden. In München wird voraussichtlich im Oktober ein weiteres stattfinden.

REZENSIONEN

Schwarzbuch Hamburg-Dritte Welt

Hrsg.: Arbeitsgruppe "Hamburg - Dritte Welt", Mai 1983, 148 S.
Susanne Schmidt, Turner Str. 7, 2000 Hamburg 6

Diese Dritte-Welt Broschüre ist außerordentlich gut gelungen. Das gilt sowohl für die Auswahl der Themenkomplexe und die Aufbereitung des Materials, als auch für die verständliche Sprache und die auflockernde graphische Gestaltung. Hier haben sich Leute aus der Solidaritätsbewegung die Mühe gemacht, durch Tabellen, Handelsregister und Geschäftsberichte etc. durchzusteiern und haben es geschafft, dieses Material so aufzuarbeiten, daß es sich wie ein Krimi liest. Verbalradikalismus ist nicht nötig - die Fakten sprechen für sich.

aus dem Inhalt:

Ölsaaten und Futtermittel
- Hamburgs Beitrag zum Hunger
in der Dritten Welt

Kaffee in Hamburg
- der unaufhaltsame Aufstieg
des Hamburger Kaffeekönigs

Früchte des Kolonialismus

Kupfer

Giftküche Hamburg
- Pestizide für die Dritte Welt

Aufrüstung der Dritten Welt

Gefängnisbauteile für Uruguay

Hermes

Frauen auf Abzahlung

Billigflaggen
- Ausbeutung in der Seefahrt

Container
- Arbeitsplatzvernichtung
weltweit

Welt, wird voll eingelöst.

Worum geht es nun genau?

Anhand von drei Schwerpunkten werden die Beziehungen zwischen Hamburg und der Dritten Welt aufgezeigt:

1. Importe aus der Dritten Welt
2. Exporte in diese Länder
3. Ausbeutung von Menschen aus der Dritten Welt in Hamburg.

Wichtige Gesichtspunkte für die Schwerpunktsetzung waren u.a.

- welche Produkte sind für die exportorientierten Länder der Dritten Welt
- und welche Dritte Welt-Importgüter sind für Hamburg wichtig
- welche Dritte Welt-Produkte gehören hier zum alltäglichen Bedarf von Privatleuten
- welches sind die wichtigsten Exportgüter der Bundesrepublik, die Abhängigkeit und Ausbeutung aufrecht erhalten.

Um nicht am Punkt der Anklage stehenzubleiben, wird im Schlußteil der Broschüre eine Sammlung von Aktionsvorschlägen, Anregungen und bereits gelaufenen Aktionen zusammengetragen.

Der hohe Anspruch der Autorengruppe, eine Verbindung herzustellen zwischen 270.000 Arbeitsplätzen, die in Hamburg direkt und indirekt vom Außenhandel abhängen, Export von Kriegsschiffen, immensen Mengen von Kaffee und Süßfrüchten, die im Freihafen lagern, Pestiziden, die hier produziert und exportiert werden einerseits, und Abhängigkeit und Massenmord in den Ländern der Dritten Welt, wird voll eingelöst.

Die Fülle von haarsträubenden Detailinformationen über die Geschäfte deutscher Konzerne mit den Ländern der Dritten Welt ist eingebettet in geschichtliche politische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge. So erfährt man z.B. etwas über die traditionellen Bindungen der deutschen Kaffeekaufleute zu Mittelamerika, die schon 1899 zur Entsendung des deutschen Kriegsschiffes "Geier" vor die guatemalteckische Küste führten, um die Rückzahlung hanseatischer Kredite zu erzwingen.

Informativ ist die Aufschlüsselung von Preiszusammensetzungen, z.B. pro Kilo Kaffee: Steuern, Gewinn des Händlers, Gewinn des Rösters, Verpackung, Dünger etc. Dabei ist beeindruckend, daß der Kaffeemarkt der BRD, der 8 Mrd DM Umsatz wert ist, dem Staat 1980 allein an Steuern 1,477 Mrd einbrachte, wohingegen der Kaffeexport Brasiliens, der mehr als doppelt so hoch ist wie der gesamte Kaffeimport der BRD, dem Land im selben Jahr nur vergleichsweise rund 4 Mrd DM einbrachte.

Einletzter Satz zum Thema Kaffee - ich weiß jetzt endlich, woher der Name EDUSCHO kommt: und zwar gab es schon vor dem 2. Weltkrieg eine Firma mit dem Namen "Eduard Schopf -Kaffee, Tee, Kakao Import".

Desweiteren fand ich es besonders erfreulich, daß ein Thema wie die Hermesbürgschaft behandelt wird. Meistens wird vorausgesetzt, daß der Leser weiß, was das ist. Hier wird nicht nur ein Fachausdruck erklärt, sondern durch Beispiele das traurige Ausmaß dieses Exportversicherungsgeschäftes deutlich gemacht.

"Eine Kindheit habe ich eigentlich gar nicht gehabt ..."

In der Literatur über Mexico tauchen immer wieder Verweise auf ein Standardwerk eines US-amerikanischen Anthropologen auf, ohne daß dieses berühmte Buch je seinen Weg in einen deutschen Verlag gefunden hatte. Nun hat es der kleine LAMUV-VERLAG mal wieder geschafft, dem deutschsprachigen Publikum ein wichtiges Buch zugänglich zu machen; noch dazu zu einem erschwinglichen Preis von weniger als fünfzehn Mark:

Oscar Lewis

DIE KINDER VON SANCHEZ

Lamuv-Verlag, 363 Seiten

Niemand sollte sich von der Tatsache abschrecken lassen, daß das Buch bereits 1961 zum ersten Mal erschienen ist und als Standardwerk gilt. Es ist alles andere als eine trockene Analyse unter dem Staub der Jahre, sondern die überaus spannende Geschichte einer mexikanischen Familie aus den Armenvierteln von Mexico-Stadt.

Jahrelang hat Lewis mit den Mitgliedern dieser Familie Sanchez gesprochen, in Einzel- und Gruppengesprächen. Dabei hat er die Freundschaft und das Vertrauen der Menschen gewonnen - das merkt man dem Buch an. Der eigentliche Autor ist nicht der US-amerikanische Anthropologe, die Erzähler sind die Mitglieder der Familie Sanchez: der Vater Jesús, die Kinder Consuelo, Marta, Manuel und Roberto.

Das Buch ist in drei chronologische Abschnitte untergliedert, in denen jeweils die verschiedenen Familienmitglieder einen Lebensabschnitt aus ihrer Sicht erzählen. So entsteht das Panorama einer Familiengeschichte.

Da wird über die Kindheit berichtet, die Eifersucht zwischen den Kindern, die Probleme mit den verschiedenen Frauen von Sanchez, die Lebensweise im Armenviertel, die ersten Erfahrungen mit Sexualität, Heirat, Geburt und Tod. Erzählt wird auch die Geschichte des Zerfalls der Familie unter den Bedingungen des elenden Lebens. Consuelo erzählt von ihrem Kampf um ein Stück Selbstbestimmung und eine Ausbildung, Marta von ihrer entsetzlichen Ehe.

Was man/frau schon in soziologischen, ökonomischen Studien über Marginalität und Familienstruktur gelesen hat, wird hier am Beispiel einer Familie konkret nachvollziehbar.

Dabei reflektieren die Erzähler auch darüber, wie sie wurden was sie sind, wie z.B. Manuel, der älteste Sohn:

"Die ersten Narben erwerben wir ja im Kampf um das Dasein schon früh, verstehen Sie? Dann bildet sich Schorf, und der verschwindet nicht, wie bei anderen Wunden; er bleibt auf unserer Seele. Mit der Zeit gibt es immer neue Schläge und immer neuen Schorf, bis daraus eine Art Panzer wird, der uns gegen alles gleichgültig macht."

Das Buch endet mit dem Wunsch von Vater Jesús Sanchez:

"Ich bitte Gott, daß er mir die Kraft gibt, weiterzumachen und daß er mich nicht zu bald sterben läßt, damit ich dieses kleine Haus noch fertigbringe. Da kann sie wenigstens niemand hinauswerfen. Ich werde einen Zaun darum machen, damit keiner sie stört. Dann haben sie einen Schutz, wenn ich eines Tages hin falle und nicht wieder aufstehe."

LESERBRIEFE

Liebe Freunde und Genossen,

erlaubt mir einige persönliche Anmerkungen zu Eurem Offenen Brief an die FDR/FMLN.

So sehr ich viele der von Euch gestellten Fragen teile, so wenig kann ich die von Euch implizit vorgenommene Bewertung des Falles Montenegro nachvollziehen. Trotz der Betroffenheit, die die Wandlung von Montenegro auslöst, sollte doch eine nüchterne Bewertung möglich sein.

Montenegro arbeitet heute für die andere Seite. Wie diese Wandlung zustande gekommen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Folgende Faktoren könnten eine Rolle gespielt haben: Physische und / oder psychologische Folter, Angst, Schwäche - die Aussicht auf ein gefahrloses Leben nach Jahren der täglichen Anspannung -, Konflikte Montenegros mit seinen Genossen, die von den Befragern geschickt ausgenutzt wurden. Wahrscheinlich kamen alle diese Faktoren zusammen.

Sicher scheint, daß Montenegro militärische Geheimnisse preisgegeben hat, was einer Reihe seiner ehemaligen Genossen das Leben gekostet hat. Sicher ist, daß die Genossen, die zusammen mit Montenegro verhaftet worden sind, nach wie vor verschwunden sind, und daß ein Austausch all dieser Gefangenen gegen den von der Guerilla festgehaltenen Oberst Castillo, was politisch ein mittlerer Durchbruch gewesen wäre, nicht zustande gekommen ist. Bekannt ist auch, daß Montenegro hier in der Bundesrepublik auf Vermittlung der Arbeitsgemeinschaft "Freiheit und Demokratie" gezielt mit einflussreichen Persönlichkeiten zusammengebracht wird, die sich trotz ihres bürgerlichen Hintergrunds für die Beteiligung der FDR/FMLN an einer politischen Verhandlungslösung einsetzen. Montenegro soll sie offensichtlich von den "bösen" Absichten der Guerilla überzeugen, um so direkt oder indirekt das Verständnis für die Eskalationsstrategie der US-Administration zu fördern.

Montenegro ist aus mehreren Gründen unglaubwürdig:

- So sind die Darstellungen von Überläufern grundsätzlich in Zweifel zu ziehen. Falls wirklich organisationsinterne Konflikte mit ausschlaggebend für den Frontwechsel waren, ist davon auszugehen, daß Überläufer die Rolle ihrer eigenen Person bei diesen Konflikten stark positiv eingefärbt darstellen und umdeuten, wie es den neuen Auftraggebern ins Konzept paßt. So ist leicht vorstellbar, daß Konflikte, die ihre Ursache z.B. in persönlichem Ehrgeiz haben, natürlich als Kampf eines "Freiheitshelden" gegen eine diktatorische Führung umgedeutet werden. Bei Montenegro ist zusätzlich davon auszugehen, daß sein "Rechtfertigungsbedarf" umso größer ist, als er sich eben nicht einfach abgesetzt, sondern auch das Leben von ehemaligen Genossen aufs Spiel gesetzt bzw. geopfert hat.

Vor diesem Hintergrund ist es auch nicht verwunderlich, daß die seriöse bürgerliche Presse - El País, International Herald Tribune, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau - den Ausführungen von Montenegro keinerlei Beachtung geschenkt hat. Die FAZ ist da eine unrühmliche Ausnahme.

- Montenegro ist auch deshalb unglaubwürdig, weil er zwar vorgibt, für den Frieden einzutreten, in seinem konkreten Handeln aber die Verlängerung und Verschärfung des Krieges begünstigt. (Siehe Ge-

sprache, die er hat.) Da Montenegro ein politisch geschulter Mann ist, wird er sich über die Konsequenzen dessen, was er tut, im klaren sein.

- Nicht zuletzt erweist sich die Unglaubwürdigkeit Montenegros an einigen kleinen aber bezeichnenden Details seiner Ausführungen. So befinden sich die Nr. 2 und die Nr. 3 der Führungsspitze des ERP eben nicht im Ausland, wie es Montenegro behauptet, sondern seit Beginn des Krieges fast ununterbrochen im Land. Die Nr. 1, Comandante Villalobos, ist nach einem längeren Auslandsaufenthalt seit über einem halben Jahr wieder im Land.

Die Behauptung Montenegros, daß die führenden Comandantes ihre Familien ins Ausland geschafft hätten, ist regelrecht makaber. So wurden erst vor einigen Monaten die Eltern von Villalobos, die in San Salvador lebten, von den Todesschwadronen grausam umgebracht.

In seinen Bemühungen, die Führung der Guerilla nicht nur politisch, sondern auch persönlich zu diskreditieren gleicht Montenegro übrigens Eden Pastora. Propagandistisch spekulieren beide - und wohl nicht zu unrecht - darauf, daß gerade von diesen Anwürfen schon etwas hängen bleibt.

Weil wirklich kein Anlaß besteht, die Äußerungen von Montenegro auch nur in Teilen ernst zu nehmen (um zu einer solchen Aussage zu kommen muß man kein Linker sein), verstehe ich nicht, was Ihr vom ERP wollt. Soll das ERP ein Psychogramm Montenegros liefern? Soll das ERP minutiös aufführen, wann und in welchen Punkten einzelne Genossen mit Montenegro Meinungsverschiedenheiten hatten?

Überläufer, auch prominente, wird es immer geben. Diejenigen von uns, die schon etwas länger politisch in der BRD arbeiten, kennen alle ehemalige Genossen, die heute für die Gegenseite arbeiten.

Hier in Münster gab es z.B., um nur einen Fall zu nennen, einen qualifizierten Genossen und Freund, mit dem man im übrigen Pferde stehen konnte, der heute als Vorsitzender des Verbandes Junger Unternehmer im Münsterland ungläubliche Sachen in Tageszeitungen schreibt. Dieser "Fall" ist für alle, die ihn gekannt haben, bis heute unverstänlich und unerklärlich. Viele bekannte Vertreter der Studentenbewegung haben sich nicht nur arrangiert, sondern handeln heute bewußt auf der anderen Seite der Barrikade. Warum soll es so etwas in El Salvador nicht geben, vor allem wenn man den enormen Druck in Rechnung stellt, dem Verhaftete ausgesetzt sind.

Da wir es hier in der Bundesrepublik und in El Salvador mit sozialen Prozessen und vor allem mit Menschen zu tun haben und nicht mit Theaterpuppen, die für immer auf "gute" oder "böse" Rollen festgelegt sind, werden uns solche Wandlungen zwangsläufig oft unverstänlich bleiben.

Wenn wir als Solidaritätsbewegung ein berechtigtes Interesse daran haben, zu erfahren, wie es z.B. bei den einzelnen revolutionären Organisationen um die innerparteiliche Demokratie bestellt ist, wie hoch Lernfähigkeit und Sensibilität gegenüber den Massen bei ihnen ausgeprägt sind, oder inwieweit sie eine Bündnispolitik verfolgen, die auf einer Anerkennung der Unterschiedlichkeit des Bündnispartners basiert und ihn nicht nur als taktisches Instrument sieht, dann gibt es eine Reihe von Möglichkeiten unser Wissen in Bezug auf diese Fragen Schritt für Schritt zu erweitern. Das Aufhängen einer solchen notwendigen Diskussion am Fall eines Überläufers versperrt aber meiner Meinung nach geradezu den Weg zu fruchtbaren Diskussionen über solche Fragen. (Roger)

Liebe LN,

Ich möchte hier einiges zur Frage der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen, speziell der FMLN, sagen. Der Tod von Marcial und Ana Maria war ein schwerer Schlag für die Guerilla. Ihr deswegen die Unterstützung zu entziehen, das wäre, wie wenn man einen Freund im Stich läßt, der gerade etwas Schweres durchgemacht hat. Viele haben noch nicht begriffen, daß Revolution kein Spaß und kein Spiel ist, bei dem hochmoralische Regeln eingehalten werden. An alle die Kritiker und Theoretiker möchte ich sagen: Kämpft mal, und zwar als Einsatz Eurer Leben, oder steht einmal wirklich konsequent auf Seiten der Unterdrückten. Dann wird es Schläge hageln, daß Ihr nicht mehr wißt, woher sie kommen. Zurückschlagen oder zugrunde gehen. Natürlich möglichst überlegt, w i s s e n d zurückschlagen, aber Ihr werdet oft unmoralische Schläge aussteilen, die die intellektuellen Linken bzw. Theoretiker verurteilt werden. Aber wenn's ums Überleben geht, muß man manchmal schneller schlagen als man Denken kann und manchmal macht man auch Fehler, vielleicht!

Comandante Ana Maria

Comandante Marcial

Wir schwören zu siegen

Das war die Antwort der FMLN, und wenn diese nicht genügt, da weiß ich eigentlich auch nicht viel zu sagen. (Theo)

Kommentar der Tipperin: Ich finde es ganz schön makaber, wie da steht "schneller schlagen, als man Denken kann" - angesichts der grausamen Ermordung der Comandante Ana Maria mit 81 Stichen! Außerdem erscheint es mir als "Kritikerin und Theoretikerin" eine notwendige Voraussetzung wirklicher konsequenter Solidarität zu sein, die Organisationen, die man unterstützt auch zu kritisieren. Schon mal was davon gehört, daß bestimmte Mittel auch den noch so guten Zweck ad absurdum führen? Keiner erwartet, daß unter den Bedingungen in El Salvador die bewaffneten Organisationen sich wie Bilderbuch-Befreier benehmen. Aber jeder kann und muß erwarten, daß eine solche Vorgehensweise wie der Mord an Ana Maria zumindest von der FPL weniger auf die leichte Schulter genommen wird als von Dir, der Du ja wohl auch "nicht unter Einsatz Deines Lebens" kämpfst.



Die ermordete Comandante Ana Maria

Liebe Leute von der LN - Redaktion

ich habe nicht den Anspruch, die Diskussion um "Sendero Luminoso" mit neuen Erkenntnissen zu "erleuchten". Ich möchte mich vielmehr für die Veröffentlichung jener beiden Artikel in LN 113 und 115 bedanken, die meines Erachtens die bislang fundiertesten Informationen über die PCdelp geliefert haben.

Der in der letzten Nummer (116) abgedruckte Diskussionsbeitrag "Der leuchtende Pfad auf Abwegen" ist m.E. dagegen alles andere als eine "fundierte Darstellung aus der anderen linken Optik" wie ihr sie euch wünscht. Wie mir scheint ist er nur eine jener zahlreichen Einschätzungen von Schreibtisch-Marxisten, die sich aus sicherer Entfernung zu den Anwälten von Gewerkschaftern und Campesinos erheben und sich dabei auf Berichte der peruanischen Presse beziehen, deren Wahrheitsgehalt zumindest angezweifelt werden darf. So etwa die Darstellung des "El Diario" über die Ereignisse am 19.5., die als Tatsache übernommen und als Rache für den Tod von drei Senderistas kolportiert wird. Die "Hinrichtung" von 25 Campesinos wird im gleichen Atemzug dem Sendero in die Schuhe geschoben, wenn auch im einschränkenden Nachsatz zugestanden wird, daß es sich dabei auch "um paramilitärische Gruppen gehandelt haben könnte". (An welcher Stelle bezieht sich übrigens der Artikel in LN 115 auf "El Diario"?)

Der Tenor dieses Beitrags ist für mich einmal mehr die sattem bekannte Einschätzung, daß (ideologisch mißliebiger) bewaffneter Widerstand erst die staatlichen Repressionsorgane auf den Plan ruft und als dessen Folge dann "die fortschrittlichen Kräfte brutale Unterdrückung hinnehmen müssen", so als ob es diese Repression vorher nie gegeben hätte. Wer entscheidet eigentlich, wann bewaffneter Kampf erlaubt und in welcher Form er von wem praktiziert werden darf? Die westdeutsche Linke?

Ich zähle mich weder zur einen noch zur anderen "linken Optik". Ich habe mich nur schon recht lange mit der Problematik Lateinamerikas auseinandergesetzt (und in Peru inklusive Ausweisung wegen angeblicher "subversiver Aktivitäten" am eigenen Leib erlebt) und meine deshalb, daß die Genossen vor Ort entscheiden müssen, wann und wie sie den bewaffneten Widerstand für notwendig erachten. Es zeugt meines Erachtens von europäischer Arroganz, unsere Solidarität mit lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen davon abhängig zu machen, ob uns die Linie paßt und ob wir die "revolutionäre Situation" für gegeben halten oder nicht. Vor allem dann, wenn die Informationen, die wir selbst in Peru erhalten, dermaßen einseitig und widersprüchlich sind. Aber mit Urteilen waren wir Deutschen schon immer sehr schnell bei der Hand.

Mit solidarischen Grüßen



Wegwerfolidarität

Die Rezension von PERIPHERIE 10/11 in den LN 115 ist unserer Meinung nach so, wie eine Rezension nicht sein sollte: schlampig gemacht. Die Leser erhalten keinen Überblick über den Inhalt des Heftes. Was uns dann besonders stört ist der Satz, in dem sich die Rezensentin beschwert, daß in dem Heft "Länder" behandelt werden, "die zumindest für die bundesrepublikanische Solidaritätsbewegung keine Rolle mehr spielen". Also Nikaragua- und Zimbabwefreaks, schnell an die Pumpen, solange noch Zeit ist! Schon in der (französischen) "Internationale" steht ja, daß man das Eisen schmieden soll, solange es noch heiß ist. Wir verstehen auch nicht, weshalb behauptet wird, Kuba und Nikaragua würden nicht behandelt. Der Artikel von Frauke Bollow und Susanne Weiss über das Indianerproblem in Nikaragua wird totgeschwiegen (soll ja mit Artikeln von Frauen manchmal passieren), und Kuba wird in dem von der Rezensentin wohl mißverstandenen Beitrag zu sozialistischen Entwicklungsländern ja nun wirklich diskutiert.

Ja, aber wer bestimmt hier eigentlich, was ein heißes Eisen ist? Die "bundesdeutsche Solidaritätsbewegung" ist es, die auf dem Stuhl des Weltenrichters sitzt und entscheidet, was "aktuell", was "gegenwärtig" ist. In Vietnam hat ein ganzes Volk 30 Jahre gegen den französischen und US-Imperialismus gekämpft; und hätte es dies nicht getan, dann säße die Rezensentin heute möglicherweise nicht da und könnte über die bundesrepublikanische Solidaritätsbewegung schreiben. Diese gäbe es dann aller Wahrscheinlichkeit nach in noch erheblich größerem Umfang. Wir können uns doch nicht von unserer eigenen Geschichte so abschneiden; oder wie soll das verstanden werden, daß Vietnam heute für die Solidaritätsbewegung hier keine Rolle mehr spielt?

Aber: Krieg vorbei, boat people, Kampuchea ... peinlich, peinlich, hat wohl nicht ganz geklappt, also Schwamm drüber; die internationale Solidarität braucht weder Satelliten noch Flugzeuge, um eben mal eine halbe Erdumrundung zu machen und in Nikaragua, im Südlichen Afrika oder sonst wo niederzugehen, wo sich vielleicht (noch) ein erfreulicheres Bild bietet - und wo man ebenso schnell und problemlos abhauen kann, wenn's soweit ist.

In dieser Art von Umgang mit eigener und fremder Geschichte und Gegenwart drückt sich aber zugleich ein Verhältnis der Solidaritätsarbeit aus, das sie etwa auf eine Stufe stellt mit Cola-Dosen. Solange sie noch erfrischen nützen sie, wenn nicht mehr, werden sie weggeworfen. Obwohl schon 1978 geschrieben, enthält der Beitrag von Christian Sigrüst in der PERIPHERIE 10/11 sehr Bemerkenswertes zu dieser vampiristischen und bürgerlichen Haltung, die Defizite der eigenen gesellschaftlichen Lage durch Bezugnahme auf "heile", "gesunde" oder "lebensvolle" Gesellschaften kompensiert.

Unbegreiflich bleibt dann vor allem die Grenzziehung: hier wir, die Solidaritätsbewegung und dort die PERIPHERIE mit ihren Versuchen, etwas langfristig zu begreifen und wissenschaftlich zu diskutieren, um damit einen Beitrag zur Aufarbeitung vorangegangener Desillusionierung zu leisten.

Reinhard Köbler, Else Lenz

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Ila-Info 67, Juni 1983 Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: Gewerkschaften in Uruguay: Jede Versammlung muß politisch angemeldet werden; 1. Mai in Uruguay. Gewerkschaften in Guyana: Disziplin und Pünktlichkeit vor Lohnerhöhungen; "Es gibt keine freien Stellen. Nachfragen zwecklos." Arbeitslosigkeit und neues Erstarren der Gewerkschaften in Chile. **Berichte und Hintergründe:** ai-Bericht: 10 Jahre Folter in Chile. Paraguay: Alfredo Stroessner - Diktator auf Lebenszeit?. Bolivien: Wachsende Schwierigkeiten nähren Putschgerüchte; Israel in Lateinamerika: Kunden, die bereit sind, "im Kampf erprobte Waffen" zu kaufen; "Kultur ist ein Instrument der Befreiung" - Kultureller Aufbruch in Grenada.

Ländernachrichten: Bolivien, Ecuador, Guatemala.

Solidaritätsbewegung: Offener Brief an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika; Gedanken zum "Zweiten Tod der Ana Maria"; Lüge und Fälschung - Mittelamerika in "Kaffee - Chaos - Klassenkampf" des ZDF; Buko-Pharmakampagne; Aktionen gegen die Dreimonatsspritze; Die Herbstaktionen der Friedensbewegung und die Dritte Welt; Machtstrukturen und "Naiver Autonomiemythos" - Überlegungen zur Nicaragua-Solidaritätsarbeit; Notizen aus der Bewegung.

Blätter des iz3w 110, Juni 1983 Postfach 5328, 7800 Freiburg

Themenschwerpunkt: Sowjetunion und Dritte Welt: Das sowjetische Verhältnis zur Dritten Welt - Russischer Bär, Freund der Völker, oder was? - Die sowjetischen Beziehungen zur sozialrevolutionären Bewegung und zur sozialistischen Republik Vietnam - Die Sowjetunion und Zimbabwe

Berichte zu: BRD/NATO - Chile - Südliches Afrika - Westpapua - Nachruf auf **Tonio Pflaum**

Bericht vom Treffen der Dritte-Welt-Zeitschriften . Israel: Eine Reise nach Israel. Rezensionen: Ausländer in der BRD

Solidarität 77, Mai 1983 Postfach 692, CH-8026 Zürich

Entwicklungsmodell VR China. Entwicklungsmodell Tansania. Peru nach der Redemokratisierung - Probleme der Menschenrechte. Zum Papstbesuch in Nicaragua, u.a.

Information Dritte Welt 51, Mai 1983 Weißenburger Str. 23, 4600 Dortmund 1

Was uns und der Dritten Welt bevorsteht: UNCTAD / Arbeitslosigkeit und Arbeitsbedingungen in den Industrieländern / Landwirtschaft, Handel mit Landwirtschaftsprodukten, die großen Agrarkonzerne und die Dritte Welt / Stellungnahme bundesdeutscher Politiker zur UNCTAD / Stichwörter zur Entwicklungspolitik

EPN - Entwicklungspolitische Nachrichten 6, Mai 1983 c/o CON-Vertrieb, Westerdeich 38, 2800 Bremen

Lateinamerika zwischen Elend und Befreiung: Berichte zu Nicaragua, Peru, Chile. Berichte zur Internationalen Entwicklungspolitik. Gespräch über Hunger, Rüstung, Verschuldung und Entwicklungspolitik mit Dieter Senghaas.

TERMIN

POLITISCH - KULTURELLE SITUATION LATEINAMERIKAS
am Beispiel CHILE

Zu diesem Thema veranstaltet die Internationale Kulturwerkstatt in Frankfurt am 23. - 25. September 1983 in den Räumen der ESK, Lessingstr. 2, 6 Ffm. ein Seminar für Pädagogen, Lehrer, Sozialarbeiter und Interessierte.
Nähere Informationen und Anmeldung (bis 1. 9.) bei **Brigitte Frost**,
Berliner Str. 284
6050 Offenbach
Tel.: 0611/8824 23

SCHWARZBUCH

HAMBURG — 3.WELT

Das Schwarzbuch untersucht die Bedeutung in Hamburg ansässiger Firmen und Konzerne im Handel mit der Dritten Welt, sowie die Rolle des Hafens, über den diese Geschäfte überwiegend abgewickelt werden. Darüberhinaus werden konkrete Ansätze und Möglichkeiten für eine Solidaritätsarbeit im eigenen Land aufgezeigt.

INHALT:

- **Ölsaaten und Futtermittel**
Hamburgs Beitrag zum Hunger in der Dritten Welt
- **Kaffee**
wie der Hamburger Senat und die Hamburger Kaffeewirtschaft die Junta in El Salvador finanzieren.
- **Früchte des Kolonialismus**
das Südfriechtenmonopol der Firmen Scipio, Weichert und Astheimer.
- **Kupfer**
Die Norddeutsche Raffinerie in Neu-Guinea, Südafrika und Chile
- **Pestizide**
C.H. Boshinger - die Hamburger Giftküche - und ihre Exportproduktion.
- **Rüstungsgüter**
Die Werft Blohm & Voß, Deutschlands größter Waffenexporteur.
- **Frauenhandel**
Hamburger Heiratsinstitute verkaufen Frauen
- **Containerisierung**
Hamburger Unternehmen im Dienste der weltweiten Arbeitsplatzvermittlung.
- **Gefängnisbauteile**
für die Folterkammer Lateinamerikas - Uruguay

Das Schwarzbuch, 148 Seiten,
DM 5,- (plus -,70 Porto),
ist zu beziehen bei
Susanne Schmidt,
Turrerstr. 7
2000 Hamburg 6
Postcheckkonto Hamburg
1640 13 - 203

SOEBEN ERSCHEINEN

HONDURAS —
am Rande des Krieges

herausgegeben vom

LATEINAMERIKA KOMITEE DUISBURG e.V.

Es ist kein Zufall, daß gerade Honduras von den USA als Stützpunkt für destabilisierende Operationen in Mittelamerika ausgewählt wurde. Diese Rolle, die Honduras mit Hilfe der USA auch gegenwärtig wieder spielt (Nicaragua, El Salvador), fügt sich nahtlos in die historische Entwicklung der Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten ein. So diente Honduras schon 1954 als Ausgangsbasis für den von CIA unterstützten Staatsstreich, durch den der reformorientierte guatemalteke Präsident Jacobo Arbenz gestürzt wurde.

Neben der geostrategischen Position Honduras' in Mittelamerika wird in der vorliegenden Broschüre u.a. auf den "Fußhalkrieg" mit El Salvador sowie die innenpolitische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes in den letzten Jahren eingegangen. Hierbei spielen insbesondere die US-amerikanischen Bananengesellschaften eine unruhliche Rolle.

Bezugsbedingungen:
Bei Abnahme von 6-10 Exemplaren 10% Rabatt,
bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren 20% Rabatt.

Bezug:
Lateinamerika-Komitee Duisburg e.V.
c/o Yvonne Ayoub
Johannisstr. 130
41 Duisburg 1

Tel: 0201/63698

66 Seiten, 4 DM

EL PARCIAL

HONDURAS: El sometimiento incondicional a la estrategia regional de los EE.UU.

EL PARCIAL - HEFT 9 (MAI 1983)

Honduras: El sometimiento incondicional a la estrategia regional de los EE.UU.

Das Heft umfaßt 142 Seiten, davon 123 Seiten Pressedokumentation. Die Texte sind ganz überwiegend in spanischer Sprache; berücksichtigt wurden vornehmlich Publikationen aus Honduras, anderen mittelamerikanischen Ländern und Mexiko.

Inhaltliche Gliederung: Fassade einer Zivilregierung und militärische Macht/Auf Kriegskurs: ideologische Vereinheitlichung und beschleunigte Aufrüstung der Streitkräfte/Systematisierung der selektiven und kollektiven Repression/Ideologische, wirtschaftliche und militärische Hilfe für den regionalen Gendarmen der USA/Guatemala 1954, Nicaragua 1983; Honduras als Brückenkopf der imperialistischen Intervention/Die salvadorianischen Flüchtlinge: Unterdrückung durch das Heer und protestantische Sekten/Am Rande des wirtschaftlichen Bankrotts: der fatale Rückgriff auf die "Hilfe" des IWF/ Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung als Alltagssituation der Mehrheit des honduranischen Volks/Ansätze zum Volkswiderstand. Im Anhang: Kommentar zur Militärhilfe der BRD an Honduras.

Das Heft kostet 10,00 DM + Porto und ist zu beziehen über:
Doris Hermes, Kielortallee 4, 2 Hamburg 13

UNA DOCUMENTACION DE PRENSA

MAYO DE 1983

9

FRIEDENSPREIS FÜR KOMITEE PRO JUSTICIA Y PAZ



GUATEMALA

Der Friedenspreis 1982 wurde dem Komitee "Pro Justicia Y Paz" übergeben. Die dazu erstellte Dokumentation ist noch in großer Anzahl erhältlich.

Sie enthält wichtige Basisinformationen zu Guatemala, Dokumente zur Situation der Indianer, der Rolle der Kirche, dem wachsenden Widerstand und Informationen zu den Interessen der USA und der Bundesrepublik in Guatemala.

Wir wollen diese Broschüre einem größeren Kreis von Leuten zur Verfügung stellen und bieten sie deshalb Lehrern und Gemeindeguppen kostenlos in Unterrichtssätzen an.

bitte melden bei:

ESG - Essen
Universitätsstr. 19
4300 Essen 1
Tel.: 0201 / 23 97 37

Seminar

Entwicklungs- und Friedenspolitik

Am 1. Oktober 1983 im Restaurant Zoologischer Garten (Bachletenstr. 75 in Basel / Nahe Bahnhof)*

14.15 Einführung durch den Friedensforscher

Dieter Senghaas

Alternativen zum Rüstungswetlauf

"Es gibt wichtigere Dinge, als im Frieden zu leben" (US-Aussenminister Haig)

Einbezug von Rückfragen und Stellungnahmen aus dem Plenum

16.00 Podiumsgespräch

Forderungen an eine schweizerische Friedenspolitik

- Ursula Brunner (FdP-Kantonsrätin, Frauen für den Frieden, Bananen-Aktion, Vorstand Helvetas)
- Markus Mugglin (Ökonomie, Informationsdienst 3. Welt, SKAAL)
- Dieter Senghaas (Professor an der Universität Bremen, Politikwissenschaftler, u.a. Verfasser von "Abschreckung und Frieden")

Zur praktischen Umsetzung

- Hansjörg Braunschweig (SP-Nationalrat, eh. Präsident des Friedensrates, Präsident der AG für Rüstungskontrolle und Waffenausfuhrverbot)
- Ruth Mascarin (POCH-Nationalrätin)
- Ruedi Hogger (Vize-Direktor der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe des Bundes)

Rege Teilnahme des Plenums erwünscht

Diskussionsleitung: Ueli Mäder (Zeitschrift Solidantat)

18.30 Nachtessen (Salatteller... Selbstbedienung)

20.00

2.00 Fest mit Jambalaya



Aufgesteuerter Ploucen-Afro-Ska-Latin-Jazz zum Tanzen und Ab-Und-Zu-Hören
Kosten für Seminar und Fest: Fr. 10.- (ohne Essen)
Unterlagen werden an Ort abgegeben. Bitte anmelden.

PS: Am selben Ort und Datum hält das SKAAL (von 10.00-12.00) seine Generalversammlung ab. Alle interessierten sind dazu eingeladen.

* Bahnhof: Hauptaussgang, dann links geradeaus, über Kreuzung und Viadukt, dann nochmals links (zu Fuss 10. Min, oder mit Tram Nr. 4 bis zur zweiten Station)
Veranstalter: Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika
Anmeldung an: SKAAL, Postfach 2009, 4001 Basel

Ich nehme am Seminar teil

Name und Adresse

Benötige Übernachtungsmöglichkeit: ja / nein